



Plenarprotokoll

100. Sitzung

Freitag, 20. November 2020

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Neithart Neitzel

7648

Gemeinsame Beratung

a) Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz in der Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen - keine wertvolle Zeit bei der Umsetzung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes verlieren.....

7649

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2555

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen in der Fleischwirtschaft sicherstellen und Gesetzgebungsverfahren zum Arbeitsschutzkontrollgesetz zum Abschluss bringen...

7649

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2589

b) Tier- und Verbraucherschutz erhöhen - Regionale und lokale Schlachtungen erleichtern.....

7649

Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch und der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2557

Serpil Midyatli [SPD].....	7649	Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Drucksache 19/2539	
Volker Schnurrbusch [AfD].....	7650		
Werner Kalinka [CDU].....	7651, 7659		
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7653	Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 19/2539 in geheimer Wahl mit 67 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.....	7687
Kay Richert [FDP].....	7654		
Christian Dirschauer [SSW].....	7656		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	7657		
Wolfgang Baasch [SPD].....	7657		
Heiner Rickers [CDU].....	7660		
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.....	7661	Vereidigung der neu gewählten Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein.....	7687
Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 19/2555 und 19/2557			
2. Annahme des Alternativenantrags Drucksache 19/2589.....	7663	Gemeinsame Beratung	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7664	a) Die Religion des Terrors ist der politische Islam.....	7688
Maßnahmen und Ziele für eine effiziente Energiewende und Klimaschutzpolitik - Evaluierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes.....	7664	Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer und der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2556	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2546		b) Islamismus und religiös motivierter Extremismus haben keinen Platz in Schleswig-Holstein - Solidarität mit Dresden, Paris, Nizza und Wien.....	7688
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	7664	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2559	
Tobias Koch [CDU].....	7666, 7680	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2566	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7667, 7677	Tobias von der Heide [CDU].....	7688
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7670, 7678	Claus Schaffer [AfD].....	7689
Oliver Kumbartzky [FDP].....	7672	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7690, 7696
Christian Dirschauer [SSW].....	7674	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7692
Jörg Nobis [AfD].....	7675, 7685	Jan Marcus Rossa [FDP].....	7693
Annabell Krämer [FDP].....	7676	Lars Harms [SSW].....	7694, 7697
Heiner Rickers [CDU].....	7678	Jörg Nobis [AfD].....	7695
Dennys Bornhöft [FDP].....	7682	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos].....	7696
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7682	Lukas Kilian [CDU].....	7698
Sandra Redmann [SPD].....	7684	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	7698
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7685		
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Aussprache erledigt.....	7686		
Wahl von Mitgliedern sowie Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Landesverfassungsgerichts.....	7686		

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2556 und des Änderungsantrags Drucksache 19/2566		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2509	
2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2559.....	7700	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2509 federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.....	7700
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren in Schleswig-Holstein während der Covid-19-Pandemie.....	7700	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	7700
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2560		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2558	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/2573		Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2558 an den Innen- und Rechtsausschuss....	7701
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	7700	Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....	7701
Beschluss: Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/2560..	7700	Drucksache 19/2577	
Kostenübernahme für Assistenzkräfte von Menschen mit Behinderung bei Krankenhausaufenthalten sowie in RehaMaßnahmen regeln.....	7700	Beschluss: Annahme mit Ausnahme von Tagesordnungspunkt 6.....	7701
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2543 (neu)			
Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung.....	7700		
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2585			
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2543 (neu) und des Alternativantrags Drucksache 19/2585 an den Sozialausschuss....	7700		
Gründungsgeist im Land weiter stärken.....	7700		

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Gestern haben wir die traurige Nachricht erhalten, dass am 10. November 2020 der frühere Abgeordnete Neithart Neitzel verstorben ist. Er wurde 77 Jahre alt.

Der 1943 in Berlin Geborene wuchs in St. Peter Ording auf. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Politischen Wissenschaften in Berlin und Kiel war der Volljurist von 1974 bis 1980 zunächst als Rechtslehrer an der damaligen Grenzschutzschule in Lübeck tätig. 1983 wurde er stellvertretender Leiter der Grenzschutzverwaltung Küste, der heutigen Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. 1986 wechselte er als Referatsgruppenleiter in das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Neithart Neitzel, seit 1966 Mitglied der FDP, gehörte von 1970 bis 1983 dem Landesvorstand seiner Partei an. In der 8. und 9. Wahlperiode sowie erneut in der 11. Wahlperiode war er Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Hier hatte er zwischen 1980 und 1983 den Vorsitz der FDP-Landtagsfraktion inne. Zentrale Felder seiner parlamentarischen Arbeit waren der Finanzausschuss, dem Neithart Neitzel in allen drei Wahlperioden angehörte, sowie der Volksbildungsausschuss und der Ausschuss für Kultur, Jugend und Sport.

In der 8. Wahlperiode gehörte er zwischen 1975 und 1978 zwei thematisch miteinander verwobenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen an: Dem Untersuchungsausschuss zur „Aufklärung einer möglichen Beeinflussung der Landespolitik durch geschäftliche Interessen des Abgeordneten Gerisch (CDU) oder/und von Firmen des BIG-Konzerns“ und dem Untersuchungsausschuss zur „Aufklärung eines möglichen Mandatsmissbrauchs durch Oppositionsführer Matthiesen und zur Aufklärung eines möglichen pflicht- oder dienstwidrigen Verhaltens anderer Personen zum Nachteil des früheren Abgeordneten Gerisch und/oder der BIG-Gruppe“.

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich Neithart Neitzels Arbeit im Ausschuss „Kommunaler Investitionsfonds“, im Nordschleswig-Gremium, in der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie im

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Verständigungsausschuss nach dem Hochschulgesetz.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde unser verstorbener Kollege Neitzel Staatssekretär im Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und blieb dies bis 1994. In diesen Jahren unterstützte er den Aufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen und prägte diese maßgeblich mit. Danach ließ sich Neithart Neitzel als Rechtsanwalt in Berlin nieder.

Meine Damen und Herren, Neithart Neitzel war ein überzeugter und überzeugender Liberaler, der den politischen Diskurs und das gesellschaftliche Miteinander nicht durch das bloße Übertragen bereits bekannter Muster gestalten wollte. Er forderte unvoreingenommenes Denken ein und ging hier mutig neue Wege. Ganz besonders deutlich wurde dies nach seinem Wechsel nach Schwerin, in den Jahren seiner Aufbauarbeit in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitswesen und in der beruflichen Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Haltung Neithart Neitzels war klar und unbeirrbar. Individuelle Freiheit erfordert Mut, aber auch den Raum zu differenziertem Handeln, denn sie ist unverzichtbarer Grundstein einer freien, offenen und gerechten Gesellschaft. Diesem Grundsatz ist Neithart Neitzel zeitlebens treu geblieben.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag ist dankbar für die von Neithart Neitzel geleistete Arbeit und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Seinen Angehörigen spreche ich die Anteilnahme des ganzen Hauses aus.

Ich bitte Sie, einen Moment innezuhalten - im Gedenken an unseren ehemaligen Abgeordneten Neithart Neitzel. - Sie haben sich zu Ehren Neithart Neitzels erhoben. Ich danke Ihnen.

Nach Mitteilung der Fraktionen beziehungsweise der Regierung ist von der SPD-Fraktion der Abgeordnete Thomas Hölck erkrankt. - Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Touré nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist. Ebenso hat dieses für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Fehrs erklärt.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 26 und 28 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz in der Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen - keine wertvolle Zeit bei der Umsetzung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes verlieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2555

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen in der Fleischwirtschaft sicherstellen und Gesetzgebungsverfahren zum Arbeitsschutzkontrollgesetz zum Abschluss bringen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2589

b) Tier- und Verbraucherschutz erhöhen - Regionale und lokale Schlachtungen erleichtern

Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch und der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2557

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, ich überlege gerade, ob mich die Debatte um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Fleischindustrie eher an eine Seifenoper oder an eine Schmierkomödie erinnert. Eine Seifenoper dauert ewig und kommt dabei kein Stück voran. Eine Schmierkomödie ist ein niveauloses Stück, dessen Komik auf billige und vor allem uralte Gags setzt. Ich glaube inzwischen, dass es tatsächlich beides ist. Denn seit Jahren kommen wir keinen einzigen Schritt weiter. Das ist die Seifenoper.

Als Argumente kommen von der Union immer nur dieselben alten Parolen. Das ist die Schmierkomödie, auch wenn einem das Lachen im Halse stecken bleiben sollte, wenn man zumindest Anstand hätte.

Ich will noch weitergehen. Vielleicht ist das, was wir gerade erleben, nicht nur eine Seifenoper und eine Schmierkomödie, sondern es hat auch ein Muster, so eine Art Matrix. Man kann daran lernen,

(Serpil Midyatli)

wie die CDU Politik macht, vor allem wenn es um die Rechte und den Schutz von Beschäftigten geht.

(Beifall SPD)

Es ist übrigens immer wieder das gleiche Muster. Wir kennen es aus vielen Debatten, Debatten über den Mindestlohn und über das Lieferkettengesetz. Gerade erleben wir das auch beim Thema „Frauen in Führungspositionen“. Es passiert etwas Schlimmes, ein Skandal, in diesem Fall die massiven Ausbrüche von Corona in den Schlachthöfen. Die Öffentlichkeit schaut auf einmal hin und erkennt dieses Problem. Es gibt Diskussionen bei „Hart aber Fair“ und bei Anne Will. Große Tageszeitungen berichten. Der öffentliche Druck ist enorm. In diesem Akt des Schauspiels tut die CDU sehr betroffen. Man sehe das Problem und müsse sehr dringend handeln. Der Arbeitnehmerflügel der CDU meldet sich zu Wort und darf scharf verurteilen. Erste halbherzige Reformvorschläge folgen.

Das ist aber eine Scheinheiligkeit. Wir haben dieses Problem schon lange. Die Gewerkschaften, aber auch Kirsten Eickhoff-Weber thematisieren dieses Problem schon lange. Nur ein paar Beispiele. 2013: Werkarbeiter im Kreis Vechta müssen in selbst gebauten Hütten und in Höhlen schlafen. Arbeiter aus Ungarn, die 10, 14 Stunden am Tag arbeiten, bekommen für zwei Monate gerade einmal 362 € Lohn. Wir in Schleswig-Holstein mussten 2014 erleben, dass massive Verstöße von Vion in Bad Bramstadt bekannt geworden sind.

Dieses miese Spiel der Werkverträge und der Leiharbeit müssen wir beenden, und zwar überall, wo dieser Missbrauch stattfindet.

(Beifall SPD und SSW)

Zurück zum Schauspiel. Der öffentliche Druck wird immer größer. Es gibt einen Koalitionsausschuss. Tatsächlich bewegt sich hier die Union, und es gibt Verbesserungen. Ein Gesetzentwurf folgt. Hubertus Heil legt ihn vor. Aber, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Welt dreht sich weiter. Das Thema ist nicht mehr so wichtig und verschwindet aus der Öffentlichkeit. In der Zwischenzeit schwärmen die Lobbyisten hinter den Kulissen aus und säen Zweifel an diesem Gesetz.

Vorhang auf: Auftritt der Mittelstandsvereinigung der Union. Dr. Linnemann betritt die Bühne und sagt, das sei alles nicht so schlimm. Arbeitsplätze könnten doch verloren gehen, und das schade der deutschen Wirtschaft. Auch Friedrich Merz meldet sich zu Wort; denn er darf ja nicht fehlen, wenn es gegen den Schutz der Rechte von Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmern geht. Zack, verschwindet das Gesetz auf einmal von der Tagesordnung des Deutschen Bundestages; denn man will ihm wohl doch nicht mehr so zustimmen. Das ist billig, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das ist niveaulos. Dann auch noch mit dem Argument zu kommen, wir müssten Angst um das Ende der Grillwurst haben, setzt dem Ganzen die Krone auf.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Dieses Spiel wollen wir nicht länger mitmachen. Ich bin froh darüber, dass die CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag mit ihrem Alternativantrag zeigt, dass sie dieses miese Spiel in Schleswig-Holstein und in Deutschland beenden will. Wir haben ja gestern gehört, was für einen großen Einfluss der Ministerpräsident in Berlin hat. Daher fordern wir die CDU auf, dafür zu sorgen, dass der Gesetzentwurf im Dezember wieder auf die Tagesordnung des Bundestages gebracht wird.

Wir brauchen hier Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es geht um den Schutz der Beschäftigten. Es geht darum, bessere Kontrollen im Land durchzuführen, und es geht letztendlich auch darum, die miesen Geschäftspraktiken der Lobbyisten tatsächlich zu verhindern. Das Taktieren, das Lobbyieren und das Tricksen muss ein Ende haben.

(Beifall SPD)

Wir haben gestern viel über Wirtschaft und über gutes Wirtschaften gesprochen. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist weder Wirtschaft noch gutes Wirtschaften. Das alleine ist die Gier und der reine Egoismus dieser Fleischlobbyisten, ausgetragen auf dem Rücken der Beschäftigten. Diesen sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen wollen wir in Deutschland endlich Einhalt gebieten. Daher brauchen wir das Arbeitsschutzkontrollgesetz. Ich bitte Sie daher um Zustimmung.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Regionale Schlachthöfe sind als Grundinfrastruktur unabdingbar, um unserem Bundesland Standortvorteile in der Fleisch- und Viehwirtschaft

(Volker Schnurrbusch)

zu garantieren. Noch steht Schleswig-Holstein mit den regionalen Schlachthöfen ganz passabel da. Aber man darf sich nicht täuschen. Die derzeitigen freien Kapazitäten fußen hauptsächlich auf aktuellen Marktschwankungen, nicht auf einem systematisch aufgebauten Netz von regionalen Schlachtstätten. Doch genau so ein Netz gilt es - so unser heutiger Antrag - seitens der Landesregierung zu unterstützen, vorzuhalten und im Verbund mit den lokalen Betrieben auszubauen. Das ist nicht einfach; denn regionale Schlachtstätten sind nur bei optimaler Auslastung rentabel. Die oftmals fehlenden Rinder- und Schweinemastbetriebe im Umkreis führen den Regionalbegriff ad absurdum und zwingen viele Schlachthöfe zur Aufgabe. Das ist im Moment angesichts des Schlachtstaus bei Schweinen ein großes Problem. Die „allgemeine fleischer zeitung“ führte aus - ich zitiere -:

„Rinder- und Schweinemäster streichen immer öfter wegen hoher Auflagen für Tierwohl, Umweltschutz und Haltungsbedingungen die Segel, kämpfen wie kleine Schlachtbetriebe mit mangelnder Akzeptanz ihrer Nachbarn. Denn trotz vollmundiger Verbraucherbekanntnisse zur Regionalität: Vor der eigenen Haustür möchte man weder die einen noch die anderen haben.“

An genau diesem Punkt ist aber die Politik gefragt; denn es ist keine Option, dem Sterben regionaler Schlachtstätten zuzusehen, es sei denn, den Landwirtschaftsminister interessiert es nicht, wenn in Zukunft Tausende von Rindern aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer zur Schlachtung transportiert werden müssen. Über das Thema Tiertransporte haben wir hier ja auch schon oft diskutiert.

Wenn es nach seinen Parteifreunden geht, soll unsere Landwirtschaft total umgekrempelt werden. Dabei wird vielleicht gelegentlich auch in Kauf genommen, dass Betriebe auf der Strecke bleiben; denn für diese Leute sind die Bauern sowieso an allem schuld. Über das Grundwasser und die Rolle, die die Bauern dabei spielen, haben wir erst gestern gesprochen. Hier hat sich gezeigt, dass sich die pauschalen Vorwürfe, die erhoben wurden, als falsch erwiesen haben.

Aber zurück zu den Schlachthöfen. Schlachthöfe vor Ort sind nur ein Pfeiler dezentraler Vermarktung und regionaler Wirtschaftskreisläufe. Für das Tierwohl, die Fleischqualität und damit für den Verbraucher, aber auch für die regionale Wertschöpfung ist die Schlachtung auf dem Haltungsbetrieb sinnvoll und zukunftsweisend, im besten Fall sogar mobil direkt auf der Weide. Wir begrüßen daher

ausdrücklich die Entschließung des Bundesrates vom 5. Juni 2020, mit der er sich für die Erweiterung der tierschutzgerechten Weideschlachtung einsetzt.

Wir fordern die Landesregierung heute darüber hinaus auf, soweit noch nicht geschehen - wir wissen, dass es da schon gute Ansätze gibt -, die Direktvermarktung von vor Ort geschlachteten Tieren verstärkt als Instrument der Wirtschafts- und Agrarpolitik zu fördern.

Lassen wir die Vieh- und Landwirte in Schleswig-Holstein nicht allein. Machen wir gemeinsam den Bürgern klar, wie wichtig es ist, regional zu schlachten und direkt zu vermarkten; denn das kommt allen zugute. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unwürdige Zustände sind in der Fleischindustrie - wie übrigens in allen Beschäftigungsverhältnissen - nicht hinnehmbar. Wir dulden keine schwarzen Schafe.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Frau Kollegin Midyatli, allerdings ist dieses Thema nicht für einen Auftritt geeignet, wie wir ihn von Ihnen gerade erlebt haben; das war nämlich billigte Parteipolitik.

(Beifall CDU und FDP)

Schleswig-Holstein handelt seit Jahren. Ihr Problem ist vielleicht, dass Sie seit einiger Zeit an Sitzungen des Sozialausschusses nicht mehr teilnehmen; so kann ich zumindest Ihr Informationsdefizit nachvollziehen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wir handeln seit Jahren. Wir haben seit Mai Kontrollen - mehr als 200.

(Beate Raudies [SPD]: Seit Mai? Aha!)

Sie sind abgearbeitet. Die betreffenden Unternehmen arbeiten mit. Ausdruck von Anstand wäre es gewesen, wenn Sie dies anerkannt hätten, Frau Kollegin, statt hier so eine billige Rede zu halten.

(Beifall CDU und FDP)

(Werner Kalinka)

Meine Damen und Herren, der Sozialminister und die Landesregierung insgesamt haben ein Lob dafür verdient, dass sie sich nicht ausruhen, sondern mit der Überwachung weitermachen. Lob gebührt der Landesregierung auch dafür, dass Schleswig-Holstein auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2019 den entscheidenden Impuls gegeben hat, damit der Bund - konkret: Herr Heil - endlich in die Hufe kommt. Das ist der Punkt, über den wir uns unterhalten sollten.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist bezeichnend, dass Ihr Antrag kein Wort zu Schleswig-Holstein sagt. Ich habe in diesem Haus lange nicht mehr eine Rede gehört, die so weit weg von Schleswig-Holstein war wie Ihre.

(Beifall CDU und FDP - Beate Raudies [SPD]: Oh!)

Sie haben kein Wort zu Schleswig-Holstein gesagt, sondern nur die Aufforderung an den Bund gerichtet. Sie regieren doch in Berlin mit! Bringen Sie Ihren Minister in Berlin auf Trab! Dort wären Sie mit Ihrem Antrag an der richtigen Adresse. Sie können doch nicht uns diese Vorwürfe machen.

(Beifall CDU und FDP - Martin Habersaat [SPD]: Vielleicht hätten Sie besser zugehört, bevor Sie so etwas behaupten! Sie müssen eine Rede doch erst gehört haben, bevor Sie sie kritisieren!)

Meine Damen und Herren, was ist in Bezug auf diese Frage wichtig?

(Serpil Midyatli [SPD]: Dass der Antrag wieder auf die Tagesordnung kommt, das ist wichtig! - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Wissen Sie, jeder Minister, jeder Teil einer Koalition kann jedes Thema jederzeit auf die Tagesordnung setzen. Voraussetzung ist natürlich, dass man es wirklich als wichtig ansieht; das ist doch wohl der entscheidende Punkt in dieser ganzen Angelegenheit.

(Beifall CDU und FDP)

Sie wissen genau, dass die Situation schon seit 2019 bekannt ist. Jetzt haben wir bald 2021. Das ist schon eine verdammt lange Zeit, in der vonseiten des Bundes wenig passiert ist. Das müssen Sie doch einfach zur Kenntnis nehmen. Das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Was ist wichtig? Erstens. Arbeitnehmer aus dem Ausland sind besonders zu schützen; ihnen ist auch

mit der Sprache zu helfen. Zweitens. Ihnen ist bei der Wohnungssuche, auch bei der Suche nach angemessenem Wohnraum, zu helfen. Allerdings sagt mancher, der aus dem Ausland kommt, dass er einfach nur Geld verdienen wolle; das muss man schon sehen. Drittens. Die korrekte Erfassung der Arbeitszeit ist sicherzustellen. Viertens. Der Gesundheitsschutz ist sicherzustellen. Dazu gehört die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln. Das Busfahren ist ein weiterer Punkt, den wir als wesentlich in Bad Bramstedt erkannt haben.

Dann kommt es darauf an, mit den Instrumenten sorgsam umzugehen. Leiharbeit darf natürlich kein Dauerarbeitsverhältnis sein.

(Beifall CDU und FDP)

Aber manchmal ist es nötig, um Arbeitsspitzen abzubauen. Daher können wir dieses Instrument nicht pauschal verbieten.

(Beifall CDU und FDP)

Wir sehen es im Augenblick bei der Schweineschlachtung. Dort gibt es große Probleme. Die Landwirte und ihre Familien machen sich große Sorgen, weil nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind. Deswegen müssen wir sehr genau überlegen, mit welchen Instrumentarien wir arbeiten. Wir müssen differenziert vorgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben auch Anhörungen durchgeführt; ich glaube, auch dort waren Sie nicht zu sehen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt eingehen: Wir sprechen hier von der Fleischindustrie. Betriebe von der Größenordnung, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, finden sich in Schleswig-Holstein nicht. Ich möchte hier ausdrücklich sagen - -

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Sie waren ja auch nirgendwo dabei.

(Lachen SPD - Beate Raudies [SPD]: Sie wissen alles besser?)

Ich möchte hier ausdrücklich sagen: Wenn wir über diese Probleme sprechen, dann sprechen wir in aller Regel nicht über kleine und mittelständische Betriebe. Auch in dieser Branche macht das Handwerk in unserem Land eine ausgesprochen gute und sorgsame Arbeit. Das möchte ich hier ausdrücklich festhalten.

(Werner Kalinka)

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Tönnies ist jetzt Handwerk?)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wir wollen menschenwürdige Arbeitsverhältnisse; das ist überhaupt keine Frage. Dazu zählt für uns ausdrücklich die Wohnung. Wir werden genau schauen, dass die Vorgaben eingehalten werden.

(Beifall CDU und FDP)

Wir in Schleswig-Holstein haben gottlob nicht Missstände in der Größenordnung erlebt, wie es woanders der Fall gewesen ist. Dazu hat die ausgesprochen gute Arbeit der Landesregierung, vor allem die des Sozialministers, erheblich beigetragen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD, starten Sie in Ihrer eigenen Partei in Berlin die nötigen Initiativen! Schleswig-Holstein zeigt, wie es geht.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Vielleicht sagen Sie etwas zu diesem roten Teppich für Herrn Tönnies in Schleswig-Holstein!)

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich zu Tönnies? Nein. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Die Große Koalition macht bei diesem Vorhaben keinen guten Eindruck. Das steht auf jeden Fall fest.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bekomme den Eindruck - wenn ich es sinnbildlich formulieren darf -, dass wir eher von einem Trauerspiel sprechen müssen, wenn wir uns anschauen, was da passiert, als von irgendeiner anderen Form von Stück. Das, was in Bezug auf die Fleischindustrie in Berlin im Moment passiert, riecht stark nach einem Stück mit traurigem Ausgang.

Woran liegt das? Wir wissen, dass die Strukturen in den Betrieben dieser Industrie tendenziell negativ, das heißt zulasten der Tiere und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gestrickt sind. Wir wissen das nicht erst seit den Corona-Ausbrü-

chen; das haben wir hier so immer miteinander diskutiert.

Im Sommer hatten wir endlich die Situation, dass Bewegung in die Sache kam. Der Bund machte sich auf den Weg zu einer neuen Rechtsetzung. Ziel war es, eine Regelung zu schaffen, die geeignet ist, die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Jetzt, nach einem halben Jahr, ist die Aufmerksamkeit nicht mehr groß genug, und der Bund lässt das Vorhaben stillschweigend auslaufen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht akzeptabel.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Denny Bornhöft [FDP])

Es braucht die Regelungen, die im Arbeitsschutzkontrollgesetz vorgesehen sind, dringend, um die Situation der Beschäftigten zu verbessern. Wir haben hier schon über viele Inhalte gestritten, beispielsweise über die Werkverträge. Es ist mitnichten so, dass wir nur durch die Erhöhung des Kontrolldrucks zu einer akzeptablen Situation beitragen könnten. Die Situation in den Betrieben ist ja strukturell schlecht. Wenn durch Werkverträge die Haftung beziehungsweise die Haftbarmachung für die Vertrags- und Arbeitssituation von den Betrieben an irgendwelche Subunternehmerinnen und Subunternehmer ausgelagert wird, dann ist das doch Teil eines Problems, das wir beheben müssen.

Wenn der Bund das Regelungsvorhaben jetzt an die Wand fährt, indem er es aussitzt nach dem Motto: „Na ja, wir haben das zwar für Anfang 2021 angekündigt; aber jetzt warten wir im Jahr 2020 so lange, dass man Anfang 2021 nicht mehr in die Umsetzung gehen kann“, dann ist das einfach nicht akzeptabel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen ganz klar und rechtswirksam das Ende der Werkverträge in der Fleischindustrie. Alle stellen sich darauf ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Lassen Sie mich zwei weitere Punkte ansprechen, deren Bedeutung in der Anhörung und in der weiteren Beschäftigung des zuständigen Landtagsausschusses deutlich geworden ist.

Erstens. Es besteht überhaupt keine Notwendigkeit für diesen massiven Einsatz von Leiharbeit in der Fleischindustrie. Es gibt dafür keinen Anlass. Wir brauchen uns nur die Statistik, das heißt die Produktionszahlen zu Fleisch, anzuschauen. Auch ha-

(Joschka Knuth)

ben wir gehört, was vonseiten der Landwirtschaft und von fleischverarbeitenden Betrieben, die nicht zu den drei, vier großen gehören, die man bundesweit kennt, an Informationen vorgetragen wurde. Daran ist sehr deutlich geworden, dass es diese Spitzenlasten so eigentlich gar nicht gibt.

Der zweite Punkt betrifft die Wohnsituation. Es hat mich sehr bedenklich gestimmt, wie dazu in der Anhörung vonseiten der großen Fleischbetriebe argumentiert wurde. Es entstand der Eindruck, die Zielsetzung, das Wohnvertragsverhältnis und das Arbeitsvertragsverhältnis voneinander zu trennen, solle bewusst hintergangen werden.

Das ist doch wirklich zum Schaden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Ansage. Das ist überhaupt nicht akzeptabel und ein weiterer Beweis dafür, dass wir es mit einer Branche zu tun haben, die strukturell Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte mit Füßen tritt, und dass wir etwas dagegen tun müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Denny Bornhöft [FDP])

Ich sage in aller Deutlichkeit: Es ist mir ziemlich egal, wie SPD und CDU sich irgendwie den Schwarzen Peter dafür zuweisen, wer jetzt dafür verantwortlich ist, dass dieses Arbeitsschutzkontrollgesetz nicht kommt. Was wir am Ende brauchen, ist eine schnelle Einigung. Wir brauchen dieses Gesetz, und alle haben sich eigentlich schon dazu bekannt. Also gibt es wirklich keinen Grund mehr, diese Entscheidung und die Abstimmung dieses Gesetzgebungsverfahrens so lange hinauszuzögern. Ich wünsche mir hier wirklich mehr Rückgrat der Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene, damit wir endlich die Wohn- und Arbeitssituation der Beschäftigten in den Fleischbetrieben verbessern. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und Johannes Callsen [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Die Wirtschaft ist für die Menschen da, das habe ich hier schon mehrfach gesagt. Menschenwürdige Bedingungen, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sind wichtig, Respekt vor den Mitmen-

schen ist wichtig. Günstige Produkte auf der einen Seite rechtfertigen nicht unwürdige Produktionsbedingungen auf der anderen. Wenn diese Ordnung, die bei uns Common Sense ist, in Gefahr ist, dann müssen wir darüber reden, und das ist nicht erst seit Corona so.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bereits des Öfteren über die Arbeit auf Schlachthöfen und in Zerlegebetrieben debattiert. Dabei habe ich für mich das Fazit gezogen, und das muss ich bei allem politischen Streit hier einmal sagen, dass bei dem Ziel, den angemessenen Schutz der Arbeitskräfte zu gewährleisten, kein Dissens in diesem Haus besteht.

(Beifall Denny Bornhöft [FDP] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aktuell, und das gehört auch zur Diskussion dazu, muss man konstatieren, dass die Situation in Schleswig-Holstein, also in unserem Verantwortungsbereich, insgesamt akzeptabel ist. Verstöße gegen Schutzvorschriften sind vereinzelt und nicht systematisch. Die Betriebe stellen festgestellte Mängel stets umgehend ab und sind auch ansonsten um Kooperation bemüht. Das ergibt sich aus den stets umfangreichen und aktuellen Berichten des Sozialministers Heiner Garg im Sozialausschuss, wenn man sie denn gehört hat.

Heute liegt uns wieder ein Antrag der SPD vor. Lassen Sie uns doch einmal gucken, was da drinsteht: Wir sollen uns konstruktiv für eine zügige Umsetzung des geplanten Arbeitsschutzkontrollgesetzes einsetzen. Da habe ich mich als Erstes gefragt: Ist das nicht ein Projekt des SPD-Ministers Heil? Und Sie fordern uns auf, Ihren eigenen Minister Feuer unter dem Hintern zu machen?

(Zuruf SPD: Nein, ihn zu unterstützen!)

Nach Ihrer Rede weiß ich ja nun, wir sollen der SPD helfen, sich in der Bundesregierung durchzusetzen, und konstruktiv sollen wir sein. Da scheinen Sie ja das geplante Arbeitsschutzkontrollgesetz selbst für verbesserungswürdig zu halten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir können uns einmal die Eckpunkte zu diesem Gesetz angucken. Die meisten Punkte, die wir darin finden, folgen dem Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz aus dem Jahr 2019, wie zum Beispiel die manipulationssichere Erfassung der Arbeitszeit. Auch das war hier immer unsere Forde-

(Kay Richert)

rung. Andere Punkte wie eine verstärkte Kontrolle des Arbeitsschutzes sind auf Landesebene schon umgesetzt. Ein Mindeststandard für die Wohnunterkünfte ist auch bereits geregelt. Dafür gibt es die Arbeitsschutzregeln A4.4. Und hinsichtlich der besonderen Anforderung aufgrund der Coronapandemie gibt es die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards in der Coronapandemie für Sammelunterkünfte.

Dann soll noch der Rahmen der Bußgeldandrohung erweitert werden. Ja, wer vorsätzlich und systematisch gegen das Arbeitszeitgesetz verstößt, und nur um diese Art der Verstöße kann es hier ja gehen, der darf auch ruhig zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das Herzstück des heilschen Vorschlags ist aber erkennbar das Verbot von Werkverträgen in der Fleischwirtschaft, und ich habe es hier schon einmal gesagt: Wer den Werkvertrag verbieten will und suggeriert oder tatsächlich glaubt, damit seien die Probleme gelöst, hat die Struktur des Ganzen nicht verstanden. Das ist reine Augenwischerei. Was hat denn der Werkvertrag - als juristische Konstruktion - mit den Missständen im Arbeitsschutz bei der Unterbringung zu tun? Führt denn das Verbot von Werkverträgen zu Verbesserungen? Nein, es bleibt doch alles, wie es ist.

Herr Heil sagt in seiner Pressekonferenz: Wir verbieten die Werkverträge und verhindern damit den Missbrauch von Werkverträgen. - Das ist schon fast rührend.

Ja, Werkverträge können dann nicht mehr missbraucht werden. Aber wenn Missstände bestehen, ändert das an diesen Missständen nichts. Es geht beim Werkvertrag nicht um das Ob, es geht um das Wie. Es bestehen Gesetzeslücken, die eine legale Umgehung des Arbeitsschutzes möglich machen. Das gilt für Werkvertragsarbeitnehmer, das gilt aber auch für alle anderen. Wenn Werkverträge verboten werden, dann finden sich neue Lücken. Es ist also mit diesen Verboten nichts gewonnen. Wir sollten uns um die Gesetzeslücken kümmern.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Interessant ist auch, was nicht in den Eckpunkten steht. Was ist denn mit privat angemietetem Wohnraum, der den Charakter einer Unterkunft hat? Bisher gilt doch die Unverletzlichkeit der Wohnung, wenn in der Wohnung nicht gerade eine Betriebsstätte eingerichtet ist. Das wäre eine Regelungslücke,

um die man sich einmal kümmern müsste und die es zu schließen gilt. Wie wird denn die Forderung der ASMK umgesetzt, dass alle Arbeitnehmer in einem Betrieb rechtlich in das Arbeitsschutzsystem des auftraggebenden Betriebs eingebunden werden können? Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat, der Gesetzentwurf des Herrn Heil braucht noch unseren konstruktiven Einsatz, und wir liefern diesen konstruktiven Einsatz mit unserem vorliegenden Antrag.

(Beifall FDP)

Wir wollen keine nutzlosen Schattengefechte gegen das Wort „Werkvertrag“ führen. Wir wollen echte Veränderungen erreichen. Wir wollen Arbeitsbedingungen, die durch ein starkes Arbeitsschutzrecht sozial ausgewogen und geprägt sind. Deshalb begrüßen wir, dass unser Sozialminister Heiner Garg die Arbeitsschutzkontrollen deutlich verstärkt hat. Wir wollen, dass die auswärtige Unterbringung von Werkvertragsarbeitnehmern auch dann unter das Arbeitsschutzrecht fällt, wenn private Mietverträge bestehen. Es kann ja wohl nicht sein, dass durch einen simplen Winkelzug das Arbeitsschutzrecht ausgehebelt wird.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen Arbeitnehmerrechte auch für Werkvertragsarbeitnehmer, damit alle Betriebsangehörigen auch durch einen Betriebsrat vertreten werden. Wir wollen, dass die Arbeitszeit manipulationssicher durch Erfassung nachgewiesen wird. Gleichheit vor dem Recht ist wichtig, damit der Ehrliche nicht der Dumme ist.

(Beifall FDP, Werner Kalinka [CDU] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Lassen Sie mich das noch zum Schluss sagen: Wir wollen endlich die geforderte Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeitsminister zu diesem Thema. Dann können wir uns nämlich weitere Runden wie diese sparen. Die Debatten zu diesem Thema sind geführt. Es sollte jetzt zügig zur Umsetzung der geplanten Verbesserungen kommen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manch einer braucht offenbar erst eine Pandemie, um sich der mitunter unhaltbaren Zustände in der Fleischindustrie bewusst zu werden. Dabei sind die allermeisten Probleme schon seit Jahren bekannt. Aber durch die Coronakrise und die daraus folgenden erhöhten Infektionszahlen fällt es jetzt natürlich noch schwerer, hiervor die Augen zu verschließen. Doch wie dem auch sei: Der SSW begrüßt ausdrücklich, dass sich auf Bundesebene endlich etwas bewegt.

Aus unserer Sicht ist insbesondere der Schritt, Werkverträge und Leiharbeit in der Fleischindustrie gesetzlich zu verbieten, mehr als überfällig.

(Beifall SSW)

Weil das Verfahren zum Arbeitsschutzkontrollgesetz derzeit durch Lobbyinteressen ausgebremst wird, können wir den Antrag der SPD natürlich unterstützen.

(Beifall SSW und SPD)

Wie erwähnt, wissen wir nicht erst seit diesem Jahr, dass auch bei uns im Land in Teilen der Fleischindustrie so einiges schief läuft. Was in den vergangenen Jahren so alles ans Licht der Öffentlichkeit drang, hat uns doch alle gemeinsam empört. Seit Jahren kritisieren wir diese teilweise unzumutbaren Zustände. Uns allen sollte also längst bewusst sein, und den Eindruck habe ich hier auch, dass die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen in der Fleischindustrie für viele Beschäftigte unzumutbar sind.

Doch passiert ist trotz allem denkbar wenig. Im Gegenteil: Wir müssen feststellen, dass die Selbstverpflichtung der Fleischwirtschaft für bessere Arbeitsbedingungen bis heute nicht erfüllt wird. Sie ist faktisch gescheitert, und auch kleinere Verschärfungen des Regelwerks haben leider nicht zu nennenswerten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt.

Die Tatsache, dass es gerade im Zusammenhang mit Werkverträgen und Subunternehmen erhebliche gesetzliche Lücken gibt, ist hinlänglich bekannt. Die Liste der Kritikpunkte ist lang. Wir reden über Verstöße gegen Hygiene-, Abstands- und Arbeitsschutzbestimmungen sowie Missachtung des Mindestlohn- und Arbeitszeitgesetzes.

Ganz ehrlich: Wenn Teile des Lohns für persönliche Schutzausrüstung, Miete oder für Fahrten zur Arbeitsstätte einfach einbehalten werden oder wenn

Beschäftigte 16 Stunden ohne Pause arbeiten müssen, dann ist doch gehörig etwas faul, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Noch dazu finden diese Verstöße nicht irgendwo weit weg und außerhalb unseres Einflussbereichs statt, sondern auch bei Unternehmen in Deutschland und hier in Schleswig-Holstein. Doch unsere Behörden stehen mehr oder weniger hilflos daneben und können kaum eingreifen. Ich denke und hoffe daher sehr, dass wir uns einig sind, diese Zustände nicht länger hinnehmen zu wollen.

(Beifall SSW und SPD)

Es ist also mehr als überfällig, das Arbeitsschutzkontrollgesetz zu verschärfen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Unternehmen der Branche stärker kontrolliert und im Zweifel auch sanktioniert werden müssen. Die hierfür nötige bessere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden, wie Zoll, Arbeitsschutzverwaltungen, Berufsgenossenschaften sowie der kommunalen Ordnungs- und Gesundheitsämter, ist ausdrückliches Ziel der Novelle. Das ist gut und folgerichtig. Es ist genauso überfällig wie die geplante engere Kontrolldichte und die Vorgabe, nach der im Bereich der Schlachtung, Zerlegung und der Fleischverarbeitung in einem Unternehmen kein Fremdpersonal mehr eingesetzt werden darf.

Außerdem begrüßen wir es, dass die Arbeitszeit künftig elektronisch erfasst werden soll und dass für die Unterbringung von Beschäftigten in Gemeinschaftsunterkünften in Zukunft Mindestanforderungen gelten sollen.

All diese schönen theoretischen Regelungen müssen jetzt endlich auch praktisch umgesetzt werden. Nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Unternehmen selbst müssen wissen, woran sie sind. Sie brauchen Rechts- und Planungssicherheit.

Hier sage ich für den SSW ganz deutlich: Es geht nicht darum, diese Branche zu gängeln, sondern es geht darum, Geschäftsmodelle, die Ausbeutung ermöglichen, zu unterbinden.

(Beifall SSW und FDP)

Dieses Ziel erreichen wir aber nur, wenn das vorliegende Arbeitsschutzkontrollgesetz nicht doch noch aufgeweicht wird. Die erwähnten Punkte, wie etwa das Verbot der Leiharbeit, die transparente Zeiterfassung und die verbindliche Kontrolldichte, müssen Teil der gesetzlichen Regelung bleiben. Nur so

(Christian Dirschauer)

kommen wir hoffentlich schnell und flächendeckend zu humaneren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Fleischindustrie. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach der Anhörung, Herr Kalinka, die wir in Schleswig-Holstein gehabt haben, stellen Sie sich hier hin und sagen: Schleswig-Holstein zeigt, wie es geht. - Haben Sie nicht gehört, was der DGB gesagt hat, was der Schutzkreis Kellinghusen gesagt hat, was die Kirchen gesagt haben über die Bedingungen hier in Schleswig-Holstein, wie die Menschen hier leben, wie sie ausgebeutet werden, wie schwierig die Situation ist?

Und haben Sie hier im Landtag nicht den Bericht des Landwirtschaftsministeriums zur Kenntnis genommen, wonach Selbstverpflichtungen und Ehrenkodex nicht wirken, nicht ziehen, letztendlich sogar nicht kontrollierbar sind? Und haben wir nicht im Landtag seit dem Jahre 2014 darüber geredet, dass es dringend bundesweite Lösungen geben muss? Denn wir reden von Fleischindustrie; wir reden nicht vom Handwerk, ausdrücklich nicht vom Handwerk.

(Beifall SPD, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wir reden von der Fleischindustrie!

An dieser Stelle, Herr Kalinka, immer wieder meine Bitte: Herr Laumann, der Minister in Nordrhein-Westfalen, CDU-Mitglied, hat ganz klar erklärt: Die Zeit der Fleischbarone muss vorbei sein. Die Zeit der Ausbeutung in der Fleischindustrie muss vorbei sein. - Das ist auch unser Appell. Warum ist das nicht Ihre Richtschnur?

(Beifall SPD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Eines noch einmal ganz klar: Das Arbeitsschutzgesetz ist auf Bundesebene notwendig, denn es muss bundesweit geregelt werden. Darüber sind wir uns doch alle einig.

(Zuruf CDU)

Die erste Lesung ist im Bundestag gewesen. Die Anhörung ist auch gewesen. Und es ist die CDU/CSU-Fraktion, die die zweite Lesung verweigert. Das ist doch genau der Punkt; da liegt doch das Problem. Darum geht es in unserem Antrag und um nichts anderes.

(Beifall SPD)

Diese Vermengung von Schweinestau und Werkverträgen geht gar nicht. Das sind zwei Dinge, die jetzt zusammenpassen: Corona und Schweinepest sowie der Stau in den Schlachtbetrieben. Dafür muss es eine Lösung geben, darüber haben wir in diesem Hause gesprochen. Wir haben einen Schweinegipfel gefordert, weil sich an dem Punkt nämlich noch ganz andere Dinge auswirken als nur die Werkverträge in der Fleischindustrie.

Herr Rickers, Sie haben am 3. November 2020 in der Presse erklärt, dass die Ansiedlung von Tönnies vor fünf Jahren von allen politischen Parteien begrüßt worden sei. Ich darf aus meiner Pressemitteilung vom Februar 2015 zitieren: Die Ansiedlung von Tönnies erfüllt uns mit Sorge; denn dann droht Schleswig-Holstein noch tiefer in den Konzentrationsprozess der fleischverarbeitenden Industrie zu geraten. Und bei solchen Konzentrationen sind die landwirtschaftlich produzierenden Betriebe klar im Nachteil. - Genau das erleben wir gerade.

Noch ein Wort zur AfD. Ihr Aufruf zur Hauschlachtung hilft in Schleswig-Holstein wirklich nicht weiter. Das ist abzulehnen; das ist keine Lösung für nichts und niemanden.

Meine Herren und Damen von der CDU, Frau Klöckner hat heute den Liebe-Freunde-Brief verschickt und ruft zu fairem Umgang mit der Landwirtschaft auf. Im Sinne dieses fairen Umgangs sorgen Sie dafür, dass die Werkverträge in der Fleischindustrie endlich abgeschafft werden. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kalinka, lieber Werner, du bist ja als CDA-Sprecher und Vorsitzender in Schleswig-Hol-

(Wolfgang Baasch)

stein auch dafür bekannt, dass du - ich will nicht Querdenker sagen -

(Heiterkeit)

etwas Andersdenkendes in die CDU hineinbringst. Das hier heute Morgen war wieder der typische alte Parteisoldat, der nichts anderes als seine Scheuklappen aufgesetzt und versucht hat, etwas zu rechtfertigen, was nicht gerechtfertigt werden kann.

(Beifall SPD)

Es geht darum - da sind wir uns bisher in allen Diskussionen einig gewesen -, dass wir unseren Finger auf diese Missstände legen, die in der Fleischindustrie und natürlich auch in einigen anderen Industriebereichen passieren, die mit prekärer Arbeit und aus prekärer Arbeit ihr Geld verdienen. Ich erinnere nur an die Paketbranche, die es ebenfalls nicht einfach hat. Es geht also um die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich.

Wir waren uns einig in der Anhörung, an der übrigens sehr viele Sozialdemokraten teilgenommen haben und in der wir auch sehr engagiert mit den Anzuhörenden diskutiert haben. Da haben wir deutlich gemacht, was wir von dieser Industrie erwarten. Wir erwarten, dass es Interessenvertretungen gibt, dass die prekären Arbeitsbedingungen aufhören, dass Wohnen und Arbeiten voneinander getrennt werden.

Natürlich haben wir darüber auch mit dem Sozialministerium eine Einigkeit hergestellt; denn dass dort verstärkt kontrolliert werden muss, ist richtig und vernünftig. Ich habe im Sozialausschuss den Minister dafür gelobt, dass er gemeinsam mit dem Kollegen Heil in Berlin in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz die Initiativen auf den Weg gebracht hat, die eigentlich heute im Bundestag schon längst hätten beschlossen sein können.

Also: Wo sind denn die Blockiererinnen und Blockierer, wenn sie nicht bei FDP und SPD sind? Sie können doch nur in der CDU sitzen. Deswegen richten Sie doch einmal den Blick in die eigenen Reihen, und versuchen Sie deutlich zu machen, um welche Problemlagen es geht und was gelöst werden muss.

Die Kollegin Eickhoff-Weber hat ja eben schon einmal Frau Klöckner erwähnt. Das ist die Landwirtschaftsministerin. Von der haben wir in dieser Diskussion bisher verdammt wenig gehört, vielleicht einmal auch in diesen Bereich hinein spiegelnd, dass Verantwortlichkeit nicht immer nur abgewälzt werden kann, Kollege Kalinka, sondern vielleicht

auch mal in den eigenen Reihen gesucht werden muss.

(Beifall SPD)

Nun möchte ich das aufgreifen, was der Kollege von der FDP gesagt hat: Man kann nicht hineinkontrollieren. - Doch, man kann hineinkontrollieren. Man kann über Kontrollen die Auswüchse bekämpfen. Und das ist in diesem Bereich sehr, sehr notwendig.

Aber wir wissen auch, dass in den Betrieben, in denen es vernünftige Interessenvertretungen gibt, in denen es gewählte Betriebsräte gibt, in denen kein Outsourcing stattfindet, in denen nicht organisierte Verantwortungslosigkeit herrscht, die Arbeitsbedingungen vernünftig sind. Deswegen brauchen wir über das Maß von Verboten hinaus organisierte Interessenvertretungen, und wir brauchen eine Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit genau diese Auswüchse wirklich ein für alle Mal abgestellt werden können. Das ist einer der Ansätze, die wir als Sozialdemokraten vertreten.

(Beifall SPD)

Es muss wirklich einmal deutlich gemacht werden, dass die Fleischindustrie so, wie sie arbeitet, dieses System implementiert. In unserer Anhörung haben wir auch gehört, wie Verbraucher und die Märkte - das heißt: die Händler - in diesem Bereich agieren. Man muss nicht nur an einer Stellschraube, sondern an vielen Stellschrauben drehen. Die entscheidende Stellschraube aber ist, dass wir dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie zumindest endlich den Arbeitsbedingungen entsprechen, die wir gesetzlich vorgeschrieben haben. Man kann auch noch viel Vernünftiges darüber hinaus tun.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Richert?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Gerne.

Kay Richert [FDP]: Kollege Baasch, ich möchte Sie eigentlich nur einmal kurz korrigieren: Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass man nicht kontrollieren könne, im Gegenteil. Ich habe die Aktivitäten unserer Landesregierung gelobt, die durch enge Kontrollen und eine Erhöhung des Kontrolldrucks zu

(Wolfgang Baasch)

entscheidenden Verbesserungen der Situation geführt hat. Mein Petitum ist, dass Sie hier - nicht Sie persönlich, sondern Ihre politische Kraft - immer den Eindruck erwecken, man müsse nur den Werkvertrag verbieten und damit wäre alles, was wir hier an schlechten Dingen haben, abgeschafft. Es ist nicht so.

Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass Sie überhaupt keinen nennenswerten Widerstand bekommen haben, als Sie gesagt haben, dass Sie den Werkvertrag abschaffen wollen? - Raten Sie doch einmal, warum das so ist. Es ist so, weil man die Dinge, die man mit Werkvertragsarbeitnehmern machen kann, auch mit Stammebelegschaftsarbeitnehmern machen kann. Man muss sich einfach nur ein entsprechendes Konstrukt überlegen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Genau das werden Sie sehen. Ich warne davor, dass Sie sich darauf konzentrieren, den Werkvertrag zu verbieten, aber nicht die bestehenden Gesetzeslücken zu schließen. Sie werden so nicht das Ziel erreichen, das wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

(Beifall FDP und CDU)

- Herr Kollege Richert, ich habe Ihnen das nicht in dem Sinne vorgeworfen. Ich habe Ihnen die Argumentation, die Sie ja angeschlossen haben, vorgeworfen. Man kann nicht hineinkontrollieren. Man kann keine Qualität durch Kontrollen in einen Betrieb hineinbringen, wenn er bestimmte Missstände aufweist. Es wird dann auch bei Stammebelegschaften Missstände geben.

Deswegen habe ich eben noch einmal betont: Es kommt nicht nur darauf an, diese Gesetze zu organisieren, sondern es kommt auch darauf an, die Interessensvertretungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken und dafür zu sorgen, dass Betriebsräte in den Unternehmen vorhanden sind. Es muss dafür gesorgt werden, dass Tarifbindung herrscht.

Wenn Sie sich einmal angucken - das ist bei der Anhörung deutlich geworden -: Im Bereich der NGG berichten über 55 % der Betriebsräte davon, dass sie bei Betriebsratswahlen behindert werden. Man kann der Fleischindustrie den systemimmanenten Vorwurf machen, dass man dort eine Interessensvertretung, die eine wirksame Arbeitnehmervertretung wäre, überhaupt nicht haben will. Man will nämlich seine bescheuerten - Entschuldigung, falscher Ausdruck -, seine sehr bedenklichen Ar-

beitspraktiken nicht mehr durchsetzen. Genau darum geht es: Nicht nur auf einen Bereich abzielen, sondern einen Strauß von Maßnahmen entwickeln, der dann dafür sorgt, dass Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie dem entsprechen, was wir wollen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Richert?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Aber gerne.

Kay Richert [FDP]: Herr Kollege Baasch, wenn Sie mir zugehört hätte, wüssten Sie, dass ich Ihre Forderung durchaus teile. Sie interpretieren hinein, dass ich sagte, mit Kontrollen könne man nichts erreichen. Ich möchte noch einmal ganz klar sagen: Das stimmt so nicht.

Das habe ich nicht so gesagt, und ich habe es auch nicht intendiert. Das ist nicht die Wahrheit.

- Gut. Dann werden wir uns in den nächsten Diskussionen darüber verständigen, was wir gemeinsam auf den Weg bringen. Wenn Sie bei den Arbeitnehmervertretungen genauso offen sind, wie ich es versucht habe zu formulieren, oder wenn Sie bei den Haushaltsberatungen in der Zukunft zum Beispiel dafür sorgen, dass die mobile Arbeitnehmerberatung, die wir in Schleswig-Holstein haben und die sich genau um diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmert, verstärkt - vielleicht sogar verdoppelt - wird, dann wären das tolle Ansätze. Dann wären wir mit Jamaika - oder zumindest mit der FDP-Fraktion - ein Stück weiter.

(Beifall SPD und SSW - Lars Harms [SSW]:
Mein Arbeiterfürst!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

(Zuruf SPD: Jetzt darf man gespannt sein!)

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwei Wege, wie man an ein Thema herangehen kann. Der erste Weg ist der: Man hat eine Mei-

(Werner Kalinka)

nung und bleibt dabei. Der zweite Weg ist: Man schaut sich die Probleme an, geht an die Themen ran und akzeptiert dann auch Ergebnisse.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Ich will Ihnen nur sagen: Wenn Sie mir etwas deutlicher kommen, kann ich Ihnen auch deutlicher antworten. Im Sozialausschuss ist das Thema einstimmig für erledigt erklärt worden. Ich habe es nach der Anhörung auf die Tagesordnung genommen. Wir haben 2018 darüber beraten - auf Erstinitiative der SPD -, und von da an gesehen haben wir in völliger einvernehmlicher Kontinuität ständig über dieses Thema beraten.

(Zuruf: Alle zwei Monate!)

Wir haben uns sehr eng mit dem Sozialminister ausgetauscht und auch die Frage der Kontrollen besprochen. Ich will das im Einzelnen gar nicht weiter darlegen.

Nach all dem hat der Sozialminister nach vier Monaten vorgetragen: Wir hatten 204 Verstöße, alle sind im Wesentlichen abgearbeitet, die Unternehmen sind kooperativ, wollen mitmachen, wir arbeiten zusammen. - Dann kann ich mich doch nicht hinstellen und sagen: In Schleswig-Holstein ist alles murks. - Wo sind wir eigentlich in diesem Land!

(Beifall CDU und FDP)

Sie müssen sich einmal die Frage stellen, wie unredlich es ist und was Sie damit den Menschen gegenüber sagen, die sich bemühen, Gesetze unter schwierigen Bedingungen einzuhalten. Über diese Frage müssten Sie sich bei der SPD gelegentlich einmal Gedanken machen.

(Beifall CDU und FDP)

Das Dritte: Wenn es alles so einfach wäre, wie Sie denken, Frau Kollegin Eickhoff-Weber, dann frage ich: Warum haben Sie in den Jahren vorher und woanders nicht mehr auf den Weg gebracht?

(Klaus Schlie [CDU]: Eine gute Frage! - Beifall CDU)

Da können Sie sagen: „Fleischbarone“. By the way: Für Rheda-Wiedenbrück ist nicht Schleswig-Holstein zuständig, sondern Nordrhein-Westfalen.

(Beifall CDU und FDP)

Wie unsorgfältig Sie arbeiten und analysieren, geht übrigens aus Ihrem eigenen Antrag hervor. Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

„Das Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz ..., das auf Initiative von

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil umgesetzt werden soll ...“

Bislang gibt es nur einen Gesetzentwurf. Selbst das haben Sie nicht richtig aufgeschrieben.

(Beifall CDU und FDP)

Ich hätte Ihnen das nicht gesagt, wenn Sie mir etwas fairer begegnet wären.

(Lachen SPD)

Ich könnte Ihnen im Übrigen zum Eckpunktepapier auch noch ein paar Sätze sagen.

(Martin Habersaat [SPD]: Machen Sie mal!)

Im Eckpunktepapier steht:

„Ab dem 1. Januar 2021 soll das Schlachten und die Verarbeitung ...“

Dort steht nicht „muss“, sondern „soll“. Weiter hinten steht:

„Damit wären Werkvertragsgestaltungen und Arbeitnehmerüberlassung nicht mehr möglich.“

„Wären“ heißt nicht, dass es damit nicht mehr möglich ist.

(Zurufe SPD)

Das nur zu diesem Punkt. Das sind ihre eigenen Vorlagen. Die sollten Sie vielleicht einmal etwas genauer durchlesen, um zu begreifen, dass wir uns in der Tat über etwas differenzierte Probleme unterhalten, die von Ihnen nicht mit diesen pauschalen Aussagen beantwortet werden können. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Birgit Herdejürgen [SPD]: Dieser Redebeitrag hat uns jetzt vorgebracht! Das hat ja mit Parteipolitik fast gar nichts zu tun!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will einmal versuchen, einige versöhnliche Worte zu finden. Ich richte mich zuerst an den Kollegen Baasch. Natürlich kann es nicht im Interesse einer gesättigten Gesellschaft, so wie wir sie hier in Deutschland haben, sein, Leute auszubeuten, egal in welchem Bereich. Da sind wir uns doch alle in

(Heiner Rickers)

der Grundaussage einig. Diese Kernaussage steht, sie steht vor allen Dingen auch für die CDU.

Ich betone ganz besonders: Aus meiner Sicht steht diese Aussage auch ganz klar für den Bereich der Urproduktion, für die Landwirtschaft: keine schlechten Bedingungen, egal in welchem Bereich. Es gilt auch für die Landwirtschaft, denn die stellt ja diese Urprodukte her. Im Gemüsebau oder bei der Schlachtung - die öffentlich heikler diskutiert wird - ist das tatsächlich Fakt.

Wenn wir von realistischen Zahlen in Schleswig-Holstein ausgehen, muss man sich über die Größenordnung bewusst sein.

Auch das ist in der Anhörung immer wieder deutlich geworden. In der reinen Schlachtung arbeiten in Schleswig-Holstein nur wenige Hundert Leute. Früher kamen sie aus Polen, davor waren es die Einheimischen. In Polen hat sich inzwischen vieles verbessert. Jetzt kommen sie aus Bulgarien, Rumänien oder von noch weiter her. Das liegt nicht nur am System Deutschland - die sollen nicht ausgebeutet werden -, sondern das liegt daran, dass es den Menschen in unseren Nachbarländern so schlecht geht, dass sie zum Arbeiten hierherkommen müssen.

Versöhnlich will ich sagen: Ich sehe Licht am Ende des Tunnels. Es wird sich in Europa allgemein etwas verbessern. Das sehen wir am Beispiel Polen; die haben positive wirtschaftliche Entwicklungen. Dadurch wird es noch schwieriger werden, Arbeitskräfte zu bekommen.

Für die CDU gesprochen: Wir machen uns doch nicht mit einer Borchert-Kommission Gedanken um Tierwohl und höhere Preise - da geht es nur um wenige Cent pro Kilo Fleisch -, um am Ende in der Öffentlichkeit dafür hingerichtet zu werden, dass die Schlachtung von Tieren unter prekärsten Bedingungen bei der Großindustrie den ganzen Ruf wieder zunichtemacht. Das kann nicht im Sinne der Gesellschaft und des Berufsstandes sein.

(Beifall CDU)

Deswegen sind wir alle gemeinsam gefordert.

Frau Eickhoff-Weber, es gibt die ersten Großkonzerne, die ihren Firmensitz nicht in Deutschland haben, die mit guten Beispiel vorangehen. Daran wird sich die Branche hoffentlich orientieren, nicht nur freiwillig, sondern sie wird es müssen. Arbeitskräfte werden zukünftig noch knapper. Dann muss die Technik her, und dann muss das so geregelt werden, dass wir am Ende dieser Debatte nicht nur das Er-

gebnis erzielen, dass wieder alles dahin verschoben wird, wo es billiger und ohne Aufsicht geht.

Ich muss noch einen Satz loswerden: In der Tendenz geht es beim Schweinestau jetzt zum Schlachten nach Kroatien und ganz weit in den Osten von Polen. Das kann keiner wollen.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Die Schiebung der Gesetzgebung im Bund durch die CDU ist im Moment - das müssen Sie mir glauben - dadurch zu begründen, dass der Schweinestau, egal, wodurch er hervorgerufen wurde, wenn zum 1. Januar 2021 noch ein Verbot der Werkverträge in Kraft tritt, katastrophal werden wird. Dann werden wir uns über Nottötung und Tierschutz unterhalten müssen. Das will wirklich niemand. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat das Wort der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst will ich festhalten: Die Wirtschaftsordnung, in der wir leben und für die wir alle stehen - so habe ich es den vorausgegangenen Redebeträgen entnommen -, heißt soziale Marktwirtschaft; die Betonung liegt auf dem Wort „soziale“.

Das beinhaltet, dass man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fair behandelt. Was in manchen großen fleischverarbeitenden Betrieben nach wie vor passiert, ist genau das Gegenteil von einer wertschätzenden Atmosphäre, das Gegenteil von fairen Arbeitsbedingungen. Das ist durch die Coronakrise noch einmal besonders in den Mittelpunkt gerückt. Wie in manch anderen Bereichen unseres Lebens ist die Krise lediglich ein Brennglas und zeigt noch einmal ganz besonders, wo es schon in der Vergangenheit zu Missständen gekommen ist.

Deshalb hat die Landesregierung - das will ich an dieser Stelle noch einmal erwähnen - weit vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie die Initiative ergriffen und bereits 2018 eine Informations- und Überwachungskampagne zu den Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen und in der fleischverarbeitenden Industrie gestartet. Dabei haben die staatliche Arbeitsschutzbehörde der Unfall-

(Minister Dr. Heiner Garg)

kasse Nord, der Zoll, die Bauordnungsämter und die Gesundheitsämter eng miteinander kooperiert. Sie brauchen all diese Behörden, um strukturelle Missstände aufzudecken und sie dort, wo wir es können, abzustellen.

Als Konsequenz aus dieser Kampagne habe ich auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2019 den Antrag, der schon mehrfach erwähnt wurde, eingebracht, in dem klare Lösungen aufgezeigt wurden. Übrigens war in der Tat einer der Allerersten, die hier zur Seite gesprungen sind, der Kollege Karl-Josef Laumann, weil er in Nordrhein-Westfalen Ähnliches erlebt wie wir, und auch die Kollegin Reimann in Niedersachsen hat genau die gleichen Probleme.

Privat angemietete Wohnungen den Anforderungen des Arbeitsstättenrechts zu unterwerfen, war nur eine Forderung, ebenso, dass Beschäftigte von Werkvertragsnehmern rechtlich in das Arbeitsschutzsystem des auftraggebenden Betriebs einzubinden sind und - das hat der Kollege Richert erwähnt - eine manipulationssichere Zeiterfassung eingeführt wird. Das waren Kernpunkte der Initiative, die damals mit 16:0 von den Kolleginnen und Kollegen angenommen wurde.

(Beifall FDP)

Das geht von Linkspartei über Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne bis hin zu Freien Demokraten.

Als dann im Zuge der Coronakrise die widrigen Bedingungen in der Fleischwirtschaft in allen Bundesländern erneut offen zutage traten, habe ich am 8. Mai 2020 veranlasst, dass die vollständige Belegschaft in den großen Schlacht- und Zerlegbetrieben in Schleswig-Holstein auf das Coronavirus getestet werden muss. Im Vorfeld hatte mein Haus die Betriebe bereits über notwendige hygienische Maßnahmen informiert. Zudem haben wir Ende Juni einen Runderlass verfügt, der verbindliche Testungen und weitere Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus in fleisch-, fisch- und geflügelverarbeitenden Betrieben vorsah, in denen im größeren Maße Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oder Beschäftigte eines Werkunternehmers tätig sind.

Dieser Erlass wurde zweimal, zuletzt am 28. Oktober 2020, verlängert. Beispielsweise dürfen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter für 14 Tage nicht beschäftigt werden, wenn sie zuvor in einem anderen Betrieb tätig waren. Das Verbot kann nur mit einem negativen Coronatest auf fünf Tage verkürzt werden.

Darüber hinaus haben wir die Kontrollen durch die Staatliche Arbeitsschutzbehörde in den großen Schlachtbetrieben massiv ausgeweitet. Seit Anfang Juni werden die Betriebe und auch die Unterkünfte der Beschäftigten - soweit sie unter dem jetzigen Gesetzesrahmen kontrollierbar sind - in den großen Schlachtbetrieben regelmäßig und engmaschig überprüft. Besonderes Augenmerk liegt dabei immer darauf, ob in den Betrieben die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus eingehalten werden.

(Werner Kalinka [CDU]: So ist es!)

Die Bedingungen in der Fleischwirtschaft zu überprüfen und zu verbessern, ist ein Kernanliegen dieser Landesregierung. Es ist gut, und ich habe mich sehr darüber gefreut, dass jetzt auch der Bund die Initiative ergriffen hat. Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz hat er einen Gesetzentwurf vorgelegt, der entscheidend dazu beitragen kann, die Probleme in der Fleischindustrie zu beseitigen.

Ich habe es schon mehrmals betont und sage auch heute noch einmal sehr deutlich, dass der Bund dabei grundsätzlich meine Unterstützung hat. Das weiß auch der Kollege Hubertus Heil.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn wesentliche Punkte dieses Gesetzes finden sich bereits in der ASMK-Initiative von 2019 wieder. Ich hoffe, dass niemand im Ernst glaubt, dass ich nicht mehr hinter der Initiative stehe und für ihre Durchsetzung mit demselben Engagement kämpfe.

Aktuell ist in der Berliner Koalition offensichtlich noch keine Einigkeit über den Gesetzentwurf erzielt worden. Ich habe es so verstanden - ich bin offen, wenn ich hier einem Missverständnis aufgesessen bin -, dass in Berlin im Moment heftig darüber gestritten wird, ob mit dem Verbot von Werkverträgen gleichzeitig ein Verbot von Leiharbeit einhergehen soll. Das ist aus meiner Wahrnehmung der Kernstreit, der in Berlin gerade ausgefochten wird.

Da will ich Ihnen sagen, dass in der Tat auch das Konstrukt der Leiharbeit in der Vergangenheit bedauerlicherweise von der fleischverarbeitenden Industrie missbraucht wurde, um festangestellte Beschäftigte sukzessive aus den Betrieben zu verdrängen.

Andererseits - deswegen verstehe ich zumindest, dass man in Berlin hart ringt - gibt es selbstverständlich auch in der fleischverarbeitenden Industrie Auftragsspitzen. Die mögen weniger steil aus-

(Minister Dr. Heiner Garg)

fallen als in anderen Bereichen, aber es gibt sie. Ursprünglich war das Konstrukt der Leiharbeit darauf angelegt, Auftragsspitzen in Unternehmen abarbeiten zu können. Das ist grundsätzlich ein richtiger und nach wie vor guter Gedanke. Wenn dieses Instrument allerdings so missbraucht wird, dass sukzessive Stammbeschaften einfach aus den Betrieben verdrängt werden, dann liegt es nicht originär am Instrument selbst, sondern am Missbrauch dieses Instruments.

(Beifall Kay Richert [FDP] und Birgit Herdejürgen [SPD])

Deswegen glaube ich auch, dass das, was gerade in Berlin passiert, also das Eintreten von bestimmten Gruppen dafür, weiterhin unbeschränkt Leiharbeit zuzulassen, nicht die Lösung sein kann, denn dann würde man lediglich all diejenigen, die heute über Werkverträge beschäftigt werden, als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wiederfinden. Vor dem Hintergrund hätte ich jedenfalls aus Schleswig-Holstein einen Vorschlag, wie man das Problem in Berlin lösen könnte, um diesen Gesetzentwurf vielleicht dann doch relativ zügig zu verabschieden.

Warum überlegt man nicht, dass man gerade an diesem Feld beispielhaft festmacht, wozu das Instrument der Leiharbeit eigentlich einmal gut war, nämlich zum Abarbeiten von Auftragsspitzen? Man sollte sich überlegen, wie man Leiharbeit in diesem Bereich intelligent begrenzt, beispielsweise, indem man sagt: Nur noch maximal zwischen 10 % und 20 % der Gesamtjahresarbeitszeit in einem solchen Betrieb darf durch Leiharbeit abgedeckt werden. Oder: Nur ein bestimmter Prozentsatz an der Gesamtbeschaftung dürfen noch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sein, und zwar genau, um Produktionsspitzen abzarbeiten, aber nicht, um Stammbeschaften zu verdrängen.

(Beifall FDP und SSW)

Ich kann nur davon abraten, einen an sich schlüssigen und aus meiner Sicht durchaus konstruktiven Gesetzentwurf dadurch auf die lange Bank zu schieben, dass man sich in dieser Frage nicht einig wird. Ich gebe die Anregung, hier einmal mit positivem Beispiel voranzugehen - auch aus Schleswig-Holstein.

Ich wünsche mir das übrigens auch für den Bereich der Pflege, wenn ich das sagen darf, denn auch dort ist es ein Problem, wenn Pflögetätigkeiten zunehmend durch Leiharbeit, nicht mehr durch Stammbeschaften erledigt werden. Ich glaube, durch ein sinnvolles Instrument der Begrenzung - man muss

es nicht gleich abschaffen - trägt man zur Problemlösung bei. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Werner Kalinka [CDU]: Jetzt klatscht die SPD! Das ist doch herrlich! - Wolfgang Baasch [SPD]: Hättest du mal so geredet!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Minister hat die vorgesehene Redezeit um 5 Minuten erweitert. Das stünde jetzt theoretisch allen Fraktionen auch zu. Aber ich sehe, dass auch der Kollege Rickers davon keinen Gebrauch machen möchte. Insofern schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2555, und Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2589. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2555, abstimmen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, des Zusammenschlusses der AfD, des Abgeordneten Dr. Brodehl, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen von SPD und SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2589, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

Abstimmung zu b), Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Ich lasse über den Antrag des Abgeordneten Volker Schnurrbusch, Drucksache 19/2557, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Zurufe)

Damit ist der Antrag des Abgeordneten mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP und CDU gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD-Abgeordneten und des

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Abgeordneten Dr. Brodehl bei Enthaltung der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Der Oppositionsführer hat einen Antrag zur Geschäftsordnung oder eine Einwendung?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, Frau Präsidentin. Ich habe keine Einwendung, aber ich möchte eine Erklärung zum Stimmverhalten der SPD-Fraktion abgeben. Wir haben vor der Debatte vereinbart, dass wir, auch wenn Sie unserem guten Antrag nicht zustimmen, Ihrem Antrag zustimmen werden, den wir zwar nicht so gut finden wie unseren, aber wir sind eben großmütiger als andere und halten nicht nur parteipolitische Reden. - Vielen herzlichen Dank.

(Lachen CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf.

(Unruhe)

- Wenn die Erheiterung nachlässt, fahre ich fort.

(Martin Habersaat [SPD]: Wenn sie doch einen Grund hätte! Aber, Herr Kalinka, manchmal fängt man auch grundlos an zu kichern im Alter! - Zurufe)

- Ich freue mich, dass die Stimmung heute Vormittag so gut ist. Wer der Sitzung weiter beiwohnen möchte, setzt sich bitte wieder.

Zweiter Versuch: Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Maßnahmen und Ziele für eine effiziente Energiewende und Klimaschutzpolitik - Evaluierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2546

Hierfür erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 - was haben alle diese Jahre gemeinsam? - Sie sind die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung 1880. Das ist ein Fakt, und Sie alle kennen den.

Und es ist ein Fakt, der uns beispielhaft vor Augen führt, wie akut die Klimakrise ist. Erst vor zwei Tagen wurde dies wieder durch die Ergebnisse einer mehrjährigen Untersuchung von Grönlandgletschern deutlich: Das Abschmelzen der arktischen Eismassen geschieht etwa drei- bis viermal schneller, als der Weltklimarat bislang selbst im schlechtesten Szenario angenommen hat. Die Wissenschaft macht uns deutlich: Um die Auswirkungen des Klimawandels im Sinne des Pariser Klimaabkommens im Rahmen zu halten, müssen wir noch ambitionierter werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2017 hat dieses Haus ein wegweisendes Energiewende- und Klimaschutzgesetz beschlossen. Schleswig-Holstein hat sich als eines der ersten Länder kurzfristig überprüfbare Ziele gesetzt. Sie gehören bundesweit zu den ambitioniertesten Zielen und legen konkret fest, welche elektrische Leistung und wie viel Wärme bereits 2025 aus erneuerbaren Energien kommen muss. Unsere Evaluation stellt heraus, dass dennoch zusätzliche Vorgaben und Maßnahmen notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen. Auch die Ziele selbst müssen wir einer ständigen Überprüfung unterziehen.

Ich bin froh und stolz, dass sich die Umweltministerinnen und Umweltminister der Länder vergangenen Freitag einstimmig auf meinen Antrag hin dafür ausgesprochen haben, das EU-weite Reduktionsziel für 2030 auf 60 % anzuheben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Hans-Jörn Arp [CDU] und Heiner Rickers [CDU])

Mit der Novelle des EWKG werden wir nachgeschärfte Ziele auf EU- und Bundesebene automatisch in unser Landesrecht übernehmen. Wir wollen bei der sektoralen Betrachtung der Treibhausgasemissionen künftig alle relevanten Sektoren in die Pflicht nehmen. Dafür werden wir etwa bei der Landnutzung und im Verkehrssektor im Gesetz deutlicher den Pfad benennen, denn hier müssen wir beim Klimaschutz deutlich besser werden. Wir werden auch die Vorbildfunktion der Landesverwaltung weiter konkretisieren.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ambitionierte, überprüfbare Ziele, aber wir brauchen auch die passenden Maßnahmen dazu.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat hier weiter Priorität - und das, obwohl wir in Schleswig-Holstein bereits heute über 150 % unseres eigenen Stromverbrauchs mit regenerativer Energie aus dem echten Norden decken. Bis 2025 wollen wir ganze

(Minister Jan Philipp Albrecht)

37 TWh aus Wind, Sonne, Biomasse und Co. erzeugen. Wir tun das, weil wir unsere Rolle als Energiewendeland ausbauen wollen und weil wir die Chancen der Dekarbonisierung aller Sektoren für den Energiestandort Schleswig-Holstein sehen - etwa beim grünen Wasserstoff.

Dafür haben wir bereits viel getan. Denn entgegen der Unkenrufe der Opposition ist es diese Jamaika-Koalition, die in den vergangenen zwei Jahren trotz schwierigster Vorgaben des OVG die Windplanung zum Ende des Jahres abschließen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Und es ist diese Koalition, die trotz widrigster Bedingungen auf der Bundesebene bereits im August dieses Jahres über 100 neue Windkraftanlagen genehmigen konnte. Das ist bundesweit Spitze.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Im Energiewendebericht im Juni 2020 habe ich deutlich gemacht, dass wir beim Ausbau noch mehr tun müssen - und jetzt liefern wir. Um das große Potenzial etwa von Dachflächen für die Solarenergie auszuschöpfen, wollen wir verbindlich festlegen, dass bei jedem geeigneten Nichtwohngebäude, das neu errichtet oder dessen Dach renoviert wird, in Zukunft eine Fotovoltaikanlage aufs Dach kommt. Meine Damen und Herren, dazu werden wir neben dem erfolgreichen Förderprogramm für Bürgerinnen und Bürger zusätzliche Mittel zur Förderung von Energiespeichern bereitstellen, damit wir weitere Anreize für Dachfotovoltaik auf Wohngebäuden setzen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Auch den Anteil an erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung werden wir in den Fokus rücken. Bereits jetzt fördert diese Koalition mit mehreren Millionen Euro die Planung und die Errichtung von Wärmenetzen. Doch häufig scheitern Ideen und Projekte an der fehlenden Wärmeplanung in der Kommune. Ich finde: Das darf so nicht bleiben! Deshalb werden wir die Erarbeitung dieser Wärmepläne von größeren Kommunen im Land einfordern und entsprechend finanzieren und unterstützen. Allein damit erreichen wir die Hälfte der Haushalte in unserem Land.

Damit uns flächendeckend der Einstieg in die emissionsfreie Wärmeversorgung gelingt, wollen wir dazu bei allen neuen Heizungsanlagen - auch im Be-

stand - einen Mindestanteil von erneuerbaren Energien einfordern.

Meine Damen und Herren, das Land selbst geht dabei mit gutem Beispiel voran. Bei Sanierungen und Neubauten auf unseren eigenen Liegenschaften wird Fotovoltaik zum Standard, und klimafreundliche Baustoffe werden zur Selbstverständlichkeit.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das neue Klimaschutzgesetz ist ein zentraler, aber bei Weitem nicht der einzige Baustein unserer Klimaschutzpolitik. Wir unterstützen die Kommunen mit der Energiewende- und Klimaschutzinitiative EKI. Mit der Elektromobilitätsstrategie bringen wir Carsharing-Programme wie das Dörpsmobil auf die Straße und Ladesäulen für etliche Millionen Euro ans Stromnetz. Schon jetzt haben wir übrigens mit Abstand die höchsten Zulassungsraten bei reinen Elektroautos bundesweit. Ich sage Ihnen: Darauf ruhen wir uns nicht aus.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir beschaffen Batteriefahrzeuge im Schienenverkehr und fördern mit der Radverkehrsstrategie die individuelle Mobilität. Mit der Wasserstoffstrategie investieren wir 30 Millionen € in die Schlüsseltechnologie der Energiewende. Und im Rahmen der neuen EFRE- und ELER-Förderperiode werden wir die Hälfte dieser riesigen Fördertöpfe für klimaschutzwirksame Investitionen zur Verfügung stellen.

(Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Meine Damen und Herren, wir machen unsere Hausaufgaben im echten Norden. Schon vor den Sommerferien werden wir diesem Haus einen konkreten Gesetzentwurf für die Novelle unseres Energiewende- und Klimaschutzgesetzes vorlegen. Gleichzeitig werden wir einen weitsichtigen Klimaplan für ein klimaneutrales Schleswig-Holstein erarbeiten.

Schleswig-Holstein allein kann das Klima nicht retten. Aber wir wollen und werden in Schleswig-Holstein unseren Beitrag dazu leisten. Wir übernehmen Verantwortung, und wir gehen mit gutem Beispiel voran. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir mit diesem Tagesordnungspunkt fortfahren, möchte ich noch einmal auf die Abstimmung zu den vorherigen Tagesordnungspunkten, die Tagesordnungspunkte 26 und 28, zurückkommen. Es geht um den Antrag des Abgeordneten Schnurrbusch. Ich habe irrtümlich dazu vermerkt, dass der Abgeordnete Dr. Brodehl diesem zugestimmt habe. Ich stelle hiermit fest, dass er diesen Antrag abgelehnt hat.

Der Herr Minister hat die vorgesehene Redezeit um 2 Minuten erweitert. Diese zusätzliche Redezeit steht nun auch allen anderen Fraktionen und Abgeordneten zur Verfügung.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz hat unsere Vorgängerregierung im März 2017, wenige Wochen vor der Landtagswahl, richtige Ziele formuliert - allerdings damals leider versäumt, auch die erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

Schaut man in das bisherige Gesetz hinein, dann heißt es da beispielsweise in § 7:

„Gemeinden sind ... berechtigt, kommunale Wärme- ... pläne aufzustellen.“

Donnerwetter, kann ich da nur sagen, dafür braucht es kein Gesetz. „Können“ können die Kommunen das in eigener Verantwortung jederzeit sowieso tun.

In § 9 zum Erhalt und Aufbau von Humus heißt es: Die Landesregierung soll einmal je Legislaturperiode einen Bericht vorlegen.

Meine Damen und Herren, das waren schon die beiden konkretesten Maßnahmen, die sich im bisherigen Gesetz finden lassen.

(Jörg Nobis [AfD]: Ein Hoch auf die Koalition!)

Deshalb sollten wir uns zu Beginn dieser Debatte einmal ehrlich machen - -

(Christopher Vogt [FDP]: Haben wir den Bericht eigentlich schon gehabt, den Humusbericht?)

- Ich glaube nicht.

Wir sollten uns einmal ehrlich machen, da sind mitten im Wahlkampf wirklich schöne Ziele formuliert

worden, aber die eigentliche Arbeit war damit weiß Gott nicht getan. Die Folge davon ist, dass Schleswig-Holstein die gesetzten Klimaschutzziele verfehlt. Das kann auch nicht wirklich überraschen, denn solche Ziele erfüllen sich schließlich nicht von selbst, sondern dafür braucht es konkrete Maßnahmen. Erst dann kann man von echter Klimaschutzpolitik sprechen.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und FDP haben wir deshalb vereinbart, dass wir das EWKG zur Hälfte der Wahlperiode evaluieren wollen - was mit dem vorliegenden Bericht jetzt geschieht.

Zur Ehrlichkeit gehört an dieser Stelle aber auch, dass die Hälfte der Wahlperiode bereits Ende letzten Jahres erreicht war. Wenn der Bericht erst heute gegeben wird, dann liegt das nicht daran, dass wir in der Koalition erst ein Jahr lang diskutiert haben, das war nur in den letzten zwei Monaten der Fall.

Meine Damen und Herren, dafür legen wir jetzt ein ganzes Maßnahmenbündel auf den Tisch, das wir als Koalition auch umgehend im nächsten Jahr in Gesetzeskraft gießen wollen. Der Minister hat das erwähnt. Wir wollen damit das nachholen, was die Vorgängerregierung versäumt hat.

Als erstes Beispiel will ich hier wiederum die kommunalen Wärmepläne anführen. Diese sollen zukünftig für alle größeren Kommunen zur Pflicht werden. Das können wir auch gesetzlich so vorschreiben, weil wir dafür im Rahmen des Konnexitätsausgleichs bereits 8 Millionen € zur Verfügung gestellt haben.

Nächster Punkt: Die Heizungswärme soll zukünftig zu mindestens 15 % mit erneuerbaren Energien erzeugt werden. Diese Verpflichtung gilt durch Bundesgesetz bereits bei allen Neubauten. Wir halten es für vertretbar, das auch dann vorzuschreiben, wenn bei einem bestehenden Gebäude die komplette Heizungsanlage ausgetauscht wird. Wer also seine alte Ölheizung rausschmeißt, sollte nicht einfach nur zu einer Gastherme wechseln, sondern bei diesem Umbau auch Warmwasserkollektoren installieren oder gleich auf Erdwärme setzen.

Für größere, neue Parkplätze mit mehr als 100 Stellplätzen soll zukünftig eine Fotovoltaikpflicht bestehen. Wir kennen das heute bereits von einigen Supermarktparkplätzen, die zum Teil überdacht sind. Mit einem kompletten Dach als Träger von Solarzellen lassen sich Kundenfreundlichkeit und Klimaschutz wunderbar verbinden.

(Tobias Koch)

Darüber hinaus wollen wir eine Fotovoltaikpflicht bei Neubau und Renovierung von Nichtwohngebäuden vorschreiben. Eine Verpflichtung von Neubau oder Dachsanierung von Wohngebäuden - wie es die SPD-Landesvorsitzende jetzt fordert - sehen unsere Vorschläge dagegen explizit nicht vor. Wir haben das in der Koalition intensiv diskutiert, und als CDU-Fraktion sind wir zunächst auch ergebnisoffen in diese Diskussion hineingegangen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber dann eingeknickt!)

Im Unterschied zu einer vorschnellen Oppositionsforderung ergeben sich, liebe Eka von Kalben, bei gründlicher Diskussion aber deutlich mehr Argumente dagegen als dafür.

(Beifall Heiner Rickers [CDU])

Wenn sich eine Fotovoltaikanlage für jeden Hausbesitzer finanziell rechnen würde, wie es Serpil Midyatli meint, dann bräuchte es dafür keinen gesetzlichen Zwang. Dann sind Information und Beratung die probaten Mittel.

Zudem wollen wir die Förderung von Energiespeichern in privaten Haushalten weiter ausbauen, um hiermit einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer das vonseiten der SPD als grüne Spielwiesen kritisiert und verunglimpft, der hat überhaupt nicht verstanden, worum es bei dieser Förderpolitik geht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unabhängig von der Wirtschaftlichkeit würde eine Fotovoltaik-Pflicht auf Wohngebäuden auf jeden Fall zu höheren Baukosten führen. Bezahlbare Mieten und der Wunsch nach einem Eigenheim würden damit in immer weitere Ferne rücken.

Aber auch klimaschutzpolitisch würde die Gefahr eines falschen Anreizes bestehen. Wenn energetische Dachsanierungen unterlassen blieben, um die Fotovoltaik-Pflicht nicht ausüben zu müssen, dann wäre das nicht im Sinne des Klimaschutzes.

Zu guter Letzt würde eine Fotovoltaik-Pflicht bei Neubauten auch die Technologieoffenheit einer regenerativen Wärmeversorgung gefährden; denn das würde im Zweifelsfall zulasten von Biomasse und Erdwärme gehen, auch das kann klimapolitisch nicht gewollt sein.

Entscheidend ist am Ende aber vor allen Dingen, dass es einer Fotovoltaik-Pflicht auf Wohngebäuden

auch gar nicht bedarf. Mit den zuvor genannten Maßnahmen schließen wir die seit 2017 entstandenen Lücken bei der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Während die SPD in ihrer eigenen Regierungsverantwortung zu wenig gemacht hat, schießt sie jetzt mit ihren Forderungen über das Ziel hinaus. Beides ist nicht sinnvoll, Jamaika findet auch hier den besseren Weg.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, mein Dank gilt deshalb an dieser Stelle unserem Energiewendeminister Jan Philipp Albrecht und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses für den vorliegenden Bericht. Gemeinsam werden wir uns nun auf den Weg machen, diesen Bericht auch in Gesetzesform umzusetzen und das schon im nächsten Jahr. Dann haben wir auch ein Energiewende- und Klimaschutzgesetz, das seinen Namen wirklich verdient. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

(Ein Mitarbeiter desinfiziert das Rednerpult)

- Vielen Dank auch an Sie.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier in Schleswig-Holstein wurde die Energiewende erfunden, weil kluge Menschen schon früh erkannt haben, dass wir von der gefährlichen Atomkraft und den fossilen Energien wegmüssen.

Gerade in dieser Woche habe ich einen „Spiegel“-Artikel von 1991 in die Hände bekommen, in dem der damalige Energieminister des Landes, mein erster Chef, Günther Jansen, den Argumenten der lauter werdenden Windkraftskeptiker entgegentrat. Sein Kernargument war damals so aktuell wie heute: Die Nutzung der Windenergie trägt dazu bei, den Treibhauseffekt zu mildern und den bedrohlichen Anstieg des Meeresspiegels zu verhindern. Daran hat sich nichts geändert.

Wir konnten in Schleswig-Holstein viel erreichen. Der gewaltige Ausbau der erneuerbaren Energien, hunderte Millionen € für die Forschung, wesentliche Impulse für das im Jahr 2000 verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz bis hin zum Energie-

(Dr. Ralf Stegner)

wende- und Klimagesetz, das wir in der Küstenkoalition 2017 auf den Weg gebracht haben. Das war ein Meilenstein für verbindliche Ziele in der Energiewende und Klimaschutzpolitik, und die Evaluierung ist der Anlass für den heutigen Bericht.

Übrigens, Herr Kollege Koch, es ist ein schlechter Scherz zu sagen, unser Gesetz war nicht gut genug, um Sie am Handeln zu hindern. Ich muss ganz ehrlich sagen, Sie lesen zwar Paragrafen, aber Sie verstehen nicht deren Inhalt.

(Beifall SPD)

Wenn man heute noch einmal nachliest, wie weit der Erkenntnisgewinn von mittlerweile 30 Jahren gewesen ist, frage ich mich ganz persönlich, ob wir mit dem Erreichten angesichts der historischen Aufgabe, den Klimawandel zu bekämpfen, wirklich zufrieden sein können und ob manche Diskussion im Klein-Klein der Größe der Herausforderung wirklich gerecht wird.

Das Thema mag durch Corona in den Hintergrund getreten sein, an Dramatik hat es aber nichts verloren. Der Kampf gegen den Klimawandel wird historisch wohl die wichtigste Herausforderung sein, vor der meine Generation steht.

Der Druck, den uns die jüngere Generation mit Fridays for Future und andere machen, ist mehr als nötig, und er wirkt sogar inzwischen auf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen.

Ich will selbstkritisch hinzufügen, dass wir auf viele Fragen noch keine Antworten haben und auch Widersprüche zwischen Naturschutz, Energiewende und anderen Themen teilweise nicht beherrscht genug aufgreifen.

Allerdings gibt es schon Unterschiede hier im Haus. Schleswig-Holstein war bis ins Jahr 2017 Musterschüler bei Energiewende und Klimaschutz. Das hat sich mit Jamaika dramatisch geändert. Unser Land ist auf dem besten Weg, die eigenen Klimaschutzziele krachend zu verfehlen, und das ist keineswegs Oppositionsrhetorik, Herr Minister Albrecht, sondern das ist die knappe Zusammenfassung Ihrer eigenen Energiewendeberichte.

(Beifall SPD)

Die Klimaschutzziele sind mit den Maßnahmen, über die wir reden, nicht mehr zu erreichen. Klimaschutz ist natürlich auch Naturschutz, ist Kampf gegen das Artensterben, ist die Verkehrswende, ist Gebäude- und Wärmepolitik, ist Energiesparen, ist Innovation, aber eben auch Energieerzeugung. Das ist ein hausgemachtes Problem. Zwischen 2017 und

Juni 2020 wurden netto genau 21 Windkraftanlagen errichtet. 2019 wurden sogar mehr Anlagen ab- als aufgebaut. Die installierte Leistung ging das erste Mal in der Geschichte des Landes zurück. Nun sind in den letzten Wochen zwar die Genehmigungen wieder gestiegen, das stimmt, aber die Windbranche stellt zu Recht fest, dass hier von einer guten Bilanz keine Rede sein kann. Jamaika wird es nicht schaffen, die gesetzlich festgelegte Menge an erneuerbarem Strom bis zum Jahr 2025 zu erreichen. Dafür tragen Sie, Herr Ministerpräsident Günther, die Hauptverantwortung, weil Sie im Landtagswahlkampf mit unhaltbaren Versprechungen getreten sind und den Menschen Angst vor der Windkraft gemacht haben. Das war unverantwortlich, und das rächt sich jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Sie verfehlen aber auch den Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmeerzeugung, und die Reduktion der Treibhausgase bleibt ebenfalls hinter den selbstgesteckten Zielen zurück. Selbst wenn einem der Kampf gegen den Klimawandel kein dringendes Anliegen sein sollte, oder wer das sogar leugnet, wie die Rechtsradikalen hier im Haus oder der scheidende US-Präsident - - Ich freue mich, dass Joe Biden angekündigt hat, dass die USA wieder zum Klimaschutzabkommen zurückkehren, das sollte uns alle freuen.

(Beifall SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und Christian Dirschauer [SSW])

Aber ich verstehe nicht, wie man nicht erkennt, was das Verschlafen der Energiewende für Schleswig-Holstein bedeutet.

Wir können es uns schon ökonomisch schlichtweg nicht leisten, die großen Potenziale und Wertschöpfungschancen der Energiewende liegen zu lassen, nur weil die Regierung nicht in die Puschen kommt. Es ist noch ärgerlicher, wenn Sie rumschnackeln, anstatt anzupacken, weil Sie nicht nur Zukunftschancen verspielen, sondern auch Strukturen kaputt machen, die hier mühsam aufgebaut worden sind. Das wirft unser Land zurück. Auch bei der technischen Innovation von der Speicherung über die Wasserstofftechnik bis zu dezentralen Spin-offs oder dem Leitungsbau gibt es mehr PR als erkennbare Substanz mit Arbeitsplatzzugewinnen, die wir uns alle wünschen.

(Beifall SPD)

Nichts in dem vorliegenden Bericht, Herr Minister, ist falsch, aber im Ergebnis ist das, was Sie vorle-

(Dr. Ralf Stegner)

gen, ambitionslos, dürrtig und ohne jede Spur von Innovation wie vieles beim Thema Energiewende und Klimaschutz.

(Beifall SPD)

In einem Arbeitszeugnis würde wahrscheinlich stehen: War stets bemüht, den Anforderungen gerecht zu werden. Aber Sie wissen, „stets bemüht“ ist nicht genug.

Sie sind angetreten, um Ökonomie und Ökologie zu versöhnen. Davon findet sich nun wirklich nichts in Ihrer Leistungsbilanz. Offengestanden, Sie lassen sich anscheinend gern mit jedem Lastenfahrrad im Zuge Ihres Hase- und Igel-Wettbewerbs mit Herrn Buchholz fotografieren, und natürlich gibt es Menschen, die sich freuen, wenn das Land einen Teil ihrer Rechnungen übernimmt - mutmaßlich übrigens keine Geringverdiener, aber es sei Ihnen gegönnt. In der Sache allerdings ist ein solches Sammelsurium-Programm in seiner Wirkung, was den Klimaschutz betrifft, verschwindend gering.

(Beifall SPD)

Sie freuen sich über die Überzeichnung dieser Programme, und Sie fahren die Energiewende gegen die Wand. Das hilft dem Klima nicht. Dass sich Jamaika fast nie einig ist, haben wir gestern bei dem Disput zwischen den beiden Herren Minister Albrecht und Buchholz, was den Strukturwandel angeht, bemerkt. Es besteht also wenig Einigkeit.

Eine Ausnahme gibt es aber. Sie sind sich immer sofort einig, wenn Sie sagen, wer schuld ist, es ist nämlich immer der Bund, wobei die CDU geflissentlich übersieht, dass sie im Bund mitregiert. Bei der Energiewende werden Sie nicht müde, die Verantwortung der Bundesregierung zu betonen. Natürlich ist das eine gesamtstaatliche Aufgabe. Meine Partei freut sich über jede Unterstützung bei guter Klimaschutzpolitik. Herr Altmaier ist übrigens nicht in der SPD, wenn ich das einmal erwähnen darf. Ich frage mich aber schon, wo wir geblieben wären, wenn sich die Vorgängerregierung in ähnlicher Weise vor ihrer Verantwortung gedrückt hätte.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Es war ja nicht so, dass uns die Regierung Kohl unterstützt hätte, als wir damals die Energiewende vorangetrieben haben, übrigens Ihre Partei auch nicht, Herr Koch. Sie haben immer kritisiert und gesagt: „Die Lichter gehen aus!“, wenn wir die erneuerbaren Energien gefördert haben. Wir haben in der sozialdemokratisch geführten Regierung gezeigt, wie der Klimawandel in Schleswig-Holstein

mit den erneuerbaren Energien bekämpft werden kann.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank. - Herr Dr. Stegner, der Tagesordnungspunkt heißt ja Bericht zum EWKG. Kommen Sie noch zu diesem Bericht und zu den Positionen der SPD oder schaffen Sie das nicht mehr bis zum Ende Ihrer Redezeit?

Sehr geehrter Herr Kollege Vogt, im Gegensatz zum Kollegen Koch wollte ich mich weniger mit den Artikeln und der Semantik Ihres Berichtes befassen als mit der Tatsache, was wir beim Klimaschutz in diesem Land leisten und was bei Klimaschutz und Energiewende herauskommt. Darüber rede ich hier.

(Beifall SPD)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn wir uns damals von der Bundesregierung so von unseren Zielen hätten abhalten lassen, wie Sie das für sich behaupten, dann würde der Strom immer noch weitgehend aus Brunsbüttel kommen und in Brokdorf erzeugt. Auch das will ich sagen, weil es in dieser Woche Thema war. Nicht Svenja Schulze ist schuld daran, dass das Urteil so war, sondern Schwarz-Gelb ist schuld daran, weil sie den rot-grünen Atomausstieg zurückgedreht haben. Wir mussten das korrigieren, und das ist das Geld, das uns bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Modernisierung der Energieerzeugung fehlt.

(Beifall SPD)

Diese Mittel hätten wir jetzt gern.

Insofern gilt für Sie schlichtweg das, was einmal Albert Schweitzer gesagt hat: Wir müssen aus dem Schläfe erwachen und unsere Verantwortung sehen. - Sie müssen endlich aus Ihrem Schlaf erwachen und die Verantwortung ernst nehmen, damit Schleswig-Holstein wieder Nummer 1 bei Klimaschutz und Energiewende wird. Viel Zeit dafür haben Sie nicht. Ich fürchte, das wird die SPD wieder in die Hand nehmen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Lachen CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, ob ich nach diesen Beiträgen und dem Streit darüber, wer sich innerhalb der Großen Koalition mehr für den Klimawandel eingesetzt hat, lachen oder weinen soll. Ich jedenfalls bin dem Minister sehr dankbar für den Bericht zum EWKG, den Sie hier vorgelegt haben, Herr Albrecht, und freue mich, jetzt darüber reden zu können.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur Bekämpfung der Coronapandemie können wir in der Klimakrise auf keinen Impfstoff hoffen. 30 Jahre ist es her, dass der Weltklimarat seinen ersten Bericht vorgelegt hat. Die Wissenschaft warnt seit Jahrzehnten vor dem Klimawandel. In der Politik haben das inzwischen erfreulicherweise auch immer mehr Kolleginnen und Kollegen begriffen, die nicht durch Strickzeug und Turnschuhe auffallen. Trotzdem verbraucht Deutschland immer noch mehr Ressourcen als die meisten anderen Länder. So lag zum Beispiel der Overshoot Day, also der Tag, an dem man die Ressourcen verbraucht hat, die man zur Verfügung stellt, in Deutschland im Jahre 2019 im Mai, und bezogen auf die gesamte Welt lag dieser Tag am 29. Juli. Daran sieht man, wir sind diejenigen, die im Durchschnitt viel mehr Ressourcen verbrauchen als der Rest der Welt. Das ist schlichtweg unsolidarisch gegenüber anderen Teilen der Welt und gegenüber zukünftigen Generationen. Zudem ist es unwirtschaftlich. Durch die Erderwärmung häufen sich Extremwetter. Die Folgen daraus beliefen sich im Jahre 2018 allein in Deutschland auf 4,5 Milliarden € Meine Damen und Herren, es steht außer Frage: Wir müssen nachsteuern, um unsere Klimaschutzverpflichtungen aus den Verträgen von Paris zu erfüllen. Das hat auch der im Juni vorgelegte Monitoring-Bericht erneut deutlich gemacht.

Sie haben recht, Mahnungen und allein das Formulieren von Zielen bringen uns nicht voran. Es muss gehandelt werden. Deshalb danke ich der Landesregierung und auch der Koalition ganz herzlich dafür, dass im Rahmen des Berichts nicht nur evaluiert, sondern auch beschrieben worden ist, mit welchen Maßnahmen wir im nächsten Jahr in Bezug auf das Klimaschutzgesetz konkret nachbessern werden. Dieser Bericht ist eine Zwischenetappe. Wir werden

im nächsten Jahr - der Minister hat es angesprochen - im Landtag über das Gesetz beraten.

Wir haben uns verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten, um den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad, möglichst sogar auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. In den Verträgen von Paris steht es so. In dem Klimagesetz der Küstenkoalition steht es so, und auch im Jamaika-Koalitionsvertrag steht es so. Vieles haben wir in den letzten Jahren schon getan. Ich will drei Beispiele nennen, um nach den vorhergehenden Äußerungen die Fakten klarzuziehen. Es ist nämlich nicht alles liegen geblieben.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien - Herr Albrecht hat es erwähnt - hat Schleswig-Holstein seit Jahren den Spitzenplatz. Ja, auch wir hätten uns natürlich eine schnellere Windplanung gewünscht. Aber wir kommen in diesem Jahr ans Ziel, und wir haben auch schon den Ausbau betrieben.

Ich habe mir die Vergleichszahlen in den anderen Ländern noch einmal angeschaut. Der Einbruch in Schleswig-Holstein ist eben nicht nur darauf zurückzuführen, dass wir den Zeitraum für die Windplanung verlängert haben, sondern in fast allen Ländern ist die Kurve in dem Zeitraum von 2014 bis 2016 massiv nach unten gegangen. Schleswig-Holstein steht im Vergleich zu den anderen Ländern gar nicht so schlecht da. Insofern ist das eine Mär. Gleichwohl ist das bedauerlich, und wir müssen da besser vorankommen. Aber es hat viel mehr mit den bundesgesetzlichen Regelungen und der Ausschreibungspflicht zu tun als mit unserer Windplanung hier im Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es wird auch immer gesagt, wir müssten als Landesregierung erst einmal unsere Hausaufgaben machen, ehe wir den Privaten etwas zumuten. Ich kann sagen, dass es durchaus Thema innerhalb der Koalition war, dass wir erst einmal mit gutem Beispiel vorangehen müssen, ehe wir die Leute zwingen, eine Fotovoltaikanlage aufs Dach zu bauen. Wir haben sowohl in der Zeit der Küstenkoalition als auch in der Zeit von Jamaika im Rahmen des Programms PROFI, durch das die Landesliegenschaften klimatisch saniert werden, 20,5 Millionen € investiert. Hinzu kommen für die Jahre 2018 bis 2021 aus IMPULS noch einmal 17,7 Millionen. Das heißt, seit wir hier mitregieren, haben wir insgesamt 38 Millionen € für die Gebäudesanierung im Land investiert. Da kann man nicht sagen, dass hier nichts passiert sei.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es wird immer ein bisschen ins Lächerliche gezogen, aber unser Programm betreffend den Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger läuft wie geschnitten Brot. Ja, das sind kleine Beiträge. Aber es geht bei diesem Programm nicht nur um die CO₂-Einsparung durch Lastenfahrräder, was immer als Beispiel genannt wird, sondern es geht darum, den Spin in die Gesellschaft zu bringen, dass wir wirklich etwas verändern müssen, dass wir eine andere Mobilität brauchen und dass wir eine andere Energieerzeugung brauchen. Darum geht es. Es geht also nicht nur um den Effekt, was das CO₂ angeht, sondern darum, die Breite der Bevölkerung bei den Maßnahmen mitzunehmen; denn nur so schaffen wir die Klimawende.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stegner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin von Kalben, ich habe sehr viel Sympathie dafür, den Spin in die Gesellschaft zu bringen und für Klimaschutz zu werben. Aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze verlieren, weil bei den erneuerbaren Energien eben doch viel weniger läuft, als nötig wäre, werden nicht dadurch getröstet, dass Besserverdiener an anderer Stelle in den Genuss von Förderprogrammen kommen. Das ist sozusagen nicht die richtige Gegenüberstellung, und das haben wir hier kritisiert. Man kann das eine tun, aber man muss in dem anderen Bereich aktiv umso mehr leisten. Wir waren unter roter, unter rot-grüner und unter rot-grün-blauer Regierungsverantwortung als Energiewendeland weit führend, und in diesem Punkt haben wir verloren.

- Ich habe gar nicht infrage gestellt, lieber Herr Stegner, dass der Windausbau vielleicht ein, zwei Jahre verloren hat. Das teile ich. Aber dass der Ausbau der Windenergie nicht so vorangekommen ist, hängt auch mit Gesetzen zusammen, die auf Bundesebene geschaffen worden sind - das wissen Sie auch -, weil es in anderen Bundesländern, auch in denen, in denen die SPD mitregiert, ebenfalls zu ei-

nem Einbruch bei der Windenergie gekommen ist. Ich bedauere das sehr. Allerdings halte ich in diesem Fall den Vergleich, dass nur die Besserverdienenden von den Zuschüssen profitieren und die schlecht bezahlten Menschen in der Windbranche nicht, nicht für besonders förderlich. Ich bin unbedingt dafür, dass wir die Arbeitsplätze in der Windenergie - das ist ein ganz großer Arbeitgeber in Schleswig-Holstein gewesen - retten, dass wir sie fördern, sodass hoffentlich wieder das aufgebaut werden kann, was in den letzten Jahren verlorengegangen ist. Aber dafür braucht es eben nicht nur unsere Windplanung, die wir jetzt abgeschlossen haben, sondern dafür braucht es auch eine andere Gesetzgebung im Bund.

Meine Damen und Herren, was bisher getan wurde, reicht nicht. Unter welcher Regierungskoalition welche Maßnahmen blockiert wurden oder nicht, dazu möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. Es ist jedenfalls mitnichten so, dass wir Grünen nicht die ganzen Jahre über sehr viel Druck gemacht haben, was Klimamaßnahmen angeht. Ich glaube, das bestreitet auch niemand, der mit uns regiert hat.

Wir haben uns jetzt auf die Maßnahmen geeinigt, die es ermöglichen sollen, die für 2025 gesetzten Ziele zu erreichen. Dafür bin ich meinen Koalitionspartnern wirklich dankbar; denn ich weiß, dass alle da ein Stück aufeinander zugehen mussten. Die Lücke im Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien muss neben Wind auch durch Fotovoltaik und Solarthermie geschlossen werden. Wir setzen auf einen Mix aus verbindlichen Vorgaben und vermehrten Anreizen. In diesem Programm ist auch die Förderung der Speicher für die Solardächer mit drin, was hoffentlich einen sehr positiven Effekt haben wird.

Ich wiederhole jetzt nicht die bereits erwähnten Punkte, weil meine Redezeit dem Ende zugeht. Meine Damen und Herren, ich mache kein Geheimnis daraus, dass wir nach unserer Meinung mehr brauchen. Herr Koch, ich glaube, wir können gar nicht über das Ziel hinausschießen, wenn wir uns angucken, welche Herausforderungen noch vor uns liegen. Das heißt, wenn es uns gelingt, mehr als 37 Terrawattstunden zu schaffen, dann wäre das, ehrlich gesagt, für die Zielerfüllung ein großer Schritt. In der derzeitigen Situation ist es nicht möglich, zu viel zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vieles kann nicht im Land gelöst werden. Daher muss auch die Bundesregierung entschlossen han-

(Eka von Kalben)

deln, zum Beispiel beim CO₂-Preis. Wenn wir da vorankommen würden, würden wir auch im Hinblick darauf etwas tun, was viele hier im Haus immer wieder beteuern, nämlich dass es wirtschaftliche Anreize geben muss. Dann würden sich viele Dinge, hinsichtlich derer wir hier über Vorgaben und Pflichten sprechen, von selber erledigen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Ich freue mich auf die Beratungen zum Klimaschutzgesetz im nächsten Jahr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst danke natürlich auch ich im Namen meiner Fraktion für den vorliegenden Bericht, in dem das Energiewende- und Klimaschutzgesetz evaluiert wird. Bevor ich auf einzelne Punkte aus diesem Bericht eingehe, möchte ich doch noch einmal kurz die Historie dieses Gesetzes in Erinnerung rufen. Herr Dr. Stegner, Sie haben mich durch Ihre Rede gerade dazu verleitet.

Sie hatten im Jahre 2012 durch Ihren Koalitionsvertrag angekündigt, dass ein solches Gesetz kommen soll. Das haben Sie dann acht Wochen vor der Landtagswahl hier beschlossen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es an den Grünen gelegen hat, dass das so lange gedauert hat. Ich will jetzt nicht auf die Historie eingehen. Ich weiß es auch gar nicht.

(Zuruf: Frag Harms mal!)

Sie tun jetzt so, als ob Sie der große Treiber der Energiewende und des Klimaschutzes gewesen seien. Ich glaube, Sie spielen hier nicht ganz richtig, wenn Sie das so sagen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir konnten uns damals nicht hinter diesem Gesetz versammeln, weil es aus unserer Sicht viel Symbolik beinhaltete und weil es Ziele beschrieb, ohne einen Weg aufzuzeigen, wie man sie erreichen könnte; Kollege Koch hat ja die entsprechenden Passagen schon zitiert.

Unsere Skepsis war offenbar berechtigt, Herr Dr. Stegner; denn bewirkt hat das Gesetz nicht viel. Nach drei Jahren praktischer Anwendung zeigt der

Bericht, der nunmehr vorliegt, dass das Gesetz angepasst werden sollte. Sie haben es sich sehr einfach gemacht, Herr Dr. Stegner: Sie haben einfach das Best-of der Reden von Thomas Hölck genommen und hier einmal in den Saal geklatscht.

(Beifall FDP - Zuruf FDP: Das war nicht einfach!)

Aber der Bericht macht sehr deutlich, dass die Anpassungsnotwendigkeit besteht.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Anmerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem allergrößten Vergnügen nicht, weil ich jetzt weitermachen will. Sie haben hier schon genug gesagt, was unrichtig ist.

(Beifall FDP - Widerspruch SPD)

Sie hätten sich einmal diesen Bericht in Gänze anschauen sollen. Zudem wird jährlich ein Energiewendebericht herausgegeben; auch diesen hätten Sie lesen sollen. Darin wird die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen beschrieben. Und siehe da: In der Amtszeit Ihrer Küstenkoalition, Herr Dr. Stegner, sind die Treibhausgas-Emissionen nicht sonderlich heruntergegangen. Im Gegenteil, sie sind stagniert und in einem Jahr sogar hochgegangen. Sich dafür abzufeiern, finde ich wirklich falsch. Das war fehl am Platze.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, die Konsequenz aus der Evaluierung dieses Gesetzes darf es nicht sein, den Menschen über Gebühr Pflichten aufzubürden, um die Versäumnisse von damals auszubügeln. Wir sind der Meinung, dass das Land beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen sollte, bevor es die Menschen auffordert, etwas umzusetzen, was es selbst nicht geschafft hat. Ich spreche da beispielsweise von der Pflicht, alle privat genutzten Wohnhäuser beim Neubau oder der Renovierung mit einem Solardach zu versehen, wie es jüngst die SPD-Landesvorsitzende in einem Interview gefordert hat.

Diese Forderung, Frau Midyatli, lässt uns ziemlich ratlos zurück, erst recht deshalb, weil erst ein paar Tage vorher aus Ihrer Fraktion noch ganz andere Töne zu hören waren. Bisher lag doch auch Ihrer Fraktion das Thema des bezahlbaren Wohnraums

(Oliver Kumbartzky)

sehr am Herzen. Mit der von Ihnen geforderten Solardachpflicht für Private würde das Wohnen sowohl für Eigentümer als auch für Mieter teurer werden; das wäre leider so.

(Beifall FDP)

Aber zurück zum EWKG: Die Evaluierung ist gut und richtig. Wir haben nun die Möglichkeit, das Gesetz besser zu machen. Das wollen wir gern tun. Wir werden uns dabei konstruktiv einbringen.

Auch wenn die SPD immer wieder behauptet, dass Jamaika die Energiewende verschleppe, sage ich: Wir Jamaikaner haben richtig Lust. Wir sind hoch motiviert. Es ist auch unsere Pflicht, die Energiewende technologieoffen und mit Innovationsgeist voranzubringen und die Chancen zu nutzen, die Schleswig-Holstein dafür bietet.

(Beifall FDP, Heiner Rickers [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbstverständlich - ich wiederhole mich zum x-ten Mal - wollen wir auch die Pariser Klimaschutzziele einhalten.

Lassen Sie mich weiterhin festhalten, meine Damen und Herren: Wir sind bei der CO₂-Minderung auf einem guten Weg, vor allem wegen des europäischen Emissionshandels im Energiesektor; dieser hat sehr viel gebracht. Im Land ist die Regionalplanung für den rechtssicheren Ausbau der Windkraft kurz vor dem Ziel.

Das ist hier auch schon gesagt worden: Trotz des Moratoriums haben wir in diesem Jahr rund 100 Ausnahmegenehmigungen erteilt bekommen. Damit sind wir bundesweit Spitze. Die Regionalpläne Wind werden wirklich sehr zeitnah fertig. Ich bin gespannt, was Sie dann sagen werden. Dann fehlt Ihnen natürlich ein wichtiger Textbaustein für Ihre kommenden Reden; aber diese Lücke werden Sie schon irgendwie ausfüllen.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Meine Damen und Herren, beim Klimaschutz im Land muss die Landesregierung vor allen Dingen bei den eigenen Gebäuden verantwortungsvoll und mit gutem Beispiel vorangehen. Wir begrüßen die Strategie, eine PV-Pflicht für die Landesliegenschaften einzuführen und auf nachhaltiges Baumaterial zu setzen. Das sind konkrete Vorschläge, die erarbeitet worden sind und die wir in das Energiewendegesetz einfügen werden. Wenn wir den Rest des Landes zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen bewegen wollen, dann muss zuerst und insbesondere die energetische Sanierung der Gebäude in Lan-

deshand stärker vorangetrieben werden. Insoweit ist nun einmal in der Vergangenheit zu wenig passiert, auch deshalb, weil das Gesetz zu wenig Konkretes vorgab. Wir werden das ändern.

Auch bei der Erzeugung von Wärme mit erneuerbaren Energien gibt es noch erhebliches Potenzial, das wir mit Landesinstrumenten heben helfen können. An dieser Stelle will ich Robert Habeck zitieren, der sagte:

„Wärme ist der schlafende Riese der Energiewende.“

Genau so ist es. Gerade im Wärmebereich ist noch sehr viel zu tun.

(Beifall FDP, CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zudem befürworten wir die Unterstützung der Kommunen bei der Planung der Wärmeversorgung der Zukunft.

Wir sind natürlich auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das schließt Fotovoltaik ein. Grundsätzlich kann sich Solarenergie rechnen, erst recht auf Freiflächen, wo die Kosten für die Installation und den Betrieb niedriger und die Erträge größer sind als auf Dachflächen. Bei dem nun vorgestellten Vorschlag der Landesregierung, das Gewerbe zu verpflichten, bei Neubauten Solardächer mit aufzubauen, setzen wir auch stark auf das Prinzip der Wirtschaftlichkeit.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Wir können es gerade in der wirtschaftlichen Rezession nicht vermitteln, Gewerbetreibende zu Investitionen zu verpflichten, die sich dann nicht amortisieren. Wir sind für eine Klimapolitik, die rechnen kann.

(Beifall FDP und CDU)

Die Verhältnismäßigkeit ist uns wichtig. So steht es auch in dem Bericht, aus dem ich sinngemäß zitiere: Es muss Übergangsfristen und auch Ausnahmen, zum Beispiel bei technischer Unmöglichkeit oder unbilliger Härte, geben. Auch die Möglichkeit für Ersatzmaßnahmen, zum Beispiel der Anschluss an ein Wärmenetz oder die Übererfüllung der Wärmedämmungsanforderungen, sollte normiert werden. - Dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit einem novellierten EWKG die Chancen für das Land und das Klima nutzen. Ich freue mich schon auf eine breite Dis-

(**Oliver Kumbartzky**)

kussion über den konkreten Gesetzentwurf. Wir dürfen in der Diskussion um Klimaschutzmaßnahmen der Länder aber nicht vergessen: Klimaschutz muss auch global angegangen werden. Klimaschutz endet nicht an Landesgrenzen. Viele entscheidende Regelungen liegen in der Entscheidungshoheit des Bundes. Die klimapolitische Planlosigkeit der Bundesregierung muss endlich ein Ende haben.

(Beifall FDP)

Ein gemeinsames Bekenntnis sowie ein stärkerer Einsatz für einen effektiven und umfassenden europäischen Emissionshandel würden viel zum Klimaschutz beitragen. Wir Freien Demokraten wollen die Entwicklung von Technologien fördern, die Klimaschutz mit Wirtschaftlichkeit verbinden.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. - Ich fordere uns alle auf: Gehen wir es an! Setzen wir uns gemeinsam für ein substanzielles Landesklimaschutzgesetz ein! Bleiben wir auch dann nicht stehen! Die größte Aufgabe liegt darin, die Energiewende und die Klimaschutzpolitik im Bund und in der EU entscheidend voranzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz haben wir als Küstenkoalition seinerzeit ein fortschrittliches und modernes Gesetz auf den Weg gebracht. Damit gehörte Schleswig-Holstein bundesweit zu den Vorreitern. Das war 2017, ist also noch nicht so lange her.

Wir als SSW begrüßen es, dass Gesetze regelmäßig evaluiert und auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Das gilt auch - oder: gerade - in diesem Fall. Besonders im Bereich der Energiewende und im Klimaschutz schreitet die Entwicklung zum Teil mit großen Schritten voran. Ob es sich dabei um technische Weiterentwicklungen oder um gesetzliche Rahmenbedingungen handelt - solche Sachen müssen sich im EWKG wiederfinden.

Daher begrüßen wir den vorliegenden Bericht der Landesregierung, der eben auf genau diese Faktoren hinweist und sie in Relation zum bestehenden Gesetz stellt. Besonders deutlich wird das, wenn es um die bundesrechtlichen Rahmengesetze geht. Ex-

emplarisch weist der Bericht auf das Klimapaket von 2019 hin, auf die Novelle des Energieeinsparrechts aus diesem Jahr oder auf das Konjunkturprogramm, ebenfalls von 2020. Besonders deutlich wird das auch beim Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die letzte Novellierung des EEG erfolgte 2017, und der nächste Entwurf ist gerade im Bundeskabinett verabschiedet worden.

Aus schleswig-holsteinischer Sicht kann ich nur sagen, dass beide keine wirklichen Verbesserungen im Sinne der Energiewende darstellen. Was bei der EEG-Novelle 2021 herauskommt, bleibt noch abzuwarten; gleichwohl bin ich insoweit skeptisch. Wir wissen um die Kritik an der aktuellen Novelle. Und wenn eine Bundesumweltministerin dem Entwurf nur unter Vorbehalt zustimmen kann, weil sie weiteren Handlungsbedarf sieht, dann spricht das Bände, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus dem Bericht der Landesregierung geht deutlich hervor: Wenn wir wirklich etwas für die Energiewende und den Klimaschutz erreichen wollen, dann muss weitaus mehr getan werden. Das EEG bildet hier die Grundlage für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Was wir dazu aber in den vergangenen Jahren aus Berlin bekommen haben, erschwert den Ausbau der Erneuerbaren eher, als dass es deren Situation verbessert. Das erleben wir mit der vorliegenden Novelle wieder einmal.

Der Bericht der Landesregierung macht zudem deutlich, wie wichtig für uns in Schleswig-Holstein der Ausbau der Fotovoltaik ist. Das Potenzial dieser Technologie ist immens. Die Bremse für den Ausbau liegt nun im EEG-Entwurf. Ich kann ehrlich nur hoffen, dass dieser Gesetzentwurf so nicht durchgeht. Er muss vereinfacht werden. Was noch viel wichtiger ist: Er muss so ausgestaltet werden, dass es attraktiv und rentabel wird, Fotovoltaik auszubauen.

Dringender Verbesserungsbedarf wird zudem auch in anderen Bereichen der erneuerbaren Energien gesehen. Darum kann ich die Landesregierung nur auffordern: Stimmen Sie dem Gesetzentwurf in dieser Fassung nicht zu! Ihr eigener Bericht macht deutlich, dass gerade die Fotovoltaik für uns als Land Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle einnehmen wird, um die eigenen Energie- und Klimaziele zu erreichen.

Die zu verzeichnenden Verluste im Bereich von Wind-Offshore müssen kompensiert werden. Der Bericht verweist daher auf einen verstärkten Ausbau der Fotovoltaik. Das wird aber nur gelingen,

(Christian Dirschauer)

wenn die Rahmenbedingungen es zulassen. Die Hemmschuhe für den Ausbau müssen weg. Nur so können PV-Anlagen auch im privaten Bereich attraktiv bleiben. Die Dynamik im Ausbau bei PV-Anlagen, die wir in diesem Jahr verzeichnen konnten, darf durch ein neues EEG nicht abgewürgt werden.

Das EWKG hat sich bei uns im Land bewährt. Die Evaluation des Gesetzes ist notwendig und richtig, um das Gesetz gegebenenfalls entsprechend anzupassen. Die im Bericht aufgeführten Passagen sehen wir als Vorschläge, die wir dann im Ausschuss näher erörtern sollten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Albrecht, für Ihren Bericht. Ich habe ihn in der Tat gelesen. Auf Seite 4 des Berichts der Landesregierung steht unter der Überschrift „II. Ergebnis und Überprüfung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes“ folgender Satz, ich zitiere:

„Weiter gilt es zu überprüfen, ob das Gesetz gegebenenfalls auch nicht intendierte negative Nebeneffekte verursacht.“

Doch leider bestand Ihr Bericht einerseits nur aus Lobpreisungen der Energiewende und andererseits aus Ermahnungen, dass wir noch sehr viel mehr machen müssten, um das Weltklima hier in Schleswig-Holstein vermeintlich zu retten.

Doch kein Wort haben Sie zu den negativen Nebeneffekten verloren. Vielleicht sind Ihnen keine eingefallen? Oder, was ich eher vermute: Sie wollen die negativen Effekte gar nicht wahrhaben. Sie blenden sie einfach aus. Alles Negative der Energiewende wird von Ihnen unter den Teppich gekehrt, Herr Albrecht. Und somit liegt es wieder einmal an mir, Ihnen auch einmal die negativen Nebeneffekte vor Augen zu führen, denn fraktionsübergreifend haben wir hier schöne Einigkeit gehört.

Meine Damen und Herren, kein anderer Staat weltweit ist so dumm, de facto gleichzeitig aus zwei wichtigen Energieträgern auszusteigen. Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie kommt nun der Ausstieg aus der Kohle. Nach Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe an die Kernkraftwerksbetrei-

ber kommen nun mindestens 4,35 Milliarden € an Entschädigungszahlungen an die Kohlekraftwerksbetreiber. Das wird die Stromkunden, die Autofahrer und die Steuerzahler noch teurer zu stehen kommen als der Ausstieg aus der Kernenergie. Wir werden es schon bald alle miteinander merken: Diese gescheiterte Energiewende, die heute schon sauteuer ist - daran besteht kein Zweifel - und uns bereits heute die höchsten Strompreise weltweit beschert hat, wird zukünftig noch teurer.

Am 1. Januar 2021 kommt die CO₂-Bepreisung: 25 €/t, schrittweise steigend auf 55 €/t bis 2025. Dadurch wird sich der Liter Benzin um satte 7 ct verteuern und der Liter Diesel um stolze 8 ct. Schon heute landen rund 65 % der Tankrechnung direkt beim Staat, im Schnitt sind das rund 80 ct/l. Das sind sie also, die kleinen negativen Nebeneffekte, die Sie gern unter den Tisch kehren. Strom, Heizöl, Benzin und Diesel werden noch teurer werden. Die Autofahrer werden sich bei Ihnen bestimmt herzlich bedanken. Aber der deutsche Michel und Stromverbraucher ist ja bekanntlich leidensfähig, und so wird er auch weitere Strompreissteigerungen und Kostenexplosionen bei Heizöl und Sprit vermutlich weitgehend ohne Murren zunächst einmal hinnehmen. Es fragt sich nur: Wie lange noch?

Während sogenannter Wegwerfstrom aus erneuerbaren Energien aberegelt werden muss, weil er nicht ins Stromnetz eingespeist werden kann, steigen die Preise für den Endverbraucher stetig. Da stimmt doch etwas nicht, das erkennt doch ein Blinder mit einem Krückstock, meine Damen und Herren! Genau deshalb ist die Energiewende, die im Prinzip nur eine Stromwende ist, auch bereits heute schon gescheitert. Der Kohleausstieg wird das Fass zum Überlaufen bringen. Ich bin wirklich gespannt, ob der Stromkunde und Autofahrer am Ende wirklich so leidensfähig sein wird, wie Sie sich das hier alle denken. Ich glaube das nämlich nicht.

Spätestens wenn die heutigen „Friday-for-Future“-Kids in einigen Jahren ihre erste eigene Stromrechnung selbst bezahlen müssen oder sich ein eigenes Auto kaufen und Mama oder Papa nicht mehr alles bezahlen, kommen die heutigen Kids auch wieder zur Vernunft.

Meine Damen und Herren, wir müssen endlich zu einer faktenbasierten Energiepolitik zurückkehren.

(Zurufe)

Ein gesunder Energiemix ist für Deutschland überlebenswichtig. Energie muss vor allem bezahlbar für die Bürger bleiben. Damit das möglich ist,

(Jörg Nobis)

müsste man dieses Gesetz eigentlich komplett abschaffen und streichen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Das fällt ein bisschen schwer nach diesen Ergüssen. Herr Nobis, auch Sie sollten es endlich erkannt haben: Die Energiewende ist zwingend erforderlich. Kapiern Sie das endlich.

(Beifall FDP)

Herr Albrecht, es gibt wirklich sehr viele gute Ansätze in Ihrem Bericht. Mein Fraktionskollege sagte es bereits, und auch ich finde, dass wir insbesondere bei den Liegenschaften mit bestem Beispiel vorgehen sollten. Neben all diesen Dingen ist das zwingend erforderlich. So soll es sein, das wollen wir machen.

Aber eines möchte hier deutlich sagen: Diese ganzen Gebote, die wir der freien Wirtschaft und damit auch unseren Bürgern aufoktroieren, wären natürlich nicht erforderlich - dessen müssen wir uns allen bewusst sein -, wenn wir in unserem Land endlich zu einem ausnahmslosen, freien Zertifikatehandel kommen würden. Dann wäre das alles nicht erforderlich. Dann würden wir ohne solche erforderlichen Gesetze die Energiewende schaffen. Ich bitte, sich über alle Fraktionen hinweg endlich für diesen Zertifikatehandel in allen Branchen einzusetzen. Steuern sind hier der falsche Weg. Damit begrenzen wir nicht eine einzige Emissionstonne. Kommen Sie endlich zur Vernunft, und gehen Sie mit uns den Weg des absolut freien Zertifikatehandels. Dann läuft das alles wirklich fast ganz von allein!

(Beifall FDP)

Ich möchte hier nämlich einmal sagen, welche Kosten wir verursachen.

(Zurufe)

So müssen wir das jetzt machen, weil wir den freien Zertifikatehandel nicht haben, aber ich möchte deutlich sagen: Uns allen muss bewusst sein, auch wenn wir die Privaten außen vornehmen: Wir werden logischerweise eine starke Verteuerung der Netzentgelte für die privaten Abnehmer haben, weil die Netzeinspeisungen geringer sein werden. Wir werden den städtischen Stadtwerken und anderen

erhebliche Steuerungskosten auferlegen, weil Sie alle wissen, wie das mit einem Stromkreislauf läuft. Das ist alles nicht so einfach mit zusätzlich eingespeisten Mengen, die Sie nicht steuern können. Das ist nämlich abhängig von der Sonne. Das wird nicht einfacher werden.

Melderegisterpflege: Die Stadtwerke erhalten nicht einen einzigen Cent dafür, das sind erhebliche Bürokratiekosten. Wir haben es heute in den Nachrichten gehört: Schleswig-Holstein ist wieder Energiewendeland Nummer eins. Der Kollege Kumbartzky sagte es: Wir haben im letzten Jahr 100 zusätzliche Windkraftanlagen geregelt und an den Start gebracht. Aber, wir haben immer noch die Kosten unseres abgeregelten Stroms. Im Zusammenhang mit der Pflicht für das Gewerbe, Fotovoltaikanlagen auf das Dach zu setzen, müssen wir uns bewusst sein, dass wir endlich die Netze voranbringen müssen, sonst wird die Menge des abgeregelten Stroms weiter steigen. Das ist von links nach rechts geschoben, und dieses Thema müssen wir weiter, und zwar ganz extrem verstärkt, angehen.

(Beifall FDP)

Kollege Koch, Sie sagten: Wenn es rentabel ist, dann machen das die Privaten selbst. Das machen aber auch die Unternehmen, glauben Sie es mir. Jedes Unternehmen, das weiß, dass eine hochrentable Fotovoltaikanlage auf das Dach kommen könnte, würde das angehen.

Liebe Kollegen, wir müssen eines überlegen: Das sind erhebliche Kosten, die wir unserer Wirtschaft gerade in der heutigen Zeit auferlegen. Ich bitte deshalb, mit Augenmaß insbesondere den Passus zu den erheblichen Belastungen anzugehen. Ich bin der Meinung: Das darf nicht sein, wenn es eine erhebliche Belastung ist. Es muss eigentlich so sein: Wenn es nicht rentabel ist und sich eine Fotovoltaikanlage nicht rechnet, dann dürfen wir der Privatwirtschaft nicht aufoktroieren, diese aufs Dach zu setzen, denn wir alle wissen: Das ist nicht gerade Biokompost, den wir uns da auf die Dächer setzen. Wir müssen sehen, dass wir die Anlagen ökologisch entsorgt bekommen. Auch für den Umweltschutz muss sich eine Fotovoltaikanlage rechnen. Nur dann sollten wir den Unternehmen die Hand reichen und sagen: Leute, das rechnet sich.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Annabell Krämer [FDP]:

Ansonsten: Gehen wir den Weg voran! Ich sage noch etwas: Wenn wir einen fairen Zertifikatehandel haben, kriegen wir das Problem viel schneller in den Griff. - Besten Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kumbartzky, Sie haben meine Einlassung vorhin leider nicht zugelassen. Ich hätte Sie sonst von dem Kollegen Hölck begrüßt, der im Krankenhaus ist und deshalb leider nicht an der Debatte teilnehmen kann. Im Übrigen stimmt es natürlich mitnichten, dass das, was Sie hier wiedergegeben haben, Thomas Hölck vorgetragen hätte.

Ich habe immer wieder nur Ausflüchte gehört. Sie sagten, unser Gesetz habe Sie daran gehindert, mehr zu tun. Ich weiß gar nicht, wodurch das begründet sein soll.

Auch das Argument, wir würden immer nur die Ziele vorgeben, aber nicht sagen, wie es geht, stimmt nicht. Das kennen wir seit 1990. Damals hatten wir 0,05 % Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und haben hier gesagt, wir würden es schaffen, das bis 2010 auf 25 % zu erhöhen. Da hatten Schwarz und Gelb hier gerufen: Dann gehen die Lichter aus! - Die Lichter sind nicht nur nicht ausgegangen, sondern wir sind im Jahre 2010 sogar auf 40 % gekommen. Das war gute sozialdemokratische Politik. Sie sehen also, wir können das in der Sache und brauchen dafür gar keine Gesetze zu formulieren.

(Beifall SPD)

Zweitens. Sie haben die Kollegin Midyatli angegriffen, weil sie gesagt hat, da, wo es sich rechnet - so hat sie es formuliert -, soll man das mit den Privatsäckern machen. Das finde ich völlig richtig; genau das hat sie wörtlich gesagt.

Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Die Gründe, warum das Bauen teurer wird, liegen nicht in solchen Vorschlägen wie in denen, die Frau Serpil Midyatli gemacht hat, sondern die Gründe liegen darin, dass Sie einiges blockieren, zum Beispiel die Verbesserung der Mieterrechte oder die Förderung von Genossenschaften und andere Dinge. Alles das

blockieren Sie. Das sind die Gründe dafür, dass wir bezahlbares Wohnen nicht hinkriegen.

Eine dritte Anmerkung. Frau Kollegin von Kalben, wir haben gemeinsam Wert darauf gelegt, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Windenergieplanung beteiligt werden. Wir haben eine umfassende Beteiligung gemacht. Es hätte für Ihre Koalition überhaupt keinen Grund gegeben, das alles wieder über den Haufen zu werfen. Deswegen ist doch im Grunde genommen die Verzögerung herbeigeführt worden, die wir jetzt haben.

Noch etwas: Ich habe mich hier wirklich nicht zu Wort gemeldet, um rechtsradikalen Klimaleugnern zu antworten. Ich glaube, an ihrer Rede, die hier gehalten worden ist - abgesehen davon, dass Sie sich schämen sollten für das, was Ihre Konsorten in Berlin gerade veranstaltet haben -, sieht man schon, was Sie in der Bundesrepublik tun, weswegen Sie aus den Parlamenten rausgewählt werden müssten.

(Beifall SPD und FDP)

Aber ich will Ihnen Folgendes sagen: Das, was Sie hier vorgetragen haben, hat mit diesem Thema nur insofern etwas zu tun, als das, was Sie hier vorgetragen haben, eigentlich unter das Kapitel Lärmschutz im Landtag fällt, sonst gar nichts. In der Sache haben Sie nichts verstanden. Sie sollten uns nicht behelligen mit diesem intellektuellen Nonsense. Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr genau, wie sie das einzuschätzen haben.

Der Punkt beim Klimaschutz ist, dass wir uns zwar wechselseitig für das, was wir alles nicht richtig machen, kritisieren können. Aber man muss natürlich sehen, dass es sich hier um eine gemeinsame Anstrengung handelt, die wir im Bund, in den Ländern und in den Kommunen leisten müssen. Wenn wir das nämlich nicht schaffen, was uns da aufgegeben wird, werden uns die kommenden Generationen das nicht verzeihen.

Deswegen besteht die Notwendigkeit, in der Sache alles zu tun, was möglich ist, auf allen Ebenen jeden Einfluss zu nutzen, den man hat. Darüber hinaus müssen wir dafür zu sorgen, dass man Akzeptanz in der Bevölkerung findet und die Menschen dabei mitgenommen werden, dass sie wissen, dass Klimaschutz nicht ein Nice-to-have, sondern ein Must-be ist. Was wir in Amerika gesehen haben, nämlich dass man bei diesem Thema jahrelang den Rückwärtsgang einschaltet, können wir als größtes Land in Europa uns in keiner Weise leisten.

Schleswig-Holstein muss den Ehrgeiz haben, das Land zu sein, das bei der Energiewende, beim Na-

(Dr. Ralf Stegner)

turschutz, beim Klimaschutz das führende Land in der Bundesrepublik ist. Das war immer unsere Überzeugung und ist es immer noch, dass wir versuchen müssen, das hier gemeinsam umzusetzen.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Oliver Kumbartzky, Sie haben von Freiland-Fotovoltaik und Kostenmigration gesprochen, wenn man so etwas auf großen Flächen auf freiem Feld installiert. Das ist natürlich auch großen Unternehmen durchaus bewusst. Der neueste Trend ist: In Erwartung der frei zu handelnden CO₂-Zertifikate, was zum Teil zumindest ab Anfang Januar 2021 der Fall sein wird, werden wir nach den Rechenmodellen großer Konzerne, die vielleicht immer noch fossile Brennstoffe einsetzen und dafür zum Ausgleich grünen Strom brauchen, auch in Schleswig-Holstein einen Riesen-Run auf Freiland-Fotovoltaik erleben. Wer sich kommunalpolitisch engagiert, wird das garantiert auch bereits in seinem Wahlkreis oder in seinem Landkreis mitbekommen haben.

Die Stromlücke, die wir schließen wollen, Herr Minister, ist immens, weil in den Berechnungsfaktoren einiges fehlt, was wir - darüber sind wir uns einig - eigentlich über Fotovoltaik ausgleichen wollen. Aber wir brauchen eine klare Positionierung. Die Paneele gehören aufs Dach und nicht auf die Freilandfläche.

(Beifall CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Natürlich rechnet sich eine solche Freiland-Fotovoltaikanlage durchaus, wenn sie in großem Maßstab gebaut wird. Aber damit beginnen dann zugleich auch die Probleme. Es gibt Nachfragen aus den Kommunen - auch insoweit werden Sie Erfahrungen gesammelt haben -: Wie soll ich als Gemeindevertreterin oder als Gemeindevertreter denn letztendlich oftmals mit Befangenheit entscheiden, ob mein Nachbar auf seinen Flächen diese hochverzinsten Fotovoltaikanlage mit einer Pacht installieren darf, bei der jegliche landwirtschaftliche Produktion unrentabel wird?

Diese spannende Frage können wir den Kommunen in ihrer Verantwortung nicht allein überlassen, son-

dern da sollten wir gemeinsam - da appelliere ich an die Innenministerin und an den Innen- und Rechtsbereich - rechtzeitig darüber nachdenken, ob wir in irgendeiner Form Steuerungsmöglichkeiten haben, ob wir einen Leitfaden erstellen oder Empfehlungen geben können, wie die Kommunen mit diesem zukünftigen Trend, der eindeutig erkennbar ist, umgehen sollten.

Also nochmals die klare Aussage: Fotovoltaik erst auf die großen Dächer, nicht die Privaten belasten und dann den Kommunen beiseitestehen, damit es keinen Wildwuchs mit großen Freiland-Fotovoltaikanlagen in den Kreisen und Kommunen gibt. Wenn wir das noch mit einarbeiten, dann sind wir alle auf der sicheren Seite. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich uns jetzt hier so höre mit allen Einschränkungen, was dann doch nicht geht oder was sich rechnen muss, dann frage ich mich, wie ich eigentlich gleich zu den jungen Leuten rausgehen soll, die uns hier immer wieder bedrängen. Es wird ja von allen Seiten immer betont - jedenfalls von fast allen Seiten -, wie wichtig und toll es ist, dass die Jugend uns Dampf macht und uns auf das hinweist, was eigentlich seit 30 Jahren allen bekannt sein sollte. Die Jugendlichen werden sich fragen, warum wir denn jetzt schon wieder anfangen, rückwärts zu ziehen.

Ich glaube, dass es einen Unterschied macht, ob sich Herr Nobis hier zu Wort meldet und sagt, das rechnet sich alles nicht und das sei ein Riesenproblem, oder ob sich jemand wie Obama zu Wort meldet. Ich weiß nicht, ob Sie gestern das Interview mit Obama gesehen haben, der gesagt hat, man kann unterschiedlicher Meinung sein, wie man beim Klimawandel vorangeht. Aber wenn man gar nicht anerkennt, dass man beim Klimawandel ein Problem hat, dann kann man natürlich auch nicht über die Problemlösung reden. Ich glaube, es ist das ganz große Problem, dass viele Teile am rechten Rand des politischen Spektrums nicht das Problem erkennen. Wenn man das Problem aber nicht erkennt, kann man auch nicht ernsthaft über die Lösung des Problems diskutieren.

Wenn wir davon sprechen, dass sich das rechnen muss - das hat ja auch Frau Krämer gesagt und,

(Eka von Kalben)

wenn ich das richtig verstanden habe, ist das ja auch die Position von Frau Midyatli bei dem, was sie gefordert hat -, dann rechnen wir immer nur betriebswirtschaftlich. Was rechnet sich betriebswirtschaftlich für den privaten Häuslebauer, für den Gewerbetreibenden, für wen auch immer?

Wenn wir uns das Ganze aber volkswirtschaftlich angucken, dann rechnen wir so: Was ist mit den Dürrehilfen? Was ist mit dem Küstenschutz? Was ist mit den Sturmschäden? Was ist mit den Hitzeschäden? Was ist mit den Migrationswellen, die der Klimaschutz auslösen wird? Was ist damit, dass in manchen Ländern auch durch Brände die Wirtschaft total zusammenbrechen kann? Was ist mit den Überflutungen? Das sind doch die wichtigen Fragen. Wenn wir das große Ganze anschauen, dann sieht die Rechnung nämlich ganz anders aus. Das gilt auch für die Frage, aus der Atomkraft auszustiegen und in die erneuerbaren Energien einzusteigen. Das sind doch alles Dinge, die wir auch berechnen müssen, nicht nur die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Krämer?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Annabell Krämer [FDP]: Sie haben bestimmt vernommen, dass ich gesagt habe, dass wir bei einer verpflichtenden Fotovoltaikbestückung von nicht privat genutzten Gebäuden letztlich auch die Entsorgungskosten der Fotovoltaikplatten und die Verschattung der Gebäude mit ins Kalkül ziehen müssen. Man darf nicht den Klimaschutz gegen den Umweltschutz ausspielen. Ich glaube, dass wir beides betrachten müssen.

Es ist natürlich möglich, wenn man ein alternatives Angebot immer weiter ausweitet. Sind Sie aber nicht mit mir einer Meinung, dass der Klimawandel schneller gestoppt werden kann, wenn ich die CO₂-Emissionen reduziere, indem ich das Angebot verknappe? Ein auf alle Branchen ohne Ausnahmen bezogener Zertifikatehandel ist die effizienteste Variante, den Klimawandel zu stoppen.

- Ich habe ja schon in meiner Rede gesagt, dass ich sowohl die CO₂-Bepreisung als auch den Emissionshandel und die Verknappung der Emissionsrechte befürworte. Es ist ja nur eine andere Form der

Bepreisung. In dem Moment, wo ich es verknappe, ändert sich auch der Preis. Ja, ich teile Ihre Auffassung, dass dies die richtigen und wichtigen Dinge sind, die wir auch international voranbringen müssen, weil wir hier nicht als Land Schleswig-Holstein allein das Klima retten können. Insofern teile ich Ihre Position komplett, dass es dafür Anreize geben muss.

Ich bin allerdings im Gegensatz zu anderen auch der Meinung, dass wir keine Zeit mehr haben. Wir haben überhaupt keine Zeit!

(Unruhe)

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir beides brauchen: Solange wir uns nicht international - noch nicht einmal national oder europäisch - auf Zertifikate und CO₂-Bepreisung einigen können, brauchen wir alle Maßnahmen, die irgendetwas sind. Dafür werbe ich.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete bitte, gestatten Sie eine Nachfrage der Abgeordneten Krämer?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Annabell Krämer [FDP]: Frau Abgeordnete, vielleicht sind wir da gar nicht so weit auseinander. Ich bin der Meinung, dass die reine Besteuerung noch nicht eine einzige Tonne CO₂ einspart.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Solange der Grenznutzen höher ist als die Grenzkosten, die ich durch die Besteuerung erlange, mindere ich vielleicht meinen Profit, habe aber keinerlei Einsparung. Die Maßnahmen, die wir machen, ziehen auch nur auf mittel- und langfristige Wirkungen. Bis wir zusätzliche Alternativen beziehungsweise Strom an den Markt gebracht haben, hat es noch keine direkte Auswirkung auf eine geringere Produktion von CO₂. Mit einem florierenden und funktionierenden Zertifikatehandel kann ich aber sofort die Mengen drosseln. Das ist meines Erachtens der schnellste, vernünftigste sowie ökonomisch und ökologisch sinnvollste Weg. - Danke schön.

(Beifall FDP)

- Frau Krämer, wir sind uns in der Jamaika-Koalition ja in einer Sache wirklich einig und haben sehr viel vorangebracht: Das ist die Frage von Wasser-

(Eka von Kalben)

stoff. Grüner Wasserstoff braucht allerdings noch einmal viel mehr erneuerbare Energien als die direkte Nutzung von Elektromobilität. Insofern brauchen wir alle Erneuerbaren, die wir in diesem Land schaffen können. Dazu gehört dann auch die Fotovoltaik. Aus meiner Sicht müssen wir damit lieber heute anfangen, damit der Nutzen so schnell wie möglich kommt. Der Nutzen ist sehr direkt und sofort in der Produktion von CO₂-freiem Strom vorhanden.

(Wortmeldung Annabell Krämer [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen Abgeordneten, da Sie gerade festgestellt haben, dass Sie sich im Wesentlichen einig sind, schlage ich vor, dass Sie die Details dann bei einem Kaffee klären.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. Insofern komme ich mit einem Satz zum Schluss: Ich glaube nicht, sehr geehrter Herr Nobis, dass die Sorgen der jungen Leute sind, wie sie in zehn Jahren ihre Stromrechnung oder ihr vermeintliches Auto bezahlen können. Diese Menschen haben ein sehr ernsthaftes und aus meiner Sicht auch ernst zu nehmendes Anliegen, das man hier nicht auf diese Art und Weise lächerlich machen sollte. - Danke.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Dr. Stegner, ich kann mir ein Stück weit erklären, weshalb Sie hier heute so eine faktenfreie Parteitage Rede gehalten haben, anstatt auf Inhalte, Fakten und Paragraphen von Gesetzentwürfen und auf den Bericht einzugehen. Es mag daran liegen, dass Sie nur die Vertretung für Ihren Kollegen Hölck waren, der leider erkrankt ist und dem ich an dieser Stelle gute Besserung wünsche.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum anderen vermute ich, dass Ihr fulminanter, aber inhaltsleerer Auftritt dazu dienen sollte, die Widersprüche innerhalb der SPD zu verdecken, was

Ihnen ja häufig sehr gut gelingt. Deswegen habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

Sie haben vorhin die Förderprogramme kritisiert. Die Förderprogramme für Speicheranlagen, für Balkonfotovoltaik und für Lastenfahrräder haben Sie nach dem Motto kritisiert: Es komme ja nicht allen Menschen zugute, sondern nur denjenigen, die es sich leisten könnten, den Besserverdienenden und Vermögenden. - Schauen wir einmal, was Ihr fachpolitischer Experte, der Kollege Hölck, dazu sagt. Er formuliert in seiner Presseerklärung:

„Deshalb erwarten wir, dass Herr Albrecht bei der grünen Finanzministerin auch für die entsprechenden millionenschweren Fördersummen für die Umsetzung seiner Ideen sorgt.“

Ja, was denn jetzt? Förderprogramme ja oder nein? Vielleicht könnten Sie diesen Widerspruch einmal aufklären.

Genauso verzweifle ich darüber herauszufinden, wie die Position der SPD zur Fotovoltaikpflicht auf Dächern ist.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Wenn Sie das herausgefunden haben, können Sie anschließend gerne noch einmal fragen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter?

Tobias Koch [CDU]:

Ich würde gern den Gedanken zu Ende führen, dann lasse ich die Zwischenfrage zu.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Sie geben mir dann ein Zeichen?

Tobias Koch [CDU]:

Ja. - Auch diesen Widerspruch würde ich gerne aufzuklären versuchen. Ihre Landesvorsitzende fordert eine Fotovoltaikpflicht, und Ihr energiepolitischer Sprecher schreibt dazu in seiner Pressemitteilung:

„Herr Albrecht muss aber aufpassen, dass er nicht über das Ziel hinausschießt. Je nach vorhandener Bebauung ergeben Solaranlagen keinen Sinn ... So kann in dicht bebauten Wohngebieten der vermehrte Einsatz von Wärmepumpen sinnvoller sein. Die SPD steht für Lösungen, die nicht nur in der grünen Einfamilienhausidylle praktikabel sind.“

(Tobias Koch)

Die entsprechenden Verpflichtungen würden zudem bedeuten, dass sich Neubaumieten bei dringend notwendigem Zubau von bezahlbarem Wohnraum weiter verteuern.“

(Sandra Redmann [SPD]: Was soll das jetzt?)

Also weder bei Einfamilienhäusern noch beim Mietwohnungsbau will Ihr energiepolitischer Sprecher Fotovoltaikanlagen auf dem Dach.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Wenn Sie sich zu Wort melden, wäre es schön, wenn Sie diesen Widerspruch zwischen Fraktion und Landesvorsitzender einmal aufklären könnten. Jetzt gestatte ich gern die Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Koch, ich habe immer das allergrößte Vergnügen, Ihnen ein bisschen weiterzuhelfen. Lassen Sie mich eins nach dem anderen darstellen.

Erstens. Ich habe vorhin wörtlich zitiert, dass die Landesvorsitzende der SPD nicht von Solardachpflicht gesprochen hat, sondern davon, wo es sich rechnet. Das ist identisch mit der Position des Kollegen Hölck, die Sie gerade zitiert haben.

(Beifall SPD)

Zweitens. Ich habe mich nicht gegen die Förderprogramme des Umweltministers Albrecht ausgesprochen, sondern ich habe gesagt: Die Programme sind gut und schön, aber entscheidend ist, dass man bei der Energiewende vorankommt und nicht nur bei den Programmen, die natürlich in der Tat in erster Linie Menschen nützen, die sich solche Lastenfahräder leisten können. Das sind nicht in erster Linie die Geringverdiener; das kann glaube, ich niemand bestreiten.

Drittens. Zu Ihrem Vorhalt, es sei faktenfrei gewesen: Ich wüsste gern einmal von Ihnen, Herr Kollege Koch, ob Sie widerlegen können, was ich in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein dargestellt habe. Ich habe das mit sehr präzisen Zahlen getan. Ich glaube, dass Sie das nicht können. Sie sind in einem Alter, in dem man mit Zahlen gut zu Hause ist. Sie sollten in der Lage sein, das nachzuvollziehen. Ich wüsste also gern, an welchem Punkt ich etwas Falsches gesagt hätte.

Im Gegenteil: Ich habe Ihnen dargestellt, wie erfolgreich die Energiewende unter SPD-Führung in Schleswig-Holstein gewesen ist und wie weit Sie zurückgefallen sind. Das habe ich dargestellt, das sind die Fakten. Die gefallen Ihnen zwar nicht. Sie lesen lieber die Paragraphen, die mögen Sie auch. So haben wir beide einfach unterschiedliche Vorlieben.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank für die zusätzliche Redezeit, Herr Kollege. Ich will versuchen, die drei Punkte aufzugreifen.

Zunächst einmal zu Ihren historischen Fakten. Sie sind weit in die Vergangenheit, bis in die 90er-Jahre, zurückgegangen. Sie haben aber erstaunlich wenig zum Zeitraum 2012 bis 2017 gesagt. Ich kenne keine einzige konkrete Maßnahme, die Sie damals auf den Weg gebracht hätten. Dass das Gesetz erst am Ende der Wahlperiode - acht Wochen vor Schluss - gekommen ist, haben wir deutlich gemacht. Da fehlt es an den Maßnahmen. Aufgrund Ihrer fehlenden Maßnahmen haben wir auch 2018 und 2019 schlechte Werte zu verzeichnen. Das ist die Folge Ihrer verfehlten Politik.

Dann zur Frage der Förderprogramme: Es geht um Speichieranlagen, um Fotovoltaikanlagen auf einem Balkon, also auch auf einem Mietwohnungsbalkon. Wenn es dafür eine Förderung gibt, dann kommt das jedem zugute. Sie müssen sich schon einmal überlegen: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie diese Förderprogramme, oder lehnen Sie sie ab? - Das ist Ihr Problem.

Zu den Fotovoltaikanlagen auf Hausdächern ist Ihre Position: überall da, wo es sich rechnet, aber auf Einfamilienhäusern mache es keinen Sinn - da wäre Erdwärme besser, sagt Ihr Kollege -, und auch im Mietwohnungsbau mache es keinen Sinn, denn das verteuere bezahlbaren Wohnraum. Überall schließen Sie es aus und sagen gleichzeitig: Wo es sich rechnet, soll es gemacht werden, nur nicht in dem Bereich, nicht beim Einfamilienhaus, nicht im Mietwohnungsbau. - Herr Kollege, dann bleibt nicht mehr allzu viel übrig. Da können Sie mit Ihren rhetorischen Fähigkeiten so viel Wortklauberei betreiben, wie Sie wollen.

(Zurufe SPD)

Es ist nicht schlüssig zu sagen: Wir wollen Fotovoltaik, aber da und da und da nicht. Dann bleibt am Ende nichts übrig, und damit ist dem Klimaschutz nicht geholfen. - Herzlichen Dank.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die Beiträge ein bisschen zusammenzufassen, vielleicht auch zusammenzubringen.

Frau von Kalben, Sie haben gefragt: Was sagen wir den jungen Menschen da draußen, die immer freitags demonstrieren? - Das ist zwar wichtig, es steht aber nicht über allem. Wir müssen uns genauso gut die Frage stellen: Was sagen wir den Eltern dieser jungen Menschen, die sich Miete, Mietnebenkosten, Strom, Warmwasser und den Weg zur Arbeit kaum noch leisten können?

(Unruhe)

Da stellt sich die Frage, woran das liegt. Wir müssen gemeinsam darauf achten, wie es sich mit den Stromkosten verhält. Der Klimawandel kann in Deutschland nur bekämpft werden, wenn die Primärenergie Strom und nicht Heizöl, Gas oder Kohle ist. Es muss an erster Stelle um Strom gehen - unabhängig von der Frage, wie er hergestellt wird, ob mit grünem Wasserstoff oder Windkraft.

Wenn Deutschland die teuersten Stromgebühren hat, haben wir ein Problem. Wir müssen auf die Strompreise achten.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Ich nenne ein Beispiel von mir zu Hause: Ich habe eine Wärmepumpe mit Fußbodenheizung. Das ist energetisch sinnvoll, und der Strom wird sozusagen regenerativ erzeugt. Obwohl man für die Nutzung einer Wärmepumpe einen günstigeren Tarif bekommen kann, wäre es trotzdem deutlich günstiger, wenn ich nicht den Strom aus der Steckdose dafür benutzen würde, sondern in meinem Garten den Dieselgenerator anschmeißen und das über Diesel laufen lassen würde. Dann wären meine Wärmekosten niedriger als jetzt mit Strom. - Das soll jetzt kein Plädoyer dafür sein, den Preis für Diesel, Kohle und Gas heraufzuschrauben.

(Zurufe FDP)

- Liebe Kollegen von der FDP-Fraktion, schön, dass ihr endlich wach seid! - Das soll ein Plädoyer dafür sein, dass die Stromkosten nach unten gehen. Es ist doch auch für den Staat ein Vorteil, wenn er weni-

ger über Stromgebühren und -steuern einnimmt und die Maßnahmen direkt dem Klimaschutz zugutekommen. Insofern sollte der Staat seine Hände aus der Tasche der Stromgebühren herausnehmen, weil das für einen guten Zweck ist.

(Beifall FDP)

Das kann der Bundesgesetzgeber sofort umsetzen; das tut niemandem weh: einfach das Gesetz ändern, dass die Stromgebühren, Stromsteuern niedriger werden, und dafür sorgen, dass mehr Strom genutzt wird, statt auf andere Energieträger umzuschwenken.

Das steigert - auch das ist wichtig - im Endeffekt die Akzeptanz der Bevölkerung für das, was wir tun. Günstigere Stromkosten, damit mehr Strom als Primärenergieträger genutzt wird, steigern die Akzeptanz in der Bevölkerung, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beim Thema Klimawandel dringend brauchen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP - Beate Raudies [SPD]: Habt ihr schon Listenparteitag, oder was ist das hier? - Christopher Vogt [FDP]: Nur weil du dich noch nicht gemeldet hast! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich, welche Aufregung dieses moderate Gesetz verursacht, das dafür da ist, bestimmte Fragen zu klären, bestimmte Themen voranzubringen und abzusichern, damit wir die Energieziele im Land bis 2025 erreichen - mehr nicht.

Die Herausforderungen sind erheblich größer, und das wissen Sie, ob es Europa ist, ob es Deutschland ist. Wir sind gerade einmal bei 16 % erneuerbare Energien. Wir haben also innerhalb kürzester Zeit - Sie wissen, dass wir nicht über Jahrhunderte, sondern Jahre, vielleicht ein Jahrzehnt reden - noch 84 % vor uns.

Wir brauchen 2025 37,5 TWh erneuerbaren Strom - das steht im Gesetz -, und nach dem Gutachten der Landesregierung brauchen wir 2030 ungefähr 60 TWh. Wir haben einen erheblichen Ausbau vor uns und müssen den planen und zügig angehen. Wir sind wirklich gefordert, dass das ein bisschen

(Bernd Voß)

schneller geht. 2040 liegen wir bei ungefähr 100 TWh erneuerbaren Strombedarf.

Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil hier wieder alles Mögliche erklärt wird, was nicht geht. Da wird über Freiflächen-PV geredet, damit könnte Geld verdient werden, und alles würde zugepflastert. Jeder, der Freiflächen-PV macht, weiß, dass - gut gemacht - das zu einer Bodenverbesserung beiträgt, dass man es optisch eingrünen kann.

Um die Dimension aufzuzeigen - wieder Fraunhofer-Gutachten: Wir brauchen einen Zuwachs von jährlich ungefähr 1 GW PV-Leistung, um die Energie- und Klimaziele zu erreichen. Was bedeutet das für das Land, ist das eine Dramatik? - Nein, ist es nicht. Wenn wir 5 GW auf Dächern zügig ausbauen, wären es 5 GW verteilt auf die nächsten zehn Jahre; das wären 5.000 ha in Schleswig-Holstein, das sind 0,3 % der Landesfläche von 1,5 Millionen Hektar. Das verschwindet im Grunde hinter dem Knick, darüber muss man sich nicht ereifern. Das müssen wir einfach machen, weil wir es dringend brauchen.

(Unruhe)

Wenn ich die Debatte verfolge, bestätigt sich mein Eindruck: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, was die Abwägung anbelangt. Wir müssen nicht Naturschutz schlechterstellen, sondern wir müssen endlich die Energiefrage, die Klimafrage oben an stellen. Wenn wir Klimaschutz tatsächlich wollen, muss er in der Abwägung, in der Entscheidung eine ganz neue Bedeutung bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Christopher Vogt?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Kollege Voß, ich freue mich, dass Sie genauso wie ich diesen klugen Kompromiss loben, und es ist gut, dass in der Debatte die Unterschiede deutlich geworden sind, warum wir uns auf den Kompromiss geeinigt haben.

Ich habe immer noch nicht gehört, warum es in der letzten Wahlperiode so lange gedauert hat und nur ein abstraktes Gesetz entstanden ist. Woran lag das? Können Sie uns das vielleicht sagen; das würde uns sehr interessie-

ren. Die Redebeiträge einiger Gruppierungen hier passen nicht ganz zu dem, was in der letzten Wahlperiode gemacht wurde. Vielleicht können Sie das erklären. Ich schätze Sie als ehrlichen Kollegen. Erklären Sie doch einmal: Warum hat das so lange gedauert, und warum sind nur Ziele und keine Maßnahmen beschrieben worden, was wir jetzt nachholen?

- Das ist drei Jahre her - die Debatten darüber sind fünf Jahre her -, und es ging um die grundsätzliche Frage: Brauchen wir überhaupt so ein Gesetz, arbeiten wir das nicht wie seit den 90er-Jahren in Schleswig-Holstein zügig ab? - Nein, damals wurde klarer, wie sich die Situation abzeichnet. Daher wurde ein Gesetz gemacht, das verbindlich ist und das auch für unseren Koalitionsvertrag gut war, weil man sich daran orientieren und sagen konnte: Wir brauchen 10 GW Windausbau onshore, um die Zahl von 37,5 TWh zu erreichen. Das ist Gesetz geworden, sodass man das Ziel sieht. Das ist auch für andere Zielsetzungen maßgeblich, wo man die Ziele nahe gesetzt hat und jährlich sehen kann, wie dicht man dran ist oder ob man es eventuell erst in zehn Jahren schafft oder nicht schafft. Das ist die Stärke des Gesetzes.

All die anderen Fragen bringen wir jetzt sukzessive rein. Ich bin im Übrigen der festen Überzeugung, dass das nicht die letzte Reform dieses Gesetzes sein wird. Die Entwicklung und die gesellschaftlichen Debatten der letzten Jahre zeigen, wie dringend erforderlich es ist, dass man das reinschreibt, damit es sukzessive vorwärtsgeht.

(Sandra Redmann [SPD]: Dann macht das doch!)

Noch ein letztes Wort! Es wurde darüber geredet, dass es sich rechnen müsse. Natürlich muss sich das rechnen. Ich will hier keinen Kampf um Zertifikatehandel und Besteuerung führen. Es geht darum, dass Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft nicht mehr belastet, sondern anders - an der richtigen Stelle - belastet werden. Das sind Zertifikate, das ist der CO₂-Preis, um nur zwei Maßnahmen zu nennen. Entscheidend ist, dass in die richtige Richtung gesteuert wird.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich. - Wir versündigen uns an der Wirtschaft, wenn wir zu spät deutliche Zeichen setzen, wohin die Entwicklung geht. Darauf wartet man draußen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit wir diese Debatte führen und seit diese Diskussion so geführt wird, wie Herr Koch das eben noch einmal vorgeführt hat, frage ich mich: Was soll das eigentlich? Was wollen wir mit so einer Debatte eigentlich erreichen? Und wen wollen wir mit so einer Debatte eigentlich überzeugen?

(Beifall SPD)

Glauben Sie, dass irgendjemand, der am Lautsprecher gesessen hat - Entschuldigung, ich nehme Sie jetzt nur einmal als Beispiel -, oder Menschen, die dort oben sitzen und zuhören, jetzt aus dieser Debatte herausgehen und sagen: Mensch, coole Sache, Schleswig-Holstein will etwas gegen den Klimawandel tun, Schleswig-Holstein überlegt sich etwas? - Nein! Das ist hier eine Abrechnung über Dinge, wer was wie früher, vorher, hinterher, später gesagt hat.

(Zurufe CDU und FDP)

- Jetzt rede ich, nicht du.

So eine Debatte auf diesem Niveau! Ich zeige jetzt auch einmal auf Sie, Herr Koch. Sie müssen nicht immer wie ein kleines Kind auf andere zeigen. Jetzt zeige ich einmal auf Sie!

(Zurufe)

So eine Debatte, wie Sie sie eben geführt haben, ist reinste Energieverschwendung.

(Beifall SPD)

Das hat überhaupt nichts mit dem Thema zu tun. PV auf Dächern - ja, natürlich ist das eine Diskussion. Das ist eine Fachdiskussion. Darum müssen wir uns kümmern.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Es ist doch gesagt worden. Sie haben es doch gelesen. Sie können ja eine andere Meinung dazu haben. Das ist ja in Ordnung.

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Dennys Bornhöft [FDP])

Dann lassen Sie uns doch darüber diskutieren.

(Zuruf Tobias Koch [CDU] - Unruhe)

- Ich möchte jetzt einmal in Ruhe ausreden dürfen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat die Abgeordnete Sandra Redmann.

Sandra Redmann [SPD]:

Die Freiflächen, die eben bei der Frage der PV-Anlagen angesprochen wurden, sind kommunal ein ganz großes Thema. Da müssen Sie nicht erst davon reden, dass die in einigen Monaten kommen. Die Vattenfalls dieser Welt stehen jetzt vor der Tür, und wir werden uns damit auseinandersetzen und zu einer Lösung kommen müssen, wie wir damit umgehen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das steht doch hier drin! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollen doch hier Vorbild sein. Wir wollen den Menschen sagen: Klimaschutz bedeutet keinen Schaden. - Wenn wir etwas tun, um das Klima zu schützen, ist es ein Nutzen für alle Menschen. Dann müssen Sie hier nicht mit 0,1 ct oder irgend so einem Scheiß kommen.

(Beifall SPD)

Ich habe von solchen Debatten wirklich die Schnauze voll.

(Beifall SPD - Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Sandra Redmann [SPD]:

Ich entschuldige mich, aber jetzt musste ich mir die ganze Zeit anhören, was alles nicht geht. Schön wäre es ja auch einmal, wenn wir eine Debatte führen, in der wir zeigen, was geht. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

(Lars Harms [SSW]: Eine ausgleichende Rede! - Weitere Zurufe)

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Der Kölner Dom steht in der Nordsee, zur Hälfte überflutet, nur noch das Kirchendach und die Türme ragen aus den tosenden Fluten. - Das war das Titelbild des „Spiegel“, mit dem in Deutschland im Sommer 1986 die Medienkarriere des Klimawandels begann. Die Macher des Magazins waren dabei nicht zimperlich. Sie riefen in Großbuchstaben die Klimakatastrophe aus. Was Sie hier betreiben, Frau von Kalben, ist nichts anderes als Klima-Alarmismus, ich habe es schon häufiger gesagt. Sie betreiben Framing par excellence, indem Sie den Klimawandel immer als Katastrophe, als Endzeitszenario darstellen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie werfen uns immer vor, wir machten den Menschen Angst. In Wahrheit sind Sie es, die den Menschen und den Schülern draußen Angst machen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee, die Fakten machen Angst!)

- Der Meeresspiegel, Frau von Kalben, der steigt seit Tausenden von Jahren, schon weit vor der Industrialisierung. Auch das habe ich schon mehrfach gesagt. Das ist kein Phänomen der Industrialisierung oder der Neuzeit. Hören Sie also auf, die Bürger dieses Landes Ihre Öko-Absolution bezahlen zu lassen! Energie muss bezahlbar bleiben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Je mehr der Staat sich in diese ganzen Prozesse einmischt, in den Energiemarkt, Gesetze erlässt, Steuern macht, CO₂-Bepreisung vornimmt, Zertifikatehandel und was nicht sonst noch alles, umso schlimmer wird es am Ende werden, nämlich für den Bürger, der das alles bezahlen muss. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zurufe Annabell Krämer [FDP] und Martin Habersaat [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war jetzt wieder der „Völkische Beobachter“! - Claus Schaffer [AfD]: Jetzt kommt schon wieder der Nazi-vergleich!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kai Dolgner.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Herr Dolgner wirft jetzt seinen Fotovoltaikrechner an!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Thema Fotovoltaik könnte ich tatsächlich etwas sagen, ich komme ja eigentlich aus der Materialforschung. Aber das ist sicherlich nicht für eine Plenardebatte geeignet, die natürlich gezeigt hat, dass sich alle Parteien - bis auf eine Gruppe - hier einig sind: Wir müssen CO₂ einsparen, wir haben einen Klimawandel. Sich über den richtigen Weg zu streiten - ob man das ökonomisch steuert, ob man mit Geboten und Verboten steuert, ob man eine Mischung macht -, ist gelebter Parlamentarismus. Dass eine Koalition das hier so auslebt, ist wohl sehr speziell für Jamaika. Manchmal denke ich, ihr solltet eure GAK-Sitzungen ein bisschen länger machen, dann könnten die Parlamentsitzungen kürzer sein.

(Beifall SPD - Zuruf Stephan Holowaty [FDP] und Kay Richert [FDP])

- Herr Holowaty, ich würde auch gern einmal Mäuschen spielen, wenn Sie sich mit Herrn Voß über Klimawandel und Ökonomie unterhalten.

Aber ich habe mich eigentlich gar nicht deshalb gemeldet. Ich habe mich aus gutem Grund zurückgehalten, weil ich schon dachte, dass sich natürlich die AfD das nicht entgehen lassen wird, anhand eines reißerischen „Spiegel“-Titels von 1986 jetzt so zu tun, als ob es das gar nicht gäbe. Das ist nun wirklich zu billig.

Natürlich war ein „Spiegel“-Titel von 1986 mit dem Kölner Dom, der auf Meereshöhe bei 53 Metern ist, reißerisch und nicht angebracht. Das hat aber auch kein Wissenschaftler behauptet. Das war gar keine wissenschaftliche Behauptung, das war einmal eine Medienbehauptung, und es war von einer Lobby gepusht, die Ihnen relativ nahesteht, nämlich von der AKW-Lobby. Damals ging es nämlich darum zu sagen, dass AKW-Strom die Alternative zum Untergang des Kölner Doms sei. So simpel war die Botschaft. Aber in der Naturwissenschaft und in der Politik muss man nicht mit so simplen Botschaften arbeiten, denn andere Dinge, die damals vorhergesagt worden sind, sind eingetreten, und zwar nachweisbar. Das bestätigen zumindest 99,8 % der Wissenschaftler, für den Rest lohnt es sich nicht. „Einige Menschen sind verloren, denen kann man nicht helfen“, hat mir vor 30 Jahren mal ein Suchthelfer gesagt. Man muss aber aufpassen, dass sich das nicht weiter ausbreitet. Schlicht und ergreifend deshalb habe ich mich hier noch einmal hingestellt.

(Dr. Kai Dolgner)

Ein „Spiegel“-Titel von 1986 beweist gar nichts, weder in die eine noch in die andere Richtung, aber die Messungen, die Untersuchungen, die wissenschaftlichen Konferenzen, die über 10.000 Paper, die seitdem erschienen sind, beweisen durchaus etwas.

(Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Die Diskussion um den Klimawandel begann übrigens 1911, als bereits festgestellt wurde, dass es einen Zusammenhang zwischen Kohlendioxid und der Erwärmung der Erde gibt.

(Zuruf Claus Schaffer [AfD])

Es ist natürlich vollkommen klar, dass man, wenn man Wissenschaftler ist, warten muss, bis das signifikant wird, also bis man den Effekt tatsächlich anfängt zu sehen. Denn bis dahin war es ein theoretischer Zusammenhang. Es gibt schon x Publikationen, die 80 Jahre alt sind, die sagen: Das könnte passieren. - Gleichzeitig hat man festgestellt: Es gibt einen leichten Gegentrend, weil man ein bisschen in eine Eiszeit hineinrutscht. Auf dem Niveau sind Sie aber stehen geblieben. Inzwischen ist es signifikant. Inzwischen ist es nicht mehr so, dass wir zwei Effekte haben, von denen wir nicht wissen, wie sie sich zueinander verhalten, sondern wir wissen, dass der eine Effekt um den Faktor 1.000 größer ist als der andere. Der menschengetriebene Klimawandel ist um den Faktor 1.000 größer als der natürliche Klimawandel. Und wenn es nur der Faktor 200 wäre, müssten wir etwas tun. Es ist nämlich relativ egal, ob der Meeresspiegel 2100 um 4 m, 6 m oder 10 m ansteigt. Das mag den Kölner Dom nicht stören. Aber dieses Land wird es stören.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich habe dann nämlich einen schönen Platz am Strand in der Mitte von Schleswig-Holstein. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

Wahl von Mitgliedern sowie Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Landesverfassungsgerichts

Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts

Drucksache 19/2539

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts hat dem Landtag mit Drucksache 19/2539 einen Wahlvorschlag vorgelegt.

Der Landtag hat die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie zwei weitere Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und drei persönliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter in geheimer Wahl ohne Aussprache zu wählen. Für die Wahl ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Landtags erforderlich.

Auf der Tribüne begrüße ich vorab den Präsidenten des Landesverfassungsgerichts, Herrn Dr. Bernhard Flor, und mit ihm Herrn Professor Dr. Christoph Brüning, Frau Dr. Christine Fuchsloch, Frau Sabine Wuttke, Frau Dr. Silke Reimer, Frau Dr. Silke Schneider, Herrn Dr. Mark Petit und Herrn Holger Bruhn, die vom Ausschuss vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten, und das als persönlichen Stellvertreter von Dr. Christine Fuchsloch benannte Mitglied Herrn Carsten Lübbert. - Herzlich willkommen hier heute im Haus!

(Beifall)

Zum Wahlablauf gebe ich Ihnen noch folgende Hinweise: Wir beschließen über den Wahlvorschlag des Ausschusses in der Drucksache 19/2539. Sie haben die Möglichkeit, mit Ja, Nein und Enthaltung abzustimmen. Ich weise darauf hin, dass Stimmenthaltungen die gleiche Wirkung wie Neinstimmen haben. Sie werden durch die Schriftführerin beziehungsweise den Schriftführer aufgerufen und gehen dann bitte zum Saaldienstmitarbeiter zu meiner Linken, der Ihnen den Stimmzettel aushändigen wird. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach Abgabe Ihrer Stimme falten Sie den Stimmzettel und werfen ihn in die Wahlurne. Ich bitte Sie, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, sodass kein Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen kann. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es ist daher auch nur der Ihnen übergebene Stift zur Stimmangabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist eine unzulässige Kennzeichnung, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Bevor wir in die Wahlhandlung eintreten, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist. - Das ist sie. Meine Damen und Herren, der Wahlakt ist damit eröffnet. Ich bitte darum, mit der Namensaufrufung zu beginnen.

(Namensaufruf und Stimmzettelabgabe)

Meine Damen und Herren, bevor ich die Wahlhandlung beende, frage ich Sie, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, der noch nicht gewählt hat? - Das ist nicht der Fall. Der Wahlakt ist damit beendet.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung zur Auszählung der Stimmzettel für etwa zehn Minuten. Das Ergebnis der Wahl werden wir vor der Mittagspause bekannt geben. Ich bitte Sie also: Bleiben Sie in der Nähe!

(Unterbrechung 13:05 bis 13:10 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt: abgegebene Stimmen 69, gültige Stimmen 69, Jastimmen 67, Neinstimmen 2, keine Enthaltungen. - Der Wahlvorschlag ist somit mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden.

(Anhaltender Beifall)

Die im Wahlvorschlag in der Drucksache 19/2539 genannten Bewerberinnen und Bewerber sind damit gewählt.

Der Vollständigkeit halber weise ich noch darauf hin, dass Dr. Oswald Kleiner auch künftig die persönliche Vertretung von Professor Brüning wahrnimmt. Herr Carsten Lübbert wird der persönliche Stellvertreter von Frau Dr. Christine Fuchsloch sein. Da die Gewählten bereits vorher ihre Zustimmung zur Übernahme des Amtes erklärt haben, erübrigt sich die Frage, ob sie die Wahl annehmen.

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Dann wünsche ich Ihnen eine schöne Mittagspause. Wir sehen uns um 14 Uhr wieder. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung 13:11 Uhr bis 14:02 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere Nachmittagsitzung und rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Vereidigung der neu gewählten Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die neu gewählten Mitglieder des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein haben soeben vom Ministerpräsidenten ihre Ernennungsurkunden erhalten.

Nach § 7 Absatz 2 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes haben Sie in öffentlicher Sitzung des Landtags vor Amtsantritt den für Berufsrichterinnen und Berufsrichter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten.

Wir kommen daher jetzt zur Vereidigung. Ich werde die Richterinnen und Richter einzeln zu mir in die Mitte rufen und bitte Sie, zu mir zu kommen und sich nach der Vereidigung wieder zu Ihrem Platz zu begeben. Damit es für die Öffentlichkeit keine Irritationen gibt, weise ich darauf hin, dass ich während der Vereidigung, anders als die Richterinnen und Richter, keine Maske tragen werde, weil wir die Testungen durchgeführt haben und es so vereinbaren konnten. Sonst wäre es wahrscheinlich etwas schwierig.

Gleichzeitig bitte ich die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde Ihnen die Eidesformel einmal vorsprechen, und Sie können diese dann mit der Formel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ bestätigen. Ich werde Sie, wie gesagt, einzeln zu mir nach vorne bitten.

Der Schwur lautet: Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.

Ich bitte jetzt, den zukünftigen Präsidenten des Landesverfassungsgerichts, Professor Dr. Christoph Brüning, zu mir. Sie dürfen jetzt sagen: „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“.

(Präsident Klaus Schlie)

(Professor Dr. Christoph Brüning: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!)

Jetzt bitte ich die Vizepräsidentin des Landesverfassungsgerichts, Frau Dr. Christine Fuchsloch zu mir.

(Dr. Christine Fuchsloch: Ich schwöre es!)

Dann Frau Sabine Wudtke.

(Sabine Wudtke: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!)

Nun Frau Dr. Silke Schneider.

(Dr. Silke Schneider: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!)

Wir kommen dann zur Vereidigung der stellvertretenden Mitglieder des Verfassungsgerichts. Ich bitte zunächst Frau Dr. Silke Reimer zu mir nach vorn.

(Dr. Silke Reimer: Ich schwöre es!)

Anschließend Herrn Dr. Marc Petit.

(Dr. Marc Petit: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!)

Dann Herrn Holger Bruhn.

(Holger Bruhn: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!)

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen allen eine gute Arbeit zum Wohle des Landes Schleswig-Holstein. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall - Die Abgeordneten nehmen wieder Platz - Die vereidigten Mitglieder sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Landesverfassungsgerichts verlassen den Plenarsaal)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere Arbeitssitzung fort.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 und 29 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Die Religion des Terrors ist der politische Islam**

Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer und der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2556

b) Islamismus und religiös motivierter Extremismus haben keinen Platz in Schleswig-Holstein - Solidarität mit Dresden, Paris, Nizza und Wien

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2559

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2566

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Ich eröffne die Aussprache, und das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der religiös motivierte Extremismus hat in den vergangenen Wochen wieder seine ganze Brutalität unter Beweis gestellt. Mordanschläge in Dresden auf ein homosexuelles Paar, in der Nähe von Paris auf einen Lehrer, in einer Kirche in Nizza mit drei Toten und in der Wiener Innenstadt mit vier Opfern. Wir verurteilen diese Terroranschläge auf das Schärfste. Wir sind bestürzt über die Opfer, und wir sprechen den Familien und Angehörigen unsere Anteilnahme aus.

(Beifall)

Aber auch bei uns in Schleswig-Holstein gibt es Anknüpfungspunkte an diese Ereignisse. Das ist auch der Grund, warum es so wichtig ist, dass wir diese Initiative für diesen Antrag ergriffen haben.

Es muss uns mit großer Sorge erfüllen, wenn nach Terroranschlägen Menschen bei uns in Kiel demonstrieren und sich nicht eindeutig von Terroristen abgrenzen, wenn Demonstranten Transparente zeigen, die sich gegen Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron positionieren, weil er sich deutlich für Meinungsfreiheit ausgesprochen hat. Das kann nicht die richtige Antwort aus Schleswig-Holstein auf diese Terroranschläge sein. Diese Demonstration ist aus meiner Sicht ein verstörender Vorgang für unsere Landeshauptstadt und für Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Genauso muss es uns besorgen, wenn nach dem Anschlag in Wien eine Folge ist, dass im Kreis Pinneberg eine Hausdurchsuchung stattfindet, weil bei uns in Schleswig-Holstein ein Gefährder lebt, der mit dem Wiener Terroristen im Kontakt gestanden hat.

(Tobias von der Heide)

Also: Diese Terroranschläge sind keine fernen Ereignisse, die wir nur abstrakt aus dem Fernsehprogramm und den Medien wahrnehmen. Wir haben auch konkret hier in Schleswig-Holstein Anknüpfungspunkte und Gefahren. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in Schleswig-Holstein religiös motiviertem Extremismus entschieden entgegentreten, und dafür haben wir schon seit längerer Zeit Maßnahmen auf den Weg gebracht: Der Ausbau des Dezerats am LKA sowie die erhebliche finanzielle Stärkung des Präventionsprogramms PROvention in Trägerschaft der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein sind Beispiele dafür.

Unser Schwerpunkt bleibt eine wirksame Prävention. Wir haben die islamistische Szene in Schleswig-Holstein genau im Blick und werden ihr auch weiterhin sicherheitspolitisch wirksam begegnen. Das machen auch die jüngsten Äußerungen von Schleswig-Holsteins oberstem Verfassungsschützer Joachim Albrecht deutlich. Hass und Gewalt dürfen nicht unter dem Deckmantel der religiösen Auseinandersetzung in unsere Gesellschaft getragen werden. Da müssen wir wehrhaft sein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich will aber auch deutlich ansprechen, dass Menschen islamischen Glaubens zu Schleswig-Holstein gehören, selbstverständlich unsere Wertevorstellung teilen und sich in verschiedenster Art und Weise in unsere Gesellschaft einbringen. In der vergangenen Woche war der Vorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Schura, Fatih Mutlu, bei uns in der Fraktion. Zusammen mit Tobias Koch haben wir ihn empfangen. Wir haben uns intensiv über die verschiedensten Themen ausgetauscht, ganz besonders natürlich auch über die Terroranschläge.

Ein Thema aber hat uns auch besonders bewegt, ihn vor allen Dingen bewegt: Das sind Angriffe auf Moscheen und auf Menschen, die sichtbar islamischen Glaubens sind. Gerade Frauen mit Kopftüchern werden regelmäßig Opfer von Anfeindungen. Es muss für uns klar sein, dass wir mit aller Härte Extremisten bekämpfen. Umgekehrt muss aber auch klar sein, dass wir eine offene und tolerante Gesellschaft sind, in der kein Christ, kein Jude und kein Muslim wegen seines Glaubens angegriffen wird. Deswegen sind wir gegen Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen Islamfeindlichkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

So wichtig es auch ist, gemeinsam gegen etwas zu sein, für einen wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhalt wird das nicht reichen. Wir brauchen auch gemeinsame Vorstellungen von unserer Gesellschaft. Wie schwierig das ist, hat auch unsere Debatte zum Thema Vollverschleierung gezeigt. Helfen können dabei auch gemeinsame gesellschaftliche Projekte, hinter denen sich alle positiv versammeln. Ich finde, ein solches Projekt ist die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung gewesen. Denkbar knapp ist dieses Anliegen trotz Mehrheit in diesem Haus gescheitert. Aber es hat Nichtgläubige, Christen, Juden und Muslime zusammengeführt und gemeinsam wirken lassen. Dabei sind Bindungen entstanden, die noch heute bestehen. Davon brauchen wir mehr. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die islamistischen Terroranschläge in Paris, Nizza und Wien haben uns in Erinnerung gerufen, dass die größte Bedrohung für eine friedliche und freie Gesellschaft noch immer von einer Ideologie ausgeht, die ihren Ursprung im Islam hat. Um hier eine differenzierte Betrachtung vornehmen zu können, die nicht zugleich dem reflexartigen Verharmlosen und Verneinen aus den Reihen der zumeist linken Islam-Appeaser folgt oder diesen gar eine Bühne bietet, spreche ich hier ganz bewusst vom politischen Islam. Dieser politische Islam gründet sich auf dem islamischen Fundamentalismus und erklärt einen umfassenden Geltungsanspruch des islamischen Rechts in einer totalitären Auslegung für alle Bereiche von Staat, Recht und Gesellschaft. Der politische Islam ist damit in all seinen Facetten nicht nur inkompatibel mit unserer Verfassung und unseren Werten, nein, er steht diesen sogar feindlich gegenüber.

Dass dies auch für unser Land eine ganz reale und konkrete Gefahr darstellt, haben nicht nur der isla-

(Claus Schaffer)

mistische Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin, sondern die erst im Oktober in Dresden erfolgte Tötung eines Homosexuellen durch einen amtsbekannten islamistischen Gefährder gezeigt. Auch Geheimdiensterkenntnisse und -ermittlungen in der europaweit vernetzten Islamistszene führen immer wieder nach Schleswig-Holstein.

Was dabei gern übersehen wird: Der politische Islam richtet sich auch gegen diejenigen Muslime in unserem Land, die verfassungstreu und nicht selten sogar säkular in unserer Gesellschaft leben und selbstverständlich willkommen sind. Es sind auch eben deren Stimmen, die uns fragen, warum sie vor islamistischen Mördern aus ihrer Heimat geflohen sind, wenn sie diesen in unserem Land erneut begegnen müssen.

Was also können wir tun, um unsere Freiheit und unsere Sicherheit zu erhalten? Hier liegen erste Schritte klar auf der Hand. Laut Verfassungsschutz haben wir eine untere zweistellige Zahl an islamistischen Gefährdern in unserem Land. Schieben wird diese ab. Dann ist ein erster Schritt geschafft; denn auch das hat der Fall in Dresden gezeigt: Eine bloße Überwachung von islamistischen Gefährdern schützt niemanden. Hier schützt tatsächlich nur die konsequente Abschiebung. Wo Abschiebungen an rechtliche Hürden stoßen, müssen wir unser Recht anpassen, und zwar so, dass es unserer Sicherheit dient und nicht der von islamistischen Gefährdern.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Ein zweiter Schritt: Wir müssen den Einfluss islamistischer Hassprediger und somit des politischen Islam insgesamt verringern, ja sogar unterbinden. Hier müssen Vereine und Gruppierungen verstärkt in den staatlichen Fokus, die für die Verbreitung des fundamentalistischen Islam stehen.

Drittens. Wir dürfen unsere Kinder und Jugendlichen nicht an den politischen Islam verlieren. Wenn 13-Jährige die Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty feiern, dann ist hier bereits viel zu viel verloren gegangen. Dem muss mit Aufklärung, mit Bildung und mit Deradikalisierung entgegengewirkt werden. Das sind genau unsere Forderungen.

Der jamaikanische Antrag erscheint in seiner Klarheit zunächst überraschend, wenn man bedenkt, dass man sich in Ihren Reihen seit vielen Jahren scheut, den Islamismus als Bedrohung auch genauso klar zu benennen und ebenso konsequent zu bekämpfen.

(Zuruf CDU: So ein Quatsch!)

Aber - das, meine Damen und Herren, ist bedeutsam - Ihr Antrag will über die Initiative PROvention eine mittelbare Kooperation mit der aus der Türkei gesteuerten islamisch-nationalistischen DITIB mit Steuergeldern weiterhin unterstützen. Das, meine Damen und Herren, ist entweder Unkenntnis über die Zusammenhänge, oder Sie versuchen, uns hier mit Ihrem Antrag zu täuschen. Beides aber disqualifiziert Sie im Kampf gegen den islamistischen Terror. Daher werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können.- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der islamistische Terrorismus war nie verschwunden. Daran haben uns in den letzten Wochen die Anschläge in Wien, Nizza, Paris und Dresden unerbittlich erinnert. Jeder Mensch, der Opfer eines solchen Anschlages wurde, ist einer zu viel. Deswegen gelten in diesem Moment unsere Gedanken zuallererst den Angehörigen der Ermordeten und der Verletzten.

Terrorismus ist keine normale Kriminalität. Er ist dem Wortsinn nach Schrecken. Er will das Zusammenleben in unserer freien Gesellschaft verändern. Der sogenannte IS hat bereits vor fünf Jahren im Netz seine Ziele in entlarvender Deutlichkeit skizziert. Jeder islamistische Anschlag in der westlichen Welt soll antiislamische Stimmung wachsen lassen. Er soll Polarisierung befeuern, Muslime stigmatisieren und in der Folge in die Arme militanter Islamisten treiben. Die Anschläge der vergangenen Wochen sind Angriffe auf unsere freien Gesellschaften. Aber sie sind vor allem auch Anschläge auf das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Es ist unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten, dafür zu sorgen, dass dieser perfide Plan nicht aufgeht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Unser Rechtsstaat hat das Gewaltmonopol, und unser Rechtsstaat garantiert ein hohes Maß an Sicherheit. Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Ich bin wirklich nicht der Meinung, dass

(Dr. Ralf Stegner)

es an bestimmten Stellen falscher Zurückhaltung bedarf: Gefährder gehören ins Gefängnis!

Ganz anders übrigens als Flüchtlinge, die wir aktuell einsperren - in Glückstadt dankenswerterweise mit Kinderspielplatz -, obwohl sie beim besten Willen nichts verbochen haben.

(Beifall SPD)

Wir müssen damit leben, dass es in einer offenen, freien Gesellschaft keine absolute Sicherheit geben kann. Ich habe deshalb wenig Verständnis dafür, dass jeweils fünf Minuten nach einem Anschlag der nächstbeste Vorschlag zur Gesetzesverschärfung kommt. Das nützt der politischen Profilierung; der Sache nützt es nicht.

Unser Rechtsstaat ist auch dann gefragt, wenn es reale oder wahrgenommene Konflikte zwischen Grundrechten gibt. Unser Grundgesetz sichert die Freiheit des Glaubens, des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Aber es sichert auch die Meinungsfreiheit. Ersteres steht nicht über Letzterem. Das gilt auch für Karikaturen, die nicht jedem gefallen müssen.

Der Islam gehört zu Deutschland. Musliminnen und Muslime sind seit vielen Jahrzehnten selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Es ist entscheidend, dass wir diesen Teil unserer Gesellschaft vor den Spaltungsversuchen schützen. Wir müssen mehr auf die klugen Köpfe derer hören, die um Hilfe bitten, wenn es um wirksame Prävention gegen Islamismus geht. Dazu würde es beispielsweise gehören, die Islamkonferenz aufzuwerten, die progressiven Kräfte zu stärken, aber auch all jenen Organisationen, die erwiesenermaßen vom Ausland gesteuert oder finanziert werden, konsequent eine rote Linie aufzuzeigen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es braucht nicht nach jedem Anschlag erneut einen politischen Wettbewerb um die lauteste oder schrillste Forderung. Erst recht braucht es keine Rechten und Rassisten, die solche Anschläge nutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Denn es ist kein Geheimnis: Islamisten und Rassisten teilen ein Ziel. Sie wollen kein friedliches Zusammenleben, sie wollen diese Gesellschaft auseinandertreiben. Wer sich ihre Ideologien anschaut, der kann die Parallelen nicht übersehen: Beide sind autoritär. Beide verachten unsere Demokratie, auch wegen der Freiheiten, die bei uns alle Menschen genießen, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welcher sexuellen Orientierung. Beide sind sich einig in ihrem Antisemitismus. Beide folgen Menschen-

bildern, die hochgefährlich sind. Darum treten wir auch beiden entschlossen entgegen.

Wir wollen keinen Kulturkampf. Es geht auch nicht um Religion. Auch unsere christliche Kirche hat mit Kreuzzügen und Inquisition nicht nur eine gute Vergangenheit. Nein, heute geht es um den Missbrauch von Religion, um Gewalt zu begründen. Es muss einen klaren Konsens geben: Wir lehnen Gewalt ab, egal von wem sie ausgeht, egal gegen wen sie sich richtet, egal wie sie begründet wird.

(Beifall SPD, CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wer Gewalt anwendet, der verabschiedet sich aus dem Konsens der Demokraten. Dem muss der Rechtsstaat einen Riegel vorschieben.

Ich will dem Antrag der AfD nicht mehr Aufmerksamkeit widmen, als er verdient. Aber es ist natürlich nicht bloße Unachtsamkeit, wenn Sie den Landtag heute beschließen lassen wollen, dass es derzeit keine andere Ideologie gebe, die den europaweiten Terrorismus so präge wie der politische Islam. Das ist bewusste Unterschlagung der Ideologie der Rechtsterroristen, die ebenfalls europaweit ihr Unwesen treiben, und die Hauptgefahr kommt in Deutschland nach wie vor von rechts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

François Hollande, der während der großen Anschläge von Paris vor fast genau fünf Jahren französischer Präsident war, hat sich vor einigen Tagen mit einem bemerkenswerten Interview zu Wort gemeldet. Darin hat er all denen widersprochen, die sich nach der Ermordung von Samuel Paty in Islamkritik und Forderungen nach Verschärfungen gegenseitig überboten haben. Ich finde, ein Satz von ihm verdient besondere Beachtung: Wir müssen beides gleichzeitig tun - den islamistischen Terrorismus bekämpfen, aber dabei auch wir selbst bleiben.

Das war übrigens auch die Antwort, die der norwegische Ministerpräsident nach dem schrecklichen Attentat auf Utøya gab. Wir müssen bei uns selbst bleiben! Sicherheit und Freiheit - beides gehört zusammen.

Es ist schade, dass die Koalition die Hinweise, die wir in unserem Antrag gegeben haben, nicht aufgenommen hat. Ich will Ihnen aber sagen, dass wir mit Blick auf die Rechtsradikalen hier im Haus den Konsens bevorzugen und deshalb Ihrem Antrag zustimmen werden. Ich glaube, dass es ein wichtiges

(Dr. Ralf Stegner)

Zeichen ist, wenn die Demokraten in diesem Hause sagen: Wir wenden uns gegen Gewalt, egal, von wem sie ausgeht. Dahinter treten die Differenzen zurück, die wir sonst im Einzelnen miteinander haben mögen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Terrorismus hat immer das Ziel, eine Gesellschaft durch Angst und Schrecken zu destabilisieren. Dabei geht es nicht nur um ein diffuses kollektives Empfinden und eine politische Polarisierung in einer Gesellschaft; es geht auch explizit um das Schüren ganz persönlicher Ängste und von Ressentiments, um das Säen von Argwohn und um das Zurückziehen auf sich selbst, auf diejenigen, die einem ähnlich erscheinen beziehungsweise die man für ähnlich hält. Das gehört zu den zentralen Zielen der Taten von Nizza, Paris, Dresden, Wien und an vielen anderen Orten weltweit, an denen islamistischer Terror mordet und tyrannisiert.

Unsere Aufgabe muss es sein, diesem Plan - und es ist ein expliziter Plan, eine eindeutige Strategie - nicht auf den Leim zu gehen. Deswegen spreche ich auch im Namen meiner Fraktion den Opfern und den Hinterbliebenen mein tiefes Beileid aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich spreche auch den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in den sehr unübersichtlichen Terrorlagen tätig werden müssen, meinen Dank aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Diese Terrorlagen gehen immer mit einer hohen Gefahr für das eigene Wohlergehen und die eigene Gesundheit einher, und in den ersten Minuten herrscht viel Durcheinander. Meist ist zunächst von mehreren Täterinnen oder Tätern die Rede.

Die furchtbaren Anschläge der letzten Wochen müssen einmal mehr Anlass sein, unsere Strategien

gegen den Islamismus auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu verbessern. Es geht darum, sie auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, nicht auf ihre Stammtischfähigkeit.

An dieser Stelle will ich aus dem AfD-Antrag nur einen Punkt herausziehen, den Begriff „politischer Islam“. Das ist ein Kampfbegriff, der verwendet wird, um zivilgesellschaftliches Engagement von Musliminnen und Muslimen zu erschweren und im Zweifelsfall zu kriminalisieren. Das, was die AfD durch die Verwendung dieses Begriffs am Ende des Tages wünscht, ist, dass Musliminnen und Muslime nicht aktiv werden, dass sie nicht das machen, was Kollege von der Heide hier angesprochen hat, zum Beispiel gemeinsam mit jüdischen und christlichen Gemeinden für die Verankerung berechtigter religiöser Interessen in der Landesverfassung einzutreten. Genau das ist es, was Sie stört. Sie wollen Musliminnen und Muslime in der Gesellschaft unsichtbar machen und so zivilgesellschaftliches Engagement verhindern, zumindest erschweren.

(Claus Schaffer [AfD]: Was für ein Quatsch!)

Das ist genau nicht der Weg, den wir gehen möchten. Wir stehen an der Seite muslimischer Gemeinden in Schleswig-Holstein, sowohl im Kampf gegen Islamismus als auch im Kampf gegen Sie, Herren von der AfD.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

An dieser Stelle sei mir das Eingehen auf eine Frage gestattet, weil die Debatte in den letzten Wochen einen bestimmten Drive bekommen hat: Sind politisch linke Kräfte in Deutschland eigentlich konsequent genug in der Ablehnung islamistischer Umtriebe, und grenzt man sich ausreichend von diesen ab?

Um diese Auffassung zu haben, muss man schon sehr ignorant sein, was politisch linke Kräfte, gerade solche aus der kurdischen Community, und was queere Muslime in Deutschland angeht. Migrantische linke Kräfte weisen seit Jahren darauf hin, was für islamistische Umtriebe es auch in Deutschland gibt. Sie weisen darauf hin, dass das ein Problem, eine Gefahr ist.

Die meisten Opfer von islamistischen Übergriffen und Morden sind übrigens immer noch Muslime. Deshalb müssen wir genauer hinschauen. Dort sitzt Expertise, die leider viel zu oft übersehen wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

(Lasse Petersdotter)

Islamismus ist dezentral organisiert; das macht es so wahnsinnig schwierig. In der Forschung spricht man auch von „Franchise-Terrorismus“. Jeder kann sich - wie bei McDonalds - die Idee auf die Fahne schreiben und gilt dann als Teil des Gesamtkonzerns. Das macht auch die Beobachtung schwer. Das bedeutet für uns, dass wir noch viel mehr hinschauen müssen. Deutlich wird auch: Islamismus hat keine Nationalität.

Wir müssen zusehen, dass wir die Szene weiterhin im Fokus der Beobachtung behalten. Wir dürfen aber auch bei der Beobachtung von Einzelpersonen nicht nachlassen. Wir lassen die Angst, den Schrecken und die gesellschaftliche Stabilisierung durch islamistische Kräfte in dieser Gesellschaft nicht zu. Wir reagieren mit Mut, Aufklärung und sicherheitspolitischer Entschlossenheit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Anteilnahme gilt heute in besonderem Maße den Opfern des islamischen Terrors und den Angehörigen, die unter den Folgen dieser terroristischen Übergriffe in den letzten Wochen lange leiden werden. Wir werden diesen Terror nicht dulden. Wir werden uns ihm entgegenstellen. Wir werden mit den Opfern Solidarität üben müssen. Dafür treten wir hier und heute, in dieser Plenardebatte, ein.

Aber wir werden auch in unseren politischen Ausrichtungen neue Wege gehen müssen, um der Gefahr des Islamismus entgegenzutreten.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es fällt schon schwer, nach diesen einleitenden Worten dann doch auf den Antrag der AfD einzugehen, aber das muss hier getan werden.

Schon die Überschrift Ihres Antrags ist eine Zumutung. Sie sprechen von Religion des Terrors und bringen das in Verbindung mit dem sogenannten politischen Islam. Ich empfehle Ihnen, sich besser zu informieren, was unter dem Begriff des politischen Islam wissenschaftlich verstanden wird. Wir haben in Hamburg das German Institute for Global and Area Studies, ein Leibniz-Institut, einen

Thinktank in Deutschland. Gehen Sie dahin, und lassen Sie sich informieren, wofür politischer Islam steht. Dieser politische Islam steht auch für Demokratieentwicklungen in arabischen Ländern, und das unterschlagen Sie, wenn Sie den politischen Islam gleichsetzen mit terroristischem Islamismus. Aber diese Differenzierung ist dringend nötig.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Aber das passt ja wunderbar in Ihr Konzept. Sie werfen ganz viele unterschiedliche Aspekte und Begriffe in einen Topf, rühren alles einmal kräftig durch, um dann am Ende den Eindruck zu erwecken, dass der Islam, also die Religion, für die jüngsten Terrorakte verantwortlich ist. Das ist infam. Es ist widerwärtig, und es ist in schlimmster Form diskriminierend.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir nach den verabscheuungswürdigen Anschlägen der letzten Wochen in Europa der Bedrohung des Islamismus entschieden entgegengetreten werden. Diese Anschläge geben Anlass zu größter Sorge. Sie zeigen, dass unter dem Deckmantel der Religion - insofern gibt es natürlich einen Bezug - Terror verübt wird, um unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft anzugreifen, uns zu verunsichern und zu terrorisieren.

Aber wir können da durchgucken. Wir können erkennen, dass das mit Religion aber auch überhaupt nichts zu tun hat. Die aktuelle Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus ist hoch und darf nicht unterschätzt werden, und sie wird auch nicht unterschätzt. Wir müssen der Gefahr ins Gesicht sehen, dass der extremistische Islamismus leider in europäischen muslimischen Gemeinden zunehmend Wurzeln schlagen kann. Deshalb müssen wir uns kritisch fragen, wie es überhaupt zu solchen Milieus in Deutschland und auch in anderen Ländern Europas kommen konnte, wie es dazu kommen konnte, dass Menschen sich aus unserer zivilen Gesellschaft verabschieden und zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für unsere Gesellschaft werden.

Das Grundübel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, war und ist, dass wir es zugelassen haben, hier in Deutschland in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts Parallelgesellschaften zu fördern. Wir haben es als deutsche Gesellschaft versäumt, die Gastarbeiter, die zu uns gekommen sind und die einen erheblichen Anteil am Wiederaufbau Deutschlands haben, zu integrieren, wir haben sie ausge-

(Jan Marcus Rossa)

grenzt. Erinnern wir uns, jedenfalls die Älteren unter uns, an die Schimpfwörter, die wir für Italiener hatten, die wir für Portugiesen, Spanier oder Türken hatten. Das hatte mit Integration und Akzeptanz, mit Aufnahme nichts zu tun. Das war pure Abgrenzung und Ausgrenzung. Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich hier Parallelgesellschaften entwickelt haben, die heute ein Problem für uns sind.

Dagegen müssen wir massiv angehen. Deshalb ist es für uns unbedingt erforderlich, dass wir endlich damit anfangen, unsere Integrationsarbeit hier in Deutschland zu verbessern, damit wir die Menschen, die zu uns kommen und die auch zu uns kommen werden, in diese Gesellschaft integrieren, ihnen unsere Werte vermitteln, damit es zu diesen Auswüchsen überhaupt nicht kommen kann und damit fremde Mächte und Organisationen, die diesen Terrorismus fördern und fordern und uns damit bedrohen, hier keinen Nährboden haben und keine Rekrutierungsmärkte entwickeln können, weil wir die Integration zu sehr vernachlässigt haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Wir müssen darüber hinaus die Ursachen für die stark radikalisierten Mitglieder der Szene und den Hass der betreffenden Menschen wirklich wissenschaftlich erforschen, und wir müssen vorausschauend handeln, um weitere Radikalisierungen zu verhindern. Dafür müssen wir die bestehenden gesetzlichen Instrumente besser ausschöpfen, Präventionsprojekte fördern und weiterentwickeln, auch solche der Türkischen Gemeinde, und vor allem - wie gesagt - unsere Integrationsarbeit verbessern.

Meine Damen und Herren, was wir nicht brauchen, sind neue Gesetze und Verordnungen, die massiv in die Rechte aller Menschen in Deutschland eingreifen werden und in der Regel die Sicherheitslage nicht wirklich verbessern.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ein Satz noch: Die Verschärfung von Gesetzen ist letztlich häufig nur ein Placebo, wir brauchen andere Maßnahmen, um gegen Radikalisierung besser und spürbar vorzugehen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich den Ursprungsantrag des Abgeordneten Schaffer ansieht, der könnte meinen, dass bezüglich der islamistischen Gefährder in der Vergangenheit in Deutschland nichts getan wurde und dass diese Menschen hier ungehindert tätig sein können. Das sind, gelinde gesagt, Fake News.

Sehen wir uns doch einmal die wirklichen Zahlen an. Noch 2017 hatten wir 720 in Deutschland gemeldete islamistische Gefährder. In diesem Jahr sind es, Stand 1. September 2020, nur noch 627. Die Anzahl ist also merklich geringer geworden, und ich nehme es vorweg: Das hat etwas mit Abschiebungen zu tun.

Um aber die Lage genauer einschätzen zu können, sind zwei Fakten entscheidend. Der erste Fakt ist, dass von diesen 627 Gefährdern 320 Deutsche sind. Das heißt, man kann über die Hälfte dieser Menschen gar nicht abschieben. Der zweite Fakt ist, dass sich laut Bundeskriminalamt circa die Hälfte der genannten islamistischen Gefährder gar nicht in der Bundesrepublik aufhalten. Die meisten sind in Kampfgebiete gezogen. Jemand, der nicht hier ist, kann somit nicht ausgewiesen werden, auch das ist logisch.

Legt man diese Zahlen zugrunde, dann haben wir ungefähr 300 ausländische islamistische Gefährder, von denen sich möglicherweise die Hälfte im Ausland befindet. Es bleiben somit potenziell vielleicht 150 bis 200 ausländische islamistische Gefährder, die dann gegebenenfalls ausgewiesen werden könnten. Und, meine Damen und Herren, man tut es auch. Allein im letzten Jahr wurden 54 islamistische Gefährder abgeschoben. Das Land Nordrhein-Westfalen lässt gerade per Gutachten herausfinden, ob solcherlei Abschiebungen von Gefährdern noch leichter möglich sein können.

Es mag im Einzelfall tatsächlich Abschiebehemmnisse geben, nämlich, wenn eine konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der jeweiligen Person besteht. Das kommt aber gar nicht so oft vor, wie der Antrag von Herrn Schaffer glauben machen will. Im Gegenteil, es wird in viele Länder abgeschoben: nach Algerien, nach Marokko, nach Tunesien, in den Irak, nach Pakistan, nach Russland und in viele andere Länder. Im Übrigen sei in einer Nebenbemerkung gesagt, dass es für die Abschiebung

(Lars Harms)

von Gefährdern nicht notwendig ist, ein Land als sicheres Herkunftsland zu deklarieren.

Sie können also sehen, dass hier durchaus gehandelt wird und dass unsere Sicherheitsbehörden auch eng an diesen Gefährdern dran sind, denn die, die noch hier sind, und die, die in jedem Fall hierbleiben werden, weil sie Deutsche sind, werden engmaschig beobachtet. Das gilt im Übrigen auch für die anderen Gefährder. Es gibt nämlich nicht nur Islamisten, sondern es gibt auch in anderen Bereichen Gefährder.

Das Bundeskriminalamt listet derzeit 70 rechtsextremistische Gefährder und einen linken Gefährder. Genau wie bei anderen extremistischen Haltungen auch, graben wir den islamistischen Gefährdern das Wasser nur dann ab, wenn wir schon am Anfang - bei der Radikalisierung - anfangen. Und da kann man dann sagen, dass der Jamaika-Antrag und auch die Ergänzung der SPD genau den richtigen Ansatz verfolgen.

In dem Wissen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten zur Abschiebung von islamistischen Gefährdern genutzt werden, müssen wir doch sehen, dass wir Deradikalisierungsprogramme brauchen, um allen anderen auch den richtigen Weg auf den richtigen Pfad zu zeigen. Hier müssen wir mit den Migrantenorganisationen zusammenarbeiten. Wir müssen klarmachen, welche demokratischen und freiheitlichen Grundwerte für uns unabdingbar sind, und das ist eine Aufgabe, die Alteingesessene genauso haben wie auch diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind.

Und da passiert auch schon etwas in Schleswig-Holstein, wie zum Beispiel die Projekte mit den Türkischen Gemeinden zeigen. Zu einer solchen Verdeutlichung unserer Werte gehört auch, dass extremistische Vereine wie zum Beispiel die Grauen Wölfe verboten werden. Wir müssen darüber hinaus auch negativen Einfluss aus dem Ausland eindämmen. Das heißt, Geldflüsse müssen überwacht und der Konsularunterricht an den Schulen hinterfragt werden. Imame müssen in Deutschland ausgebildet werden, so wie es jetzt in Osnabrück geschehen soll, und dann sukzessive die aus dem Ausland entsandten Imame ersetzen. Solche Maßnahmen sind in jedem Fall nachhaltiger und effektiver als Debatten über Gefährder-Abschiebungen, die ohnehin schon stattfinden.

Es geht hier darum, dass wir viele Menschen haben, die hier bleiben, die radikalisiert worden sind. Ob wir denen helfen können, weiß ich gar nicht. Aber worum es eigentlich gehen muss, ist, dass keine

neuen Leute dazukommen. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Ich finde, da müssen wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, damit eben keiner mehr in diese Radikalisierungsspirale hineinkommt. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der AfD-Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Gefährdungslage im Land ist hoch. „Mit Anschlägen muss jederzeit gerechnet werden“, sagte vor zwei Wochen noch Bundesinnenminister Horst Seehofer im Deutschen Bundestag. Er führte die Gefahr dann näher aus. Da habe ich etwas andere Zahlen als Sie, Herr Harms.

Es gibt in Deutschland mindestens 615 den Sicherheitsbehörden bekannte islamistische Gefährder. Davon hätten 217 ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit und 117 sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit. Es bleibt dann die größte Gruppe übrig: mindestens 281 ausländische islamistische Gefährder leben in Deutschland, meine Damen und Herren.

Der Auftrag an die Innenminister sollte also klar sein: Für mindestens 281 Gefährder muss schnellstmöglich ein Weg gefunden werden, sie dauerhaft außer Landes zu schaffen, und zwar unter Ausnutzung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten.

Wenn die Gesetze dafür zurzeit nicht ausreichen sollten - wie schnell ein neues Gesetz durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht werden kann, das haben wir in dieser Woche ja beim sogenannten Bevölkerungsschutzgesetz gesehen. Hier geht es tatsächlich einmal darum, die Bevölkerung zu schützen. Sorgen Sie also für die sofortige Aufenthaltsbeendigung von 281 islamistischen Gefährdern ohne deutschen Pass!

Das hat selbst Heiko Maas damals schon gesagt. Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt sagte er - ich zitiere:

„Abschiebehaft sollte ... für Gefährder auch dann verhängt werden dürfen, wenn die Herkunftsstaaten bei der Rückführung nicht kooperieren.“

(Jörg Nobis)

Im nächsten Schritt ist natürlich auch bei den 117 Gefährdern mit doppelter Staatsangehörigkeit zu prüfen, ob diese nicht in Übereinstimmung mit Artikel 16 unseres Grundgesetzes ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren können. Ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit darf nur aufgrund eines Gesetzes eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird, was bei einer doppelten Staatsangehörigkeit ja nicht der Fall ist.

Setzen Sie sich also in Berlin dafür ein, dass so ein Gesetz geschaffen wird, damit von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestufte Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit ihre deutsche Staatsangehörigkeit per Gesetz verlieren und des Landes verwiesen werden können!

Herr Innenminister, ich fordere Sie auf: Nutzen Sie alle Möglichkeiten, die Sie haben in Berlin und anderswo, um nicht deutsche Gefährder aus Deutschland zu schaffen!

(Zurufe SPD: Hallo! Sag mal! - Weitere Zurufe)

Ich bedanke mich, dass Sie mir zugehört haben.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein.

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! „Schüler droht seiner Lehrerin mit Enthauptung“, titelte die Berliner Tageszeitung am 12. November 2020. Hierbei handelte es sich nicht um einen Ausrutscher, sondern nach Bekanntwerden dieser Drohung meldeten sich weitere fünf Berliner Lehrer, die ebenfalls unverhohlene Morddrohungen erhalten hatten.

Ob Gewalt gegen Andersgläubige oder Sharia-Gerichte in abgeschotteten Vierteln deutscher Städte - wo der Islam zur Mehrheit wird, ist er totalitär und aggressiv.

Die Anschläge von Nizza, Paris und Wien - um nur einige wenige zu nennen - und das vielsagende Schweigen der islamischen Länder hierzu sind wie die sprichwörtliche biblische Schrift an der Wand. Muss ein moderner Rechtsstaat eine Religion dulden, die gegen seinen demokratisch normierten Wertekanon verstößt und die staatlich verfasste Ordnung ablehnt, ja, sie sogar aktiv bekämpft? - Diese Frage hat zum Beispiel Österreich schon in der Weise beantwortet, dass dort, wo der Islam in

Konkurrenz zum demokratisch verfassten Staatswesen tritt, gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung geplant sind. Und auch Frankreich und die skandinavischen Länder gehen bereits in diese Richtung.

Auch bei uns darf Toleranz gegenüber der Religionsausübung nicht dazu führen, dass unsere Freiheit und das friedliche Zusammenleben, Ergebnis eines langen und oft schmerzvollen geschichtlichen Prozesses, zerstört werden.

Die Ausweisung oder die präventive Inhaftnahme von ausländischen Gefährdern ist ein Schritt, aber auch die konsequente strafrechtliche Verfolgung dort, wo eine Religion bestrebt ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören, ist zwingend geboten.

Folgen wir deshalb dem Beispiel anderer europäischer Länder, und setzen wir ein Zeichen für eine wehrhafte Demokratie, indem wir auf Bundesebene entsprechende Gesetze anstoßen! - Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass manche Abgeordnete keinen Fraktionsstatus mehr haben, ist gut. Dass sie das letzte Wort haben, ist, was ein Parlament angeht, sehr schlecht. Das wäre gänzlich unangebracht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Zeiten, in denen in Deutschland ein Staat negativ über eine andere Religion geurteilt und Menschen diskriminiert hat, die dieser Religion angehören, waren andere.

Die Zeiten, in denen ein deutscher Staat Staatsbürger ausgebürgert hat, waren ebenfalls andere; Willy Brandt hat zu denen gehört, die ausgebürgert worden sind und Aufnahme gefunden haben.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir wehren uns mit den Mitteln des Rechtsstaates. Zu diesem Rechtsstaat gehört übrigens auch, dass neben der Religionsfreiheit auch das Recht auf freie Meinungsäußerung ausgeübt werden darf. Dazu gehört auch, dass man erdulden kann, solche Beiträge, wie die letzten beiden, zu hören. Unser Problem ist nicht, das zu erdulden - obwohl es die Toleranz schon sehr fordert, sich so etwas am Freitagnachmittag anhören zu müssen. Aber die Gewissheit, dass wir alle die

(Dr. Ralf Stegner)

Einschätzung und unsere Verfassungswerte miteinander teilen, die übrigens die Konsequenz aus dem Staat waren, von dem ich gerade gesprochen habe, nämlich der Schreckensherrschaft der Nazis, bringt uns dazu, dass wir nicht folgen werden auf einen Pfad, der von Hass, Hetze und Intoleranz geprägt ist und Werte beschwört, die man selbst überhaupt gar nicht lebt.

Aber dies zeigt auch unseren gemeinsamen Auftrag. Und der Hinweis, wir sollten ein Gesetz machen, das wirklich dem Schutz der Bürger diene, war sozusagen eine versteckte Anspielung auf das, was in dieser Woche in Berlin stattgefunden hat. Man kann ja sehr unterschiedlicher Meinung über die Inhalte sein. Es gehört auch zur Demokratie, dass man darüber diskutiert. Das aber gleichzusetzen mit einem Ermächtigungsgesetz, mit dem in Deutschland damals die Demokratie abgeschafft worden ist und viele Menschen Leid und Tod gefunden haben, ist nicht nur unhistorisch, sondern ist auch eine Beleidigung der Opfer der Naziherrschaft.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Insofern bin ich ganz bei dem, was der Kollege Rossa hier vorhin gesagt hat: Es geht nicht um schärfere Gesetze, sondern es geht um die Anwendung der bestehenden Gesetze, es geht um Prävention, es geht um Toleranz, auch um Meinungsvielfalt, die wir hier haben und um die deutliche Bekundung, dass wir uns auch nicht locken lassen von denjenigen, die solche Worte führen, hin zu einem Staat, der intolerant ist und Religionen verfolgt, der den Missbrauch der Religion nicht ernsthaft als das kennzeichnet, was er ist. Religionsfreiheit ist eine große Errungenschaft, übrigens auch in unseren Zeiten. Ich habe es vorhin erwähnt, möchte es aber trotzdem noch einmal sagen. Auch das Christentum hatte andere Zeiten. Manches, was wir beim Islamismus sehen, ist nur ein paar Jahrhunderte später das, was wir von anderen Religionen auch kennen. Es sollte sich niemand über andere erheben.

Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Toleranz sind unsere Grundwerte. Die Menschenwürde ist unantastbar - das ist die Konsequenz, die für uns alle gilt. Darauf sind wir stolz, und das wird auch immer so bleiben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir geht es ähnlich wie dem Kollegen Stegner - was das letzte Wort angeht.

(Zurufe und Heiterkeit)

- Ich meinte damit nicht ihn. - Ich selbst bin zwar kein Stück gläubig, trotzdem werde ich die Glaubensfreiheit bis zum bitteren Ende verteidigen. Jeder soll glauben können, was er will, egal, ob er Christ ist, ob er Buddhist ist oder ob er dem Islam angehört. Das ist mir völlig piepenhagen. Wenn jemand daran glaubt, soll er das können. Das ist ein Wesenszug unseres Landes, und den sollten wir uns erhalten.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Frau von Sayn-Wittgenstein, es ist nicht nur der radikale Islamismus, der zu totalitären Verhältnissen führt, es ist jede Form von Radikalismus, auch von Rechts oder Links. Was in den letzten Tagen im Deutschen Bundestag passiert ist, ist Ausdruck dieses Radikalismus.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Ich möchte nicht sagen, es ist das Nachspiel dessen, was wir schon einmal erlebt haben, aber es ist genau die gleiche Vorgehensweise.

Es ist die größere Gefahr für diese Republik, dass wieder rechtsradikale Kräfte an die Macht kommen und dieses Land zugrunde richten. Sie und Ihresgleichen sind der politische Arm des Rechtsradikalismus, den wir in diesem Land verhindern müssen und werden.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, deshalb muss völlig klar sein: Intoleranz ist nie die Lösung. Ich verstehe jeden Menschen, der sich Sorgen macht, jeden Menschen, der sich darüber Gedanken macht, ob ihm etwas passieren kann, weil draußen irgendein wirrer Mensch herumläuft. Ja, wir haben das Recht, uns darüber Gedanken zu machen. Das führt aber nicht dazu, dass wir das Recht haben, alle über einen Kamm zu scheren. Vielmehr geht es darum, dass

(Lars Harms)

wir gegen radikale Kräfte - gleich, woher sie kommen - vorgehen, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. Das tut dieser Staat, und das beweist dieser Staat. Die Toleranz wird darunter niemals leiden. Wir sind ein toleranter Staat. Das finde ich klasse, und das ist gut so.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Landtagspräsident hat gestern nach meiner Rede zu den Aussagen der AfD zu Recht gesagt, dass das Wort „Schwachsinn“ unparlamentarisch sei. Deswegen fasse ich jetzt zusammen, dass Ihre Reden hier unparlamentarisch sind. Sie sind noch viel mehr als das Wort, das ich gestern benutzt habe.

Was Sie versucht haben, in einem Antrag zu formulieren und zu kaschieren, ist ein Angriff auf den Islam, der damit begründet wird, dass der politische Islam eine Gefahr sei. Der Kollege Rossa hat schon ausgeführt, dass Sie da nicht ganz genau gearbeitet haben.

In den Wortbeiträgen eben wurde allerdings klar, dass nicht der politische Islam, sondern der Islam generell das Problem sei. Das wurde eben sehr deutlich gesagt, Frau von Sayn-Wittgenstein hat das gesagt.

Wir haben in Deutschland einmal eine Zeit gehabt, in der sich Politiker eine Religion herausgepickt und gesagt haben: Diese Religion passt uns nicht, diese Religion passt nicht zu der Art und Weise, in der wir leben wollen, wie wir miteinander zurechtkommen; diese Leute picken wir raus, machen sie fertig und sortieren sie systematisch aus. Noch viel Schlimmeres ist passiert. Sie wissen ganz genau, wohin das führt.

Und da stellen Sie sich hier hin, meinen, im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Religion auf die gleiche Art und Weise verächtlich machen zu können, und fordern, die Gesetze zu verschärfen und die Freiheit der Religionsausübung einzugrenzen. Das geht gar nicht, das kann nicht unwidersprochen bleiben. Darüber empören wir uns, dazu könnte ich noch viel schlimmere Worte als „Schwachsinn“ finden. Das ist eine dermaßen widerwärtige Grenz-

überschreitung, die wir nicht unwidersprochen lassen.

Herr Nobis, wenn man sich Ihre Rede angehört hat, stellt man fest: Bei Ihnen endet das Problem immer an der Grenze Deutschlands. Es kann nicht wahr sein, dass wir hier über Gefährder sprechen und Ihre einzige Lösung ist, dass wir die Leute entweder abschieben oder ausbürgern.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Herzlichen Glückwunsch! Was bringt es uns, wenn wir ihnen die Staatsbürgerschaft entziehen?

(Zurufe)

Eigentlich müsste es Ihnen hochgradig peinlich sein, dass Sie in Ihrer Rede nicht mit einem Wort über Präventionsmaßnahmen gesprochen haben.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Sie haben nicht einmal darüber gesprochen, wie man unsere Bevölkerung schützen kann, Sie haben nur über den angeblichen Export von irgendwelchen Gefährdern gesprochen. Raus aus dem Land, nicht in meinen Garten!

(Jörg Nobis [AfD]: So ist es!)

Das ist so etwas von kleinkariert und geht am Thema vorbei, es ist unterkomplex, es ist denkbefreit, es ist sinnbefreit, und Ihre Vorschläge zeugen von einer geistigen Instabilität, die nicht zu überbieten ist. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Frau Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Herr Präsident, danke schön! - Meine Damen und Herren! Dresden, Paris, Nizza und Wien. Unsere europäischen Nachbarn und auch wir selber sind erneut zum Ziel islamistischer Terroristen geworden. Die Attentate haben uns tief erschüttert. Mich bedrückt das Leid derjenigen, die einen Angehörigen oder eine Freundin oder einen Freund verloren haben. Von heute auf morgen haben die Täter Menschen aus Ihrem Leben gerissen und viele weitere verletzt. Ich verurteile die terroristischen Anschläge auf das Schärfste.

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Wer sich aggressiv und gewaltbereit gegen die Menschenwürde, gegen unsere Demokratie und gegen unseren Rechtsstaat wendet, ist Extremist und Verfassungsfeind. Da gibt es keine Unterschiede. Extremismus gleich welcher Ausprägung hat in unserem Land keinen Platz. Er wird nicht relativiert, und es gibt keine Rechtfertigung und Entschuldigung für Extremismus. Er wird konsequent und kompromisslos bekämpft. Das war und bleibt die eindeutige Haltung der Landeregierung.

Religiös motivierte Extremisten sind im Fokus unserer Sicherheitsbehörden und auch im Visier unserer nachrichtendienstlichen Aktivitäten. In den letzten Jahren waren rechtsextremistische und rechtsmotivierte Straftaten und Aktionen in der Öffentlichkeit präsenter. Das bedeutet aber nicht, dass die Sicherheitsbehörden religiös motivierten Extremismus und Terrorismus aus dem Blick verloren haben.

Im Landeskriminalamt haben wir zum Beispiel im Bereich des religiös motivierten Extremismus und Terrorismus seit 2015 ein eigenes Dezernat aufgebaut. Neben Kriminalisten und Analysten aus dem polizeilichen Bereich arbeitet hier auch Fachpersonal aus unterschiedlichen Disziplinen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernats nehmen nicht nur eine dauerhafte und ständig aktualisierte Lagebewertung für Schleswig-Holstein vor, sie sind ebenso mit den übrigen Sicherheitsbehörden im Bundesgebiet vernetzt. Sie stehen ständig im Dialog mit der Justiz, dem Verfassungsschutz, dem Bildungsministerium und den Ausländerbehörden. Dabei nimmt auch das Thema Prävention einen hohen Stellenwert ein.

An diesem Punkt möchte ich besonders auf unser bestehendes Landesprogramm gegen religiös motivierten Extremismus hinweisen. Ich halte gerade unsere Präventionsarbeit für einen entscheidenden Baustein im Kampf gegen Extremismus.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Denn wenn wir fortbilden, aufklären und weiterhin konsequent unsere Angebote für Aussteiger verbessern, verhindern wir nicht nur Extremismus, wir verhindern Terroranschläge.

Mir liegt in der ganzen Debatte auch ein Punkt sehr am Herzen: Wir müssen gemeinsam die notwendige

Trennschärfe beibehalten. Eine Religion mit Terror gleichzusetzen, ist genauso menschenverachtend wie der Terror selber. Islamisten berufen sich zwar auf den Islam, aber sie repräsentieren nicht die islamische Religionsgemeinschaft. Islamisten sind eine Randgruppe radikalierter Musliminnen und Muslime. Sie behaupten von sich selber, die wahren Muslime zu sein. Deswegen verachten sie alle, die nicht so denken wie sie. Sie bedrohen Juden, Christen, Atheisten und alle Musliminnen und Muslime, die einen modernen Islam leben. Sie bedrohen unser friedliches Zusammenleben.

Deswegen müssen wir gemeinsam darauf hinwirken, dass die gesamte Gesellschaft lernt, zwischen dem Islam und religiösem Extremismus in der Form des Islamismus zu unterscheiden. Niemals sind Musliminnen und Muslime für die einzelnen Taten von Extremisten verantwortlich. Sippenhaft ist aus gutem Grund abgeschafft. Es ist unsere Aufgabe, die Akzeptanz des Islam in unserer Gesellschaft zu stärken. Gemeinsam müssen wir ein friedliches Leben miteinander unterstützen. Denn Schleswig-Holstein ist und bleibt ein religiös und weltanschaulich vielfältiges und offenes Land.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Genau dieses vielfältige und tolerante Schleswig-Holstein bedrohen aber die Extremisten. Sie bedrohen unsere Art zu leben, unsere Freiheit, unsere Verfassung. Wir dürfen den Extremisten keinen Raum geben. Deshalb lassen Sie uns zusammenstehen: Christen, Juden und Muslime, Gläubige und Atheisten, Zugewanderte und Alteingesessene. Wir stehen zusammen für unsere Werte, für unsere Demokratie, für unser Schleswig-Holstein. Wir lassen unser friedliches Zusammenleben nicht zerstören. Wir lassen uns nicht spalten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Ich lasse zunächst über den Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer, Drucksache 19/2556, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD, der Abgeordnete Dr. Brodehl und die Abgeordnete von Sayn-Witt-

(Präsident Klaus Schlie)

genstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle übrigen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2566, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der CDU, die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein und die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2559, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW, der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren in Schleswig-Holstein während der Covid-19-Pandemie

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2560

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/2573

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Berichterstatterin, ich danke für den Bericht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/2560 anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Kostenübernahme für Assistenzkräfte von Menschen mit Behinderung bei Krankenhausaufenthalten sowie in RehaMaßnahmen regeln

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2543 (neu)

Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2585

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Antrag, Drucksache 19/2543 (neu), sowie den Alternativantrag, Drucksache 19/2585, dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Gründungsgeist im Land weiter stärken

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2509

Die Fraktionen haben mich gebeten, den Tagesordnungspunkt noch einmal aufzurufen, um über die Ausschussüberweisung neu zu beschließen. Es wurde sich darauf verständigt, dass der Antrag federführend im Bildungsausschuss und mitberatend im Wirtschaftsausschuss behandelt werden soll. Das ist so okay. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, auch das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2558

Ich will gern geschäftsleitend darauf hinweisen, dass dieser Punkt ursprünglich in der Sammel-drucksache vorgesehen war. Wir haben ihn jetzt

(Präsident Klaus Schlie)

noch einmal herausgezogen. Ich möchte gern deutlich machen, dass wir miteinander vereinbart haben, die erste Lesung nicht mit einer Debatte stattfinden zu lassen, sondern vor allem genügend Zeit für diesen wichtigen verfassungsändernden Punkt in der Beratung zu haben. Es ist mir - gemeinsam mit Ihnen allen, denke ich - nur wichtig, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass uns allen sehr wohl bewusst ist, welche Bedeutung eine Verfassungsänderung hat. Aber gerade in dieser Notsituation ist es notwendig, sich die nötige Zeit nehmen, um hier gemeinsam zu diskutieren, wie wir die Sicherstellung parlamentarischer Arbeit gewährleisten können. Deswegen die kurze Erklärung dazu. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf, Drucksache 19/2558, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/2577

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/2577. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Gesamtabstimmung mit Ausnahme von Tagesordnungspunkt 6 erfolgt, über den wir soeben gesondert abgestimmt haben. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/2577 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie darauf hin, dass unsere nächste Sitzung - die vereinbarte Sondersitzung - am Freitag, dem 27. November 2020, um 10 Uhr, stattfindet.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und ein angenehmes Wochenende. Bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:08 Uhr